

W. Koller

DIE SCHWEIZ 1935-1945

1'000 Daten
aus kritischer Zeit

1970 Schulthess & Co AG, Zürich

© Copyright 1970 by Schulthess & Co AG Zürich
Printed in Switzerland
Buchdruckerei Schulthess & Co AG Zürich
Umschlagentwurf Pierre Frey, Greifensee
Eingescannt mit OCR-Software ABBYY Fine Reader

Vorwort

Die vorliegende Datensammlung entstand aus der Arbeit an meinen Vorlesungen über die Geschichte der Schweiz im Zweiten Weltkrieg im Rahmen der Volkshochschule Zürich. Geschichtliche Darstellung behandelt im allgemeinen zusammenhängende Sachgebiete und wählt dafür nur die jeweils relevanten Daten aus. Im Gegensatz dazu soll hier die Dichte der Ereignisse das Bild beherrschen. Das ermöglicht es dem Leser, sich selbständig mit einem der wichtigsten Abschnitte der schweizerischen Zeitgeschichte vertraut zu machen. Das Büchlein möchte darüber hinaus Studenten, Lehrern, Journalisten und nicht zuletzt dem Fachmann ein praktisches Hilfsmittel zur raschen Orientierung in der heute schon nicht mehr leicht zu überblickenden Literatur zum Thema bieten.

Wer die wichtigsten Sachfragen im Zusammenhang betrachten möchte, dem stehen die zahlreichen Verweise sowie das nach sachlichen Gesichtspunkten erstellte Register zur Verfügung. Er wird mit ihrer Hilfe die wirtschaftliche, die innen- und aussenpolitische und die soziale Entwicklung durch die ganze Dekade hindurch verfolgen können.

Der Leser möge sich vor Augen halten, dass es nicht immer einfach ist, für bestimmte Ereignisse genaue zeitliche Fixierungen zu finden. Bisweilen führen den Suchenden selbst amtliche Berichte in die Irre, wenn sie für ein und dasselbe Ereignis zwei, ja drei verschiedene Daten geben. In anderen Fällen können sich die an einer gemeinsamen Aktion Beteiligten nicht mehr auf ein übereinstimmendes Datum eini-

gen. In aufschlussreicher Art beleuchtet David Kelly, britischer Gesandter in der Schweiz von 1939-1942, die Situation, wenn er über seine Berner Jahre schreibt: «In meinem Gedächtnis hebt sich eine Reihe von Episoden deutlich von den allgemeinen Erinnerungen ab; allerdings kann ich sie nicht chronologisch ordnen, ohne meine eigene Erinnerung durch Nachschlagen in Büchern zu verwirren.» So bittet denn der Verfasser um Nachsicht, falls er, da er doch nachschlagen musste, gelegentlich der Verwirrung anheimgefallen sein sollte. Für Berichtigungen und Ergänzungen ist er seinen Lesern dankbar.

Für wertvolle Mitarbeit und das Lesen der Korrekturen danke ich meinem Sohn Walter Koller herzlich. Meinem Kollegen Herrn Pierre Frey bin ich für seine gestalterische Mitarbeit zu Dank verpflichtet. Mein Dank gilt auch der aufmerksamen Betreuung der vorliegenden Arbeit durch den Verlag.

Zürich, im Juli 1970

W. Koller

I
Die Vorkriegszeit
1935-1939

Als Bundespräsident für das Jahr 1935 amtet Bundesrat *Rudolf Minger*, Vorsteher des Militärdepartements.

1. 1. Bundesrat *Minger* erklärt in seiner Neujahrsansprache: «Wir werden im Jahr 1935 grosse wirtschaftliche und politische Schwierigkeiten zu überwinden haben. Darüber muss heute im ganzen Volk Klarheit herrschen . . . Eine Hauptsorge ist unsere Landessicherheit nach aussen. Unserem Land wollen wir den Frieden erhalten, auch dann, wenn wieder ein Weltkrieg ausbrechen sollte. Fest bin ich davon überzeugt, dass uns dies gelingen wird, wenn wir der Armee gegenüber unsere Pflicht erfüllen.»

Der Bundesrat bestellt die Delegation für auswärtige Angelegenheiten. Sie setzt sich aus Bundespräsident *Minger* und den Bundesräten *Motta* und *Pilet* zusammen.

Der Bundesrat ernennt Oberst *J. Labhart* zum Waffenchef der Kavallerie.

Ende Dezember 1934 ist *K. Barth* von einem Disziplinargericht als Professor der Theologie in Bonn entlassen worden. Er erhält anfangs Januar Berufungen an die Universitäten Genf und Basel.

- 3.-7. 1. In Rom findet eine Konferenz zwischen dem französischen Ministerpräsidenten Laval und Mussolini statt. Gesprächsthemen sind der Plan einer Garantie der österreichischen Grenzen und Vereinbarungen über Abessinien, die Mussolini freie Hand gegenüber diesem Staat in Aussicht stellen.

13. 1. Abstimmung im Saargebiet unter Aufsicht des Völkerbunds. Von 528'704 abgegebenen Stimmen spre-

1935

chen sich 476'089, also 90%, für die Rückkehr ins Deutsche Reich aus.

17. 1. Die Schweiz beantragt beim Völkerbundsrat die Einholung eines Gutachtens beim Weltgerichtshof über die Zuständigkeit des Völkerbundes für die Regelung der Kriegsschädenfrage. Motta glaubt auf diesem Wege den Auslandsschweizern Entschädigungen für die im Ersten Weltkrieg erlittenen Schäden verschaffen zu können. Vgl. 23.5.35.
25. 1. Das Referendum gegen die neue Militärorganisation und gegen das Verkehrsteilungsgesetz (Bahn- und Autotransporte) ist zustandegekommen. Vgl. 24.2. und 5.5.35.
- 26./27.1. Parteitag der Sozialdemokraten in Luzern. Die Landesverteidigung wird grundsätzlich bejaht, die neue Militärorganisation jedoch abgelehnt. Der «Plan der Arbeit» wird genehmigt. Mit seiner Hilfe soll die Wirtschaftskrise durch eine Neuordnung der Wirtschaft in etatistischem Sinne überwunden werden.
- 13.2. Bundesrat *Edm. Schulthess* erklärt der Bundesversammlung seinen Rücktritt auf Mitte April.
24. 2. Die neue Militärorganisation (Grundgesetz des Militärwesens) wird in der Volksabstimmung mit 507'434 gegen 429'520 Stimmen angenommen.
9. 3. Der deutsche Emigrant *Berthold Jacob* wird anlässlich eines Besuchs in Basel gewaltsam nach Deutschland verschleppt.
16. 3. *Hitler* führt in Deutschland die allgemeine Wehrpflicht ein, was eine Verletzung des Versailler Vertrags bedeutet.

23. 3. Der Bundesrat verlangt in einer Note die Rückstellung des am 9.3. aus Basel entführten B. Jacob.
29. 3. Der Bundesrat lehnt die von Deutschland geforderte Auslieferung des Kommunistenführers Neumann ab, beschliesst aber, ihn auszuweisen.
- 2./3.4. Im National- und Ständerat wird der Bundesrat über das Treiben W. Gustloffs, des Landesgruppenleiters der NSDAP in der Schweiz, interpelliert. Vgl. 26.9. 35.
4. 4. Die Bundesversammlung wählt *Hermann Obrecht* (Rad.), Solothurn, als Nachfolger von Edmund Schulthess mit 125 Stimmen zum Bundesrat. Er übernimmt das Volkswirtschaftsdepartement.
- 5.4. National- und Ständerat lehnen die Kriseninitiative ab und beschliessen, keinen Gegenvorschlag auszuarbeiten.
5. 5. Das Verkehrsteilungsgesetz wird mit 487'169 gegen 232'954 Stimmen verworfen.
14. 5. In einem aufsehenerregenden Berner Strafverfahren werden die Zionistischen «Protokolle» als Fälschung entlarvt.
23. 5. Der Völkerbundsrat beschliesst mit allen Stimmen gegen diejenige der Schweiz, die schweizerische Kriegsschädenfrage endgültig von seiner Tagesordnung zu streichen.
- 31.5. *Hitler* erklärt im deutschen Reichstag, die Unabhängigkeit der Schweiz respektieren zu wollen.
Der Bundesrat beschliesst, sich an der geplanten Landesausstellung in Zürich zu beteiligen und eine angemessene Subvention zuzusichern.

1935

2. 6. Die Kriseninitiative, die mit binnen wirtschaftlichen Lenkungsmassnahmen die wirtschaftliche Stagnation zu überwinden sucht, wird mit 567'425 gegen 425'242 Stimmen und einem Ständeverhältnis von 16 4/2 : 3 2/2 verworfen. Die Stimmbeteiligung beträgt 84,4 Prozent.
20. 6. Abschluss eines Gentlemen's Agreement zwischen der Nationalbank und den übrigen Banken zur Verhinderung von Währungsspekulationen insbesondere gegen den Schweizer Franken.
- 21.6. Die eidg. Räte heissen einen dringlichen Bundesbeschluss über den Schutz der Sicherheit der Eidgenossenschaft und die Schaffung einer Bundespolizei gut. Der Beschluss nimmt wesentliche Teile der 1934 vom Volk verworfenen Lex Häberlin wieder auf.
- 29.6. Deutschland verbietet auf seinem Gebiet den Verkauf der «Basler Nachrichten». Damit ist gegenwärtig die letzte grössere Schweizer Zeitung aus dem Reichsgebiet ausgeschlossen.
2. 7. Als Antwort auf die deutschen Zeitungsverbote untersagt der Bundesrat den Verkauf folgender deutscher Blätter in der Schweiz: «Der Alemanne», «Der Stürmer» und «Der Reichsdeutsche», das Organ der in der Schweiz lebenden deutschen Staatsangehörigen.
8. 7. Eine Anfrage R. Grimms an die Berner Regierung führt zu Verhandlungen vor dem Berner Grossen Rat über nationalsozialistische Umtriebe in Bern. Die Verhandlungen werden dabei erstmals auf Schallplatten aufgenommen, die der Radioübertragung dienen sollen. Vgl. 17.8.35.
10. 7. Der Tessiner Staatsrat lässt bei der Redaktion des Irredentistenblattes «Adula» eine Haussuchung vor-

nehmen, um die Verfasser von zwei kürzlich erschienenen irredentistischen Schriften zu eruieren. Vgl. 6.8.35.

18. 7. Die italienische Regierung ernennt ihren bisherigen Gesandten in Helsinki, *Attilio Tamaro*, zum Gesandten in der Schweiz.
6. 8. Im Tessin wird das Irredentistenblatt «Adula» verboten.
-
- 17.8. Der Berner Regierungsrat entlässt den Deutschen W. Porzig als Universitätsprofessor, da ein bernischer Staatsbeamter nicht zugleich als Ortsgruppenleiter der NSDAP amten kann.
8. 9. Die Totalrevision der Bundesverfassung wird in der Volksabstimmung mit 551'578 gegen 196'135 Stimmen und 19 zu 3 Standesstimmen verworfen. Die Stimmbeteiligung beträgt 61%. Die Fronten haben damit eine entscheidende Niederlage erlitten und sinken zur politischen Bedeutungslosigkeit ab.
- 15.9. Der deutsche Reichstag genehmigt die Nürnberger Rassengesetze, die eine weitgehende Entrechtung der deutschen Juden bedeuten.
- 17.9. Aufgrund der schweizerischen Intervention stellen die deutschen Behörden den entführten *B. Jacob* wieder über die Schweizer Grenze zurück. Der Bundesrat weist ihn am nächsten Tag aus.
20. 9. Eine sozialdemokratische Initiative über die Pressefreiheit wird mit 82'000 gültigen Unterschriften der Bundeskanzlei eingereicht.
- 21.9. Der Kleine Rat des Kantons Graubünden stellt beim Bundesrat das Begehren, das Rätoromanische als vierte Landessprache anzuerkennen. Vgl. 20.2.38.

1935

26. 9. Bundesrat Baumann beantwortet im Nationalrat die Interpellation über die Umtriebe Gustloffs (vgl. 2./3. 4.). Er versucht, die Öffentlichkeit zu beschwichtigen. In der Presse wird aber weiterhin die Ausweisung des Landesgruppenleiters verlangt.
3. 10. Überfall Italiens auf Abessinien.
6. 10. Der Völkerbund erklärt mit 50 von 54 Stimmen Italien als Angreifer im abessinischen Konflikt. Bundesrat Motta erklärt, die Schweiz «wird sich ihrer Pflicht zur Solidarität nicht entziehen».
11. 10. Der Völkerbund verhängt über Italien die in Art. 16 des Völkerbundsvertrags vorgesehenen wirtschaftlichen Sanktionen.
27. 10. Die Nationalratswahlen ergeben folgende Sitzverteilung:
- | | |
|--------------------|---|
| Radikaldemokraten | 4 |
| Katholisch-Konser- | 4 |
| Sozialdemokraten | 5 |
| Bauernpartei (BGB) | 2 |
| Liberale | 7 |
| Landesring | 7 |
| Demokraten | 7 |
| Kommunisten | 2 |
| Nationale Front | 1 |
| Übrige | 2 |
28. 10. Der Bundesrat erlässt Ausfuhr- und Durchfuhrverbote für Waffen, Munition und Kriegsmaterial gegenüber beiden Parteien im italienisch-abessinischen Konflikt. Er stützt sich bei diesem Vorgehen auf das Haager Abkommen von 1907.
- 12./18.11. Beginn der schweizerischen Sanktionenpolitik gegen über Italien. Der Bundesrat setzt im Zahlungsverkehr

mit Italien das Clearingsystem in Kraft, das den Geldverkehr beschränkt. Die Ausfuhr von Metallen wird von einer schriftlichen Bewilligung abhängig gemacht.

27. 11. Minister *Paul Rüeegger* wird anstelle des demissionierenden G. Wagnière zum schweizerischen Gesandten in Rom ernannt. Er tritt sein Amt im Februar 1936 an.

9. 12. Der Bundesrat ernennt Oberstkorpskommandant *U. Wille* zum Waffenchef der Infanterie, Oberstdivisionär *F. Prisi* wird Kommandant des 2. Armeekorps.

12.12. Die Bestätigungswahlen für den Bundesrat ergeben folgende Stimmzahlen: Motta 147, Pilet 119, Minger 134, Meyer 148, Baumann 139, Etter 124, Oberrecht 131. Die sozialdemokratische Fraktion stellt zwei Gegenkandidaten auf. J. Huber erzielt 53, H. Perret 51 Stimmen.

17.12. Das Bundesstrafgericht verurteilt den Italiener Lolli wegen Spionage zu 5 Monaten Gefängnis.

Der Bundesstenograph Dr. Kittelmann, schweizerisch-deutscher Doppelbürger, ist ohne Wissen der Behörden Mitglied der Auslandorganisation der NSDAP; er wird nach Bekanntwerden dieser Sachlage im Dezember fristlos entlassen.

Die Zahl der Stellensuchenden beträgt im Dezember 120'000, im Jahresdurchschnitt 82'500. Die Wirtschaft hat schwer unter der Krise zu leiden. Von 1929 bis 1935 sinken der Milchpreis um 22%, der Schlachtviehpreis um 38%. Der Gesamtindex der landwirtschaftlichen Produktion geht von 147 auf

1935

110 Punkte zurück d. h. um 25%. Auch die Exportindustrie liegt darnieder.

Exportwerte in Mio. Fr.	1929	1935
Uhren	307	125
Maschinen	242	99
Seidenstoffe	164	26
Baumwollgewebe	99	49
Schokolade	28	1,2
Käse	164	35

Als Bundespräsident für das Jahr 1936 amtet Bundesrat *Albert Meyer*, Vorsteher des Finanz- und Zolldepartements.

9. 1. In Washington erfolgt die Unterzeichnung eines schweizerisch-amerikanischen Handelsvertrags.
28. 1. Bundesrat Motta gibt im Nationalrat Erklärungen zur schweizerischen Sanktionenpolitik ab, die vom Rat mit 127 zu 3 Stimmen gutgeheissen werden.
31. 1. Das Finanzprogramm II wird von den eidg. Räten als dringlicher Bundesbeschluss verabschiedet. Es sieht 59 Mio. Fr. Einsparungen und 71,5 Mio. Fr. Mehreinnahmen für den Bund vor.
- Ende Januar werden 124'000 Stellensuchende gezählt; das ist die höchste während der Wirtschaftskrise registrierte Zahl.
4. 2. Der nationalsozialistische Landesgruppenleiter *Wilhelm Gustloff* wird in Davos von *David Frankfurter*, einem jugoslawischen Juden, erschossen. Frankfurter ist seit zwei Jahren als Medizinstudent an der Universität Bern immatrikuliert. Beginn einer massiven deutschen Pressekampagne gegen die Schweiz.
5. 2. Im Rathaussaal in Zürich tritt die Grosse Ausstellungskommission der Landesausstellung 1939 unter dem Vorsitz von Bundesrat Obrecht zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen. Am 14.2. konstituiert sich das Organisationskomitee. Damit sind die wichtigsten Organe bestellt.
6. 2. Der Bundesrat befasst sich mit schweizerischen Presseäusserungen gegenüber Persönlichkeiten und Institutionen des Dritten Reiches. Er bedauert die vorgekommenen Übermarchungen, sieht aber keinen

1936

Zusammenhang zwischen ihnen und der Ermordung Gustloffs, wie er in der deutschen Presse konstruiert wird.

- 12.2. Rede *Hitlers* in Schwerin anlässlich des Begräbnisses von Gustloff. Sie fällt, was die Schweiz betrifft, überraschend massvoll aus. Der Pomp, mit dem dieses Begräbnis begangen wird, zeigt, welche grosse Bedeutung das offizielle Deutschland einem Landesgruppenleiter in der Schweiz beimisst.
15. 2. Hauptmann II. Hausamann, Leiter des Pressedienstes der Schweiz. Offiziersgesellschaft, verschickt ein «vertrauliches Rundschreiben» an zahlreiche Persönlichkeiten, in welchem er schwere Vorwürfe über die Schreibweise der Schweizer Presse gegenüber Deutschland erhebt. Es kommt zu einer Pressekampagne, insbesondere der Linkspresse, gegen ihn.
- 18.2. Der Bundesrat verbietet die Neubesetzung des Postens eines Landesgruppenleiters sowie die Weiterführung der Kreisleitungen der NSDAP in der Schweiz.
20. 2. Protest der deutschen Regierung beim Bundesrat über die am 18.2. verfügten Beschlüsse. Der Bundesrat weist die deutschen Einwendungen ab.
- 7.3. Hitler besetzt in Verletzung des Versailler Vertrages die entmilitarisierte Zone im Rheinland und kündigt den Locarnovertrag.
30. 3. Der Bundesrat beantragt den eidg. Räten die Bewilligung eines Wehrkredits im Betrag von 235 Mio. Fr. (Wehranleihe).
- 7.4. Architekt *Armin Meili* von Luzern wird zum Direktor der Landesausstellung 1939 gewählt.
- 23.4. Der Nationalrat beschliesst, eine ständige Kommission für auswärtige Angelegenheiten zu schaffen.

3. 5. Sieg der Volksfront in den französischen Kammerwahlen. Volksfrontregierungen bis April 1938.
- 6.5. Ende des Krieges in Abessinien.
Das Basler Strafgericht verurteilt den deutschen Spitzel H. Wesemann wegen der Entführung des B. Jacob zu drei Jahren Zuchthaus und Fr. 5'000 Genugtuung an den Entführten.
- 7.6. Der ausserordentliche Parteitag der Sozialdemokraten in Zürich lehnt die Zustimmung zur Wehranleihe ab.
- 9./11.6. Die eidg. Räte erteilen dem nachgesuchten Kredit von 235 Mio. Fr. für die militärische Rüstung ihre Zustimmung.
- 10.6./23.9. Die Bundesversammlung überträgt dem Bundesrat Vollmachten für wirtschaftliche Notmassnahmen.
9. 6. Die deutsche Regierung kündigt das schweizerisch-deutsche Verrechnungsabkommen.
Bundesrat *Motta* beantwortet im Nationalrat drei Motionen und eine Interpellation über die de jure-Anerkennung der Sowjetunion und über die Intensivierung des Handels mit der UdSSR. Er lehnt die Aufnahme der Beziehungen ein weiteres Mal ab.

Mottas Argumentation: « ... ein altes Lied aus dem Leierkasten des Politischen Departements» (Bonjour).
- 11.6. Der Nationalrat lehnt die Überweisung der Motionen über die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion mit 96 gegen 72 Stimmen ab.
- 15.6. Audienz der Vertreter der Banken und Versicherungen bei der Finanzdelegation des Bundesrates. Sie

1936

äussern schwerwiegende Bedenken gegen eine allfällige Abwertung des Schweizer Frankens.

- 17.6. Gründung der Zentralstelle für Flüchtlingshilfe. In ihr sind alle wichtigen Hilfsorganisationen zusammengeschlossen.
20. 6. Abschluss eines schweizerisch-italienischen Wirtschaftsabkommens mit gegenseitiger Kontingentierung der Wareneinfuhr.
22. 6. Bundesratsbeschluss zum Schutz der Landeswährung mit Strafbestimmungen über Spekulationsgeschäfte mit Gold und Devisen und vorsätzlicher Verbreitung falscher Nachrichten.
24. 6. Der Bundesrat empfiehlt dem in Genf eingetroffenen *Haile Selassie*, Negus von Abessinien, von einer Niederlassung in der Schweiz abzusehen, solange er sich mit Italien im Krieg befinde.
26. 6. Die Erneuerungsbewegung «Bund für Volk und Heimat», gegründet 1933, löst sich auf und empfiehlt ihren Mitgliedern, dem «Vaterländischen Verband» beizutreten.
30. 6. Die Völkerbundsversammlung tritt zusammen, um Stellung zum Misserfolg der Sanktionen gegen Italien zu nehmen. Motta setzt sich für die rasche Aufhebung der Sanktionen ein.
- Durch Verfügung des Eidg. Militärdepartements wird bei der Kriegstechnischen Abteilung eine Sektion für industrielle Kriegsvorbereitung geschaffen. Sie hat in Verbindung mit der Generalstabsabteilung die Sicherstellung der Kriegsmaterialbeschaffung im Kriegsfall vorzubereiten.

1. 7. Erklärung der 7 neutralen Staaten Europas, worunter die Schweiz, dass alle Anstrengungen unternommen werden müssten, den Völkerbundsgedanken als einer auf das Recht gegründeten Staatengemeinschaft zu verwirklichen.
4. 7. In Genf wird eine internationale Vereinbarung betreffend das Statut der Flüchtlinge aus Deutschland getroffen, die am 29.9.37 in Kraft tritt.
6. 7. Abschluss eines neuen Verrechnungsabkommens mit Deutschland. Es enthält neue Bestimmungen über den Reise- und Güterverkehr sowie die Behandlung der Finanzgläubiger.
8. 7. Der Bundesrat folgt einer Empfehlung des Koordinationsausschusses des Völkerbunds und hebt die Sanktionen gegen Italien auf den 15. 7. auf.
14. - Eingabe des Schweiz. Gewerkschaftsbundes und der Bauernheimatbewegung zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, die nach einer ihrer Ansicht nach kaum mehr zu umgehenden Abwertung des Schweizer Frankens verfolgt werden soll. Die Unterzeichner fordern vom Bundesrat Beratungen mit den Wirtschaftsverbänden neben, unter Umständen auch anstelle des Parlaments.
18. 7. Ausbruch des Bürgerkriegs in Spanien. Insgesamt nehmen etwa 800 Schweizer als Freiwillige daran teil.

Im Lauf des Sommers schliessen sich eine Reihe von kulturellen und politischen Organisationen (Jungliberale, Jungkonservative, Aufgebot, Neue Helvetische Gesellschaft, Vaterländischer Verband, Nation) zum «Forum Helveticum» zusammen, mit dem Ziel, die geistige Landesverteidigung zu fördern.

1936

- 14./25. 8. Der Bundesrat verbietet die Ausfuhr von Waffen und Munition nach Spanien sowie die Teilnahme am Bürgerkrieg. Er verbietet die Verbreitung von Druckschriften, die zur Zuwiderhandlung auffordern und unterstellt Versammlungen und Umzüge zugunsten der einen oder andern Partei in Spanien der kantonalen Bewilligungspflicht. Ein weiterer Bundesratsbeschluss stellt Vergehen gegen diese Bestimmungen unter Strafe.
24. 8. In Bern wird ein Hilfskomitee zur Unterstützung von schweizerischen Flüchtlingen aus Spanien gebildet. Hitler verlängert die Militärdienstpflicht in Deutschland auf zwei Jahre.
Im August wird der bekannte Nationalsozialist v. *Bibra* von Prag an die deutsche Gesandtschaft in Bern versetzt, um die Geschäfte der nationalsozialistischen Auslandorganisationen weiterzuführen.
4. 9. Bundesrat *Motta* bezeichnet in einem Schreiben an den Generalsekretär des Völkerbundes den Sanktionenartikel als entscheidendes Hindernis für die Verwirklichung der Universalität durch den Völkerbund. Er hält den Willen der Schweiz fest, sich an Sanktionen künftig nur so weit zu beteiligen, als ihr Status als neutraler Staat nicht beeinträchtigt werde.
11. 9. Der Bundeskanzlei werden drei Initiativbegehren eingereicht. Sie betreffen die Arbeitslosenversicherung, den Erlass dringlicher Bundesbeschlüsse und die Wahrung der verfassungsmässigen Rechte der Bürger.
25. 9. Die Vereinigten Staaten, Grossbritannien und Frankreich schliessen ein Dreimächteabkommen über die

Einhaltung fester Goldpreise ab. Die USA verpflichten sich zu einem festen Goldpreis von 35 Dollar pro Unze Feingold.

Frankreich wertet den Franc um ca. 30% ab. Es veranlasst damit die Schweiz, die Niederlande, Italien, die Tschechoslowakei, Griechenland und Lettland, eine Angleichung ihrer Währungen durchzuführen.

- 26.9. Der Bundesrat beschliesst die Abwertung des Schweizer Frankens mit 5 gegen 2 Stimmen. Das Verhältnis des Frankens zum Gold von bisher 290,3 mg wird neu auf 190-215 mg festgesetzt. Das bedeutet eine Abwertung von 26-35%, die in der Folge auf der Basis von 30% durchgeführt wird. Die Noten der Nationalbank erhalten gesetzlichen Kurs.
- 27.9./10.11. Der Bundesrat ermächtigt das Volkswirtschaftsdepartement zum Erlass von Preisvorschriften und zur staatlichen Zwangsschlichtung von Lohnstreitigkeiten, um ungerechtfertigten Erhöhungen der Lebenskosten im Gefolge der Abwertung zu begegnen. Mit dieser Aufgabe wird die Eidg. Preiskontrolle betraut.
29. 9. Der Bundesbeschluss über wirtschaftliche Notmassnahmen ermächtigt den Bundesrat zu wirtschaftlichen Sofortmassnahmen im Falle zeitlicher Dringlichkeit.
8. 10. Das Bundesgesetz betreffend Angriffe auf die Unabhängigkeit der Eidgenossenschaft tritt in Kraft.
- 11.10. Die Richtlinienbewegung tritt mit ihren Bestrebungen an die Öffentlichkeit. Der Schweiz. Gewerkschaftsbund, die Bauernheimatbewegung und die Angestelltenverbände stellen «Richtlinien für den wirt-

1936

schaftlichen Wiederaufbau und die Sicherung der Demokratie» auf. Ein definitives Programm wird im Frühjahr 1937 ausgearbeitet.

14. 10. König Leopold von Belgien kündigt in einer Rede den Wunsch seines Landes an, zur traditionellen Neutralität zurückzukehren. Er kündigt das mit Frankreich bestehende Militärbündnis. Frankreich und Grossbritannien stimmen mit Noten vom 24.4.37 der Neuorientierung der belgischen Aussenpolitik zu, Deutschland schliesst sich am 13.10.37 an.
- 15.10. Die Wehranleihe, die vom 21.9. bis zum 15.10. zur Zeichnung aufliegt, erbringt einen überwältigenden Erfolg. Statt der erhofften Zeichnung einer ersten Tranche von 80 Mio. Fr. zeichnen 190'000 Interessenten 330 Mio. Fr., 100 Mio. Fr. mehr, als der Bundesrat insgesamt nachgesucht hat.
- Mitte Oktober wird in Zürich ein Aktionskomitee für die Anerkennung des Rätoromanischen als vierter Landessprache gegründet.
- 18.10. *C.F. Ramuz* erhält für sein literarisches Schaffen den Grossen Preis der Schillerstiftung.
- Göring* wird mit der Durchführung des deutschen Vierjahresplanes beauftragt, dessen Ziel die wirtschaftliche Kriegsvorbereitung ist.
3. 11. Der Bundesrat trifft Massnahmen gegen kommunistische Umtriebe. Die Bundesanwaltschaft wird beauftragt, aus dem Ausland in die Schweiz eingeführte Druckerzeugnisse dieser Richtung zu beschlagnahmen.
- 25.11. Unterzeichnung des Antikomintempaktes durch Deutschland und Japan.

14. 12. Der Bundesrat beschliesst die Einführung eines verbilligten Vollbrottes.
David Frankfurter, der Mörder W. Gustloffs, wird vom Bündner Kantonsgericht in Chur zu 18 Jahren Zuchthaus verurteilt.
23. 12. Der Bundesrat anerkennt die italienische Souveränität über Abessinien de jure.
30. 12. Der Landesring der Unabhängigen konstituiert sich als politische Partei.
31. 12. Mit 93'000 Stellensuchenden im Jahresmittel erweist sich 1936 als das schwerste Krisenjahr.
- Im Zusammenhang mit der Abwertung des Schweizer Frankens steigt der Index der Grosshandelspreise für Inlandwaren bis zum April 1937 um ca. 14%, derjenige der Lebenskosten um 5%.

1937

Als Bundespräsident für das Jahr 1937 amtet Bundesrat *Giuseppe Motta*, Vorsteher des Politischen Departements.

Anfangs des Jahres wird bei der Generalstabsabteilung eine Sektion für Kriegswirtschaft geschaffen.

Die kantonalen Bauernparteien schliessen sich zur schweizerischen Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei zusammen.

- 22.1. Der Bundesrat bewilligt eine Erhöhung des Milchpreises um 1 Rp. pro Liter und eine Erhöhung des Vollbrotpreises um 5 Rp. pro Kilogramm.
26. 1. In La Chaux-de-Fonds kommt es bei einer Versammlung der «Jeunesse nationale» zu Unruhen, die ein Todesopfer fordern.
- 30.1. *Hitler* spricht in seiner Reichstagsrede von den neutralen Staaten Europas, ohne unter ihnen die Schweiz zu erwähnen, was im Bundesrat eine gewisse Besorgnis auslöst.
31. 1. Grosse Kundgebung im Zürcher Rathaus zugunsten des Rätoromanischen als vierter Landessprache.
Der schweizerische Parteitag der Sozialdemokratischen Partei befasst sich mit der Richtlinienbewegung und beschliesst den Beitritt der Partei zu dieser Bewegung.
17. 2. Wahl von Prof. *C.J. Burckhardt* zum Hohen Kommissar des Völkerbundes für die Stadt Danzig.
23. 2. Unterredung zwischen alt Bundesrat *Schulthess* und Reichskanzler *Hitler* in Berlin. Die Initiative zu diesem Gespräch ist von Bundesrat *Motta* ausgegangen.
26. 2. Der Bundesrat gibt der Öffentlichkeit in einem Communiqué Kenntnis von dieser Unterredung und der

Erklärung *Hitlers*, die von Deutschland immer anerkannte Neutralität der Schweiz stehe für ihn nicht in Frage. Die Aufnahme dieser Aktion *Mottas* in der Schweiz ist geteilt.

-
- 27./28.2. In Konstanz finden Besprechungen zwischen dem Zentralvorstand des Vereins der Schweizer Presse und einer Delegation des Reichsverbands der deutschen Presse statt, die der Entspannung im Pressewesen dienen sollen. Eine weitere Besprechung der beiden Verbände erfolgt am 17.7. in Luzern.
10. 3. Aussenpolitisches Exposé Bundesrat *Mottas* vor dem Nationalrat. Er distanziert sich darin vom Sanktionenartikel des Völkerbundsvertrags.
-
18. 3. Ein Bundesratsbeschluss betreffend Festungsgebiete regelt Niederlassung, Aufenthalt, Überfliegen, Photographieren usw. in diesen Gebieten.
24. 3. Die Sozialdemokratische Partei reicht ihre am 12.12.36 beschlossene Arbeitsbeschaffungssinitiative mit 273'213 Unterschriften den Bundesbehörden ein.
- 1.4. Bundesrat Obrecht ernennt Prof. *P. Keller*, St. Gallen, zum Delegierten für Kriegswirtschaft.
-
- 25.4. In einer Volksabstimmung wird in Neuenburg ein Gesetz gutgeheissen, das die kommunistischen Organisationen verbietet.
- 28.5. *Neville Chamberlain* wird britischer Premierminister.
13. 6. Eine Volksabstimmung im Kanton Genf heisst das Verbot der Kommunistischen Partei gut.
- 14./15.6. Debatte im Nationalrat über die Opportunität der Anerkennung der italienischen Souveränität über Abessinien vom 23.12.36. Das Vorgehen des Bundesrates wird mit 84 gegen 56 Stimmen gebilligt.

1937

- 3.-11.7. Berner Hochschulwochen für geistige Wehrbereitschaft, organisiert von Dr. G. Schürch, einem späteren Mitglied verschiedener Widerstandsorganisationen.
- 7.7. Beginn des chinesisch-japanischen Krieges, ausgelöst durch den japanischen Überfall auf Lukoutschiao.
- 11.7. Der freisinnig-demokratische Parteitag in Olten beschliesst, sich für die nationale Zusammenarbeit aller auf demokratischem Boden stehenden Parteien einzusetzen. Es handelt sich dabei um eine Vermittlungsresolution zum Vorstoss von *J.T. Stucki* über die Einbeziehung der Sozialdemokratie in den Bundesrat.
17. 7. In Luzern findet eine zweite Tagung zwischen einer schweizerischen und einer deutschen Pressedelegation statt.
- 19.7. Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Maschinen- und Metallindustrie unterzeichnen das «Friedensabkommen» auf zunächst zwei Jahre. Es sieht die schiedsgerichtliche Regelung aller Arbeitskonflikte vor. Später schliesst sich die Uhrenindustrie dem Abkommen an. Es wird ohne Unterbrechung verlängert, neuester Stand: gültig bis 1974.
- 1.8. Bundesrat *Motta* erklärt in einer Radioansprache an die Auslandschweizer, die Schweiz sei gewillt, ihre Neutralität zu behaupten – auch gegenüber dem Völkerbund.
- 2.8. Die Regierung *Franco* fordert die Schweiz auf, Nationalspanien die Eigenschaft einer kriegführenden Partei zuzuerkennen.
- 3.8. Der Bundesrat beschliesst, dem offiziellen Vertreter Spaniens mündlich zu eröffnen, die Schweiz sei aus

Gründen ihrer Neutralität nicht in der Lage, auf die Anerkennung einzutreten.

- 11.8. Italien kündigt seinen Austritt aus dem Völkerbund an, der am 11.12.37 in Kraft treten soll.
- 2.9. Der Bundesrat senkt den Preis für Vollbrot um 2 Rp.
10. Der Bundesrat veröffentlicht die Botschaft an die eidg. Räte über die Partialrevision der Wirtschaftsartikel der Bundesverfassung.
9. «Quarantäne-Rede» Präsident *F.D. Roosevelts* gegen Japan, das China angegriffen hat. Er erklärt, gegen die «Epidemie der Rechtlosigkeit» sei Neutralität nicht möglich.
- 5.10. Der Bundesrat beantragt der Bundesversammlung die Ablehnung des Volksbegehrens der Richtlinienbewegung, das mit 298'909 gültigen Unterschriften eingereicht worden ist. Es verlangt u.a. die Aufstellung eines nationalen Arbeitsbeschaffungsprogramms.
12. 10. In Zürich und Basel werden Werbezentralen für den Kriegsdienst in Spanien ausgehoben und Verhaftungen vorgenommen.
- 3.11. Reichskanzler *Hitler* ruft die Spitzen der deutschen Wehrmacht in die Reichskanzlei und enthüllt ihnen dort seine Kriegsabsichten (Hossbach-Protokoll).
- 5.11. Der Bundesrat genehmigt den Gesetzesentwurf über die Sicherung der Landesversorgung mit lebenswichtigen Gütern.
- 9.11. In der eidg. Volksabstimmung wird das Volksbegehren über ein Freimaurerverbot, das aus frontistischen Kreisen stammt, mit 515'327 gegen 234'980 Stimmen und allen Ständen gegen einen verworfen
- 28.11.

1937

- 16.12. Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz gibt seine Thesen zum Ausbau der kollektiven Sicherheit im Völkerbund und für eine engere Fühlungnahme unter den Diktaturgegnern bekannt.
21. 12. National- und Ständerat stimmen in der Schlussabstimmung mit grosser Mehrheit dem Schweizerischen Strafgesetzbuch zu. Vgl. 1.1.42.
22. 12. Bundesrat *Motta* erteilt im Nationalrat anlässlich der Beantwortung einer Interpellation Gut umfassende Auskunft über die künftige Stellung der Schweiz im Völkerbund. Er erklärt sich gewillt, zur integralen Neutralität zurückzukehren? «Was wir nicht mehr übersehen können, ist, dass der Völkerbund von 1937 kaum mehr dem Bilde gleicht, das wir uns von ihm im Jahr 1920 gemacht haben.»
23. 12. Der Nationalrat stimmt der bundesrätlichen Vorlage über die Sicherstellung der Landesversorgung oppositionslos zu. Ende 1937 wird die anlässlich der Abwertung eingeführte Preiskontrolle weitgehend gelockert, die Mietpreiskontrolle jedoch aufrechterhalten.

Als Bundespräsident für das Jahr 1938 amtet Bundesrat *Johannes Baumann*, Vorsteher des Justiz- und Polizeidepartements.

- 1.1. Die neue Truppenordnung tritt in Kraft.
- 4. 1. Die Generalstabsabteilung errichtet die Abteilung «Presse und Funkspruch» und überträgt deren Leitung Oberst *Eugen Hasler*, Bundesrichter.
- 18. 1. Der Bundesrat legt auf Antrag Bundesrat *Motta* das Vorgehen der Schweiz im Rahmen des Völkerbundes zur Rückgewinnung der integralen Neutralität fest.
- 19. 1. Vortrag Bundesrat *Etters* in Zürich über «Schweizerischer Kulturwille und schweizerische Kulturpolitik.»
- 21. 1. Bundesrat *Motta* vereinbart sich über das Vorgehen zur Rückgewinnung der integralen Neutralität mit der von ihm eingesetzten Kommission *Huber, Burckhardt, Rappard, Stucki*.
- 23.1 Der bisherige Landesführer der Nationalen Front, *Rolf Henne*, tritt von seinem Posten zurück, da er durch seine eindeutige Ausrichtung auf den Nationalsozialismus untragbar geworden ist. An seine Stelle tritt *Robert Tobler*.
- 29.1. Bundesrat *Motta* verhandelt in Genf mit dem britischen und dem französischen Aussenminister über die Rückkehr der Schweiz zur integralen Neutralität.
- 30. 1. Im Kanton Waadt wird das Verbot der kommunistischen Organisationen in einer Volksabstimmung mit grosser Mehrheit gutgeheissen.
- 31.1. Das 28er-Komitee des Völkerbundes verhandelt in Genf über den Sanktionenartikel. Für die Schweiz

1938

spricht Minister C. Gorgé. Seine von Bundesrat Motta vorgängig gebilligten Ausführungen verstimmen Frankreich nachhaltig.

19. 2. In der eidg. Volksabstimmung wird die Erklärung des Rätoromanischen zur vierten Landessprache mit überwältigender Mehrheit gebilligt.

Eine kommunistische Initiative gegen dringliche Bundesbeschlüsse wird mit 418'195 gegen 87'638 Stimmen und allen Standesstimmen verworfen.

Ein Volksbegehren über die private Rüstungsindustrie wird verworfen und der Gegenvorschlag des Bundesrates angenommen. Der Bund erhält dadurch ein Bewilligungsrecht für Herstellung, Vertrieb, Ein- und Ausfuhr von Kriegsmaterial aller Art.

In Grossbritannien tritt *Anthony Eden* als Aussenminister wegen Differenzen mit Premierminister Chamberlain zurück.

im Kanton Schwyz wird das Verbot kommunistischer Organisationen in einer Volksabstimmung gutgeheissen.

Hitler verlangt in einer Reichstagsrede von den demokratischen Regierungen gebieterisch, ihre Presse besser im Zaum zu halten. Er sei nicht gewillt, auch weiterhin die Berufung auf die Pressefreiheit als Entschuldigung der ausländischen Regierungen gelten zu lassen.

22. 2. Erklärung Premierminister *Chamberlains* über kollektive Sicherheit und Kleinstaaten: «Wenn ich, wie ich glaube, berechtigt bin zu erklären, dass der Völkerbund in seiner heutigen Form die kollektive Sicherheit nicht gewährleisten kann, dürfen wir uns

keinen Illusionen hingeben, und noch weniger dürfen wir die kleinen Nationen irreführen, indem wir sie glauben machen, dass der Völkerbund sie vor Angriffen schützt, während wir genau wissen, dass sie von Genf keine Hilfe erwarten können.»

- 1./2. 3. Die nationalrätliche Kommission für auswärtige Angelegenheiten bekräftigt den Entschluss, die integrale Neutralität zurückzugewinnen.
8. 3. Der Bundesrat erlässt eine Verordnung über die Organisation der Kriegswirtschaft und überträgt deren Leitung dem Eidg. Volkswirtschaftsdepartement. Minister *W. Stucki*, der neue schweizerische Gesandte in Paris, überreicht sein Beglaubigungsschreiben.
- 1.-13. 3. Einmarsch Hitlers in Österreich und «Anschluss» des Landes an Deutschland.
18. 3. Der Bundesrat unterbreitet den eidg. Räten den Entwurf zu einem Verfassungsartikel über die Neuordnung der Bundesfinanzen.
20. 3. Erklärung des Bundesrates und der Fraktionen in der Bundesversammlung zu den Ereignissen in Österreich. Der Wille zur Unabhängigkeit, Neutralität und Wehrhaftigkeit wird bekräftigt.
- Das Divisionsgericht 6 spricht die 4 Angeklagten Woog, Zschokke, Schneider und Anderfuhren als Mitglieder der kommunistischen Werbezentrale der Anwerbung von Spanienkämpfern schuldig und verurteilt sie zu Gefängnisstrafen von 7-12 Monaten. Vgl. 3.11.37.
- 30.3. Um den grossen Flüchtlingsstrom aus Österreich unter Kontrolle zu halten, führt der Bundesrat den Visumszwang für österreichische Pässe ein.

1938

- 1.4. Bundesgesetz über die Sicherstellung der Landesversorgung mit lebenswichtigen Gütern.
- 20./29. 4. Der Bundesrat stellt dem Generalsekretär des Völkerbundes Memoranden zum Antrag auf Befreiung der Schweiz von der weiteren Teilnahme an wirtschaftlichen und finanziellen Sanktionen des Völkerbundes zu.
-
25. 4. Der Bundesrat schlägt den eidg. Räten als Massnahme zur Stärkung der Landesverteidigung vor:
1. Wahl des Generals durch den Bundesrat.
 2. Verlängerung der Wiederholungskurse.
 3. Verfügung über den Rest der Wehranleihe.
- Die Generalswahl durch den Bundesrat findet in den Räten keine Unterstützung.
9. 5. Der Völkerbundsrat tritt zusammen, um neben anderen Geschäften das schweizerische Begehren vom 29.4. um Befreiung von den Sanktionsverpflichtungen zu beraten.
- 11.5. Bundesrat *Motta* begründet vor dem Völkerbundsrat das Begehren der Schweiz, ihre integrale Neutralität zurückzuerlangen.
- 12./13. 5. Geheimverhandlungen des Völkerbundsrates in Anwesenheit des schweizerischen Vertreters über die Sanktionenfrage.
14. 5. Der Völkerbundsrat beschliesst, die Schweiz künftig von der Teilnahme an Sanktionenbeschlüssen zu befreien und anerkennt damit die integrale Neutralität der Schweiz als mit den Völkerbundssatzungen vereinbar. Der Beschluss wird einstimmig gefasst, bei Stimmenthaltung der Sowjetunion und Chinas.
-

Ende Mai erfolgt ein Wechsel auf der schweizerischen Gesandtschaft in Berlin. An die Stelle des bisherigen Gesandten, Minister P. Dinichert, tritt *H. Frölicher*, der die Schweiz während des Zweiten Weltkrieges in Berlin vertritt.

4. 6. Eröffnung der Ausstellung «Schweizer Wehrgeist in der Kunst» im Luzerner Kunstmuseum.
8. 6. Erlass einer Verordnung über Herstellung, Vertrieb und Ein- und Ausfuhr von Kriegsmaterial.
21. 6. Die deutsche und die italienische Regierung nehmen Kenntnis von der Wiederherstellung der integralen Neutralität der Schweiz und erklären, diese respektieren zu wollen. Von einer formellen Anerkennung dieser Neutralität, wie sie der Bundesrat erhofft hatte, nehmen sie jedoch Umgang.
- Der Ständerat stimmt der bundesrätlichen Finanzvorlage zu, der Nationalrat lehnt sie jedoch mit dem Zufallsmehr von 62 zu 61 Stimmen ab.
1. 7. Der Bundesrat beantragt der Bundesversammlung die Verlängerung des Fiskalnotrechts durch dringlichen Bundesbeschluss.
4. 7. In der eidg. Volksabstimmung wird das Schweizerische *Strafgesetzbuch* mit 358'438 gegen 312'030 Stimmen angenommen. Es tritt auf den 1.1.42 in Kraft.
- 6.-15.7. Internationale Konferenz von Evian über Flüchtlingsfragen. Es nehmen 32 Staaten daran teil, greifbare Ergebnisse werden jedoch nicht erzielt.
- 10.8. Eine Verständigungskonferenz der Fraktionen der Bundesversammlung arbeitet einen Vorschlag für eine Übergangslösung im Finanzhaushalt aus.

1938

- 18.8. Der Andrang jüdischer Flüchtlinge aus Österreich veranlasst die Polizeiabteilung, die Ostgrenze vorübergehend zu sperren.
- 19.8. Der Bundesrat übernimmt den Verständigungsvorschlag der Fraktionen für eine verfassungsrechtliche Übergangsordnung des eidg. Finanzhaushalts. Der Bundesrat schliesst die Grenzen gegen illegale Grenzübertritte. Die Massnahme richtet sich insbesondere gegen den Flüchtlingsstrom aus Österreich.
- 27.8. Die schweizerische Flugwaffe verliert durch Massenabsturz in den Schwyzer Bergen 7 Flieger.
- 12.9. Die Krise um die Tschechoslowakei spitzt sich zu. Der Bundesrat lässt angesichts der gespannten internationalen Lage die Minen in Brücken und Strassen entlang der Landesgrenze laden.
- 13.9. Nationalrat J. Huber, St. Gallen, reicht ein Postulat betreffend Amnestierung der schweizerischen Spanienkämpfer ein. Es wird von 69 Nationalräten – auch aus bürgerlichen Fraktionen – mitunterzeichnet. Das Begehren wird jedoch am 2.2.39 von beiden Räten abgelehnt.
- 15.9. Premierminister *Chamberlain* sucht *Hitler* in *Berchtesgaden* auf und erklärt sich «im Prinzip» mit der Abtretung des Sudetenlandes an Deutschland einverstanden.
16. 9. Der Bundesrat beauftragt das Politische Departement, mit den Regierungen von Frankreich, Italien, Deutschland und Belgien Verhandlungen über die Zurverfügungstellung von Häfen und die Zubilligung von Transportmöglichkeiten im Kriegsfall aufzunehmen. Der Erfolg dieser Bestrebungen vor Kriegsausbruch ist jedoch gering.

- 19.9. Bundesratsbeschluss über die Sicherstellung der Landesversorgung.
- 22.-24. 9. Premierminister *Chamberlain* führt mit *Hitler* weitere Besprechungen in Bad *Godesberg*. *Hitler* erhöht seine Forderungen gegenüber der Tschechoslowakei.
- 27.-29.9. In Berlin finden Verhandlungen zwischen einer schweizerischen und einer deutschen Delegation über die Einführung des Visumzwangs für Deutsche statt. Man einigt sich darauf, stattdessen nur die Pässe von deutschen Juden, die ins Ausland reisen wollen, zu kennzeichnen. Der Bundesrat stimmt diesem Verhandlungsvorschlag am 4.10. auf Antrag des Justiz- und Polizeidepartements einstimmig zu.
27. 9. Sondersitzung des Bundesrates über den Erlass eines Truppenaufgebots. Beim Zusammentritt der Münchner Konferenz (29.9.) wird der Plan jedoch fallengelassen.
- 29.9. Konferenz in München zwischen *Hitler*, *Mussolini*, *Chamberlain* und *Daladier*. Die an der Konferenz nicht vertretene Tschechoslowakei wird gezwungen, lebenswichtige Randgebiete an Deutschland abzutreten. In diesem Raum befinden sich der tschechische Verteidigungsgürtel – ein Gegenstück zur Maginotlinie –, die wichtigsten Rohstoffe und Industrien des Landes. Höhepunkt der westlichen Beschwichtigungspolitik gegenüber Deutschland. *Chamberlain* verkündet: «Peace for our time!»
- 28./30. 9. Die eidg. Räte stimmen der Vorlage über den Ersatz des bisherigen Fiskalnotrechts durch die sog. «Übergangsordnung» zu. Die sozialdemokratische Fraktion übt Stimmenthaltung.

1938

30. 9. Bundesratsbeschluss über Transport von Personen und Gütern mit Motorfahrzeugen auf öffentlichen Strassen.
- 1.10. Die deutschen Truppen marschieren in die Randgebiete der Tschechoslowakei ein.
Bundesrat *Motta* begrüsst in einer Rede an der Messe von Lugano mit warmen Worten die Ergebnisse der Münchner Konferenz und den Beitrag des Duce und Chamberlains zu diesem Resultat.
- 5.10. Der Schweiz. Evangelische Kirchenbund begrüsst in einer öffentlichen Erklärung die Erhaltung des Friedens durch die Münchner Konferenz.
- 7.10. Der Bundesrat verbietet das in Genf erscheinende, aber in ausländischem Besitz befindliche «Journal des Nations» wegen Missbrauchs der Pressefreiheit für 3 Monate. Es handelt sich um das erste Erscheinungsverbot.
16. 10. Bundesrat *Motta* befasst sich in einer weiteren Rede in Locarno mit der Münchner Konferenz und würdigt dabei den Beitrag der Tschechoslowakei zur Erhaltung des Friedens in Europa.
- 21.10. Hitler gibt die «Führerweisung» zur Zerschlagung der Rest-Tschechoslowakei aus. Die Wehrmacht hat sich jederzeit zur Liquidierung des tschechischen Rumpfstaates und zur Besetzung Memels bereitzuhalten.
Im Oktober wird die «Arbeitsgruppe Forum Helveticum» von privater Seite ins Leben gerufen, um der geistigen Landesverteidigung zu dienen.
- 26.10. Im Bundeshaus in Bern findet auf Wunsch der konsultativen Pressekommission (geschaffen: Mai 1934)

- eine grosse Konferenz der Redaktoren der schweizerischen politischen Presse statt. Bundesrat Motta orientiert über die aussenpolitische Lage der Schweiz und die daraus folgenden Konsequenzen für die Haltung der Presse. Er lehnt Gesinnungsneutralität ab, fordert aber im Interesse des Landes Zurückhaltung gegenüber den Diktaturstaaten.
- 9./10.11. «Kristallnacht» in Deutschland. Schwere Ausschreitungen gegen Juden und jüdisches Eigentum.
- 15.11. Der Bundesrat verbietet das Erscheinen der drei Frontenblätter «Angriff», «Schweizerdegen» und «Schweizervolk».
- 24.11. Hitlers «Führerweisung» vom 21.10.38 wird dahin ergänzt, dass die Wehrmacht auch zu einer allfälligen Besetzung Danzigs bereitzusein hat.
- 27.11. In der eidg. Volksabstimmung wird die Übergangsordnung für den Finanzhaushalt des Bundes mit grosser Mehrheit angenommen. Alle Stände ausser Genf weisen annehmende Mehrheiten auf.
5. 12. Demokratieschutzverordnung: Der Bundesrat beschliesst Massnahmen gegen staatsgefährliche Umtriebe und zum Schutz der Demokratie. Insbesondere soll die Begünstigung ausländischer Propaganda unter Strafe gestellt werden.
9. 12. Der Bundesrat unterbreitet den eidg. Räten Botschaft und Vorlage über Aufgabe und Organisation der schweizerischen Kulturwahrung und Kulturwerbung.
10. 12. Der Frontenführer Leonhardt löst seinen «Volksbund» (gegründet: Sept. 1933 als Abspaltung von der Nationalen Front) auf, um einem Verbot durch den Bundesrat zuvorzukommen.

1938

12. 12. *Leonhardt* gründet in Deutschland die «Schweiz. Gesellschaft der Freunde einer autoritären Demokratie».
- Der Basler Regierungsrat erklärt die Zugehörigkeit zur Nationalen Front für unvereinbar mit einer Anstellung im Basler Staatsdienst.
15. 12. Die Bundesversammlung wählt für den zurückgetretenen Bundesrat Albert Meyer, Zürich, Nationalrat *Ernst Wetter*, Zürich, mit 117 Stimmen zum Bundesrat. Auf den sozialdemokratischen Gegenkandidaten E. Klöti entfallen 98 Stimmen. Um Wetters Wahl zu sichern, hat der radikaldemokratische Fraktionsvorstand Fraktionszwang beschlossen.
19. 12. Der Bundesrat erlässt Vorschriften über die Vorratshaltung von Benzin und Benzol.
22. 12. Erlass des Bundesbeschlusses über die Finanzordnung 1939-1941. Vgl. 27.11.38.
- Die ausserordentlichen Aufwendungen des Bundes zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise in der Zeit von 1931 bis 1938 belaufen sich auf insgesamt 600 Mio. Franken.

Als Bundespräsident für das Jahr 1939 amtet Bundesrat *Philipp Etter*, Vorsteher des Departements des Innern.

19. 1. Unter Führung von Prof. *Karl Meyer*, *Adolf Guggenbühl*, *Hermann Weilenmann* und weiteren Persönlichkeiten wird die private Vereinigung «Res publica» zur Unterstützung der geistigen Landesverteidigung gegründet. Die Organisation erhält grössere Beiträge von der Stadt Zürich, der Schweiz. Nationalbank und der Direktion der Nordostschweizerischen Kraftwerke.
- 22.1. In der eidg. Volksabstimmung wird ein Verfassungsartikel mit 346'024 gegen 155'032 Stimmen und dem Ständemehr von 21:1 angenommen, wonach der Erlass dringlicher Bundesbeschlüsse die Mehrheit aller Mitglieder in den beiden Räten erfordert. Die Geltungsdauer solcher Beschlüsse ist zu befristen.
- 27.1. Das deutsche Auswärtige Amt versichert dem schweizerischen Gesandten, dass sich die deutsche Einstellung gegenüber der schweizerischen Neutralität nicht geändert hat.
- 30.1. Beginn der ausserordentlichen Session der Bundesversammlung. Sie ist den Fragen der militärischen und wirtschaftlichen Landesverteidigung gewidmet: Verlängerung der Rekrutenschulen und Förderung des Ackerbaus.
3. 2. Die Bundesversammlung erteilt dem Bundesrat Vollmachten zur Anordnung von ausserordentlichen Truppenaufgeboten im Jahr 1939.
14. 2. Der Bundesrat anerkennt die nationalspanische Regierung des Generals Franco de jure.

1939

- 22.2. Bundesrat *Minger* teilt Oberstkorpskommandant *H. Guisan* vertraulich mit, dass er ihn gegebenen Falles zur Wahl als General der Schweizer Armee vorzuschlagen gedenke.
- 14./15. 3. Hitler besetzt die restliche Tschechoslowakei. Besetzung Prags durch deutsche Truppen.
16. 3. Hitler proklamiert die Errichtung des «Protektorates Böhmen und Mähren». Grossbritannien und Frankreich begnügen sich mit einem Protest über «die Verleugnung des Geistes» von München.
In der Basler Ortsgruppe der Neuen Helvetischen Gesellschaft erklärt Bundesrat *Obrecht* im Hinblick auf die Vorgänge in der Tschechoslowakei, wo Präsident Hacha nach Berlin berufen worden war, um zu erfahren, dass die deutschen Truppen bereits auf dem Weg nach Prag waren: «Wir Schweizer werden nicht zuerst ins Ausland wallfahrten gehn!»
18. 3. Radioansprache von Bundespräsident Etter an das Schweizervolk. Er bekräftigt den schweizerischen Willen zur Unabhängigkeit und Neutralität.
23. 3. Die britische und französische Regierung bekunden ihren Willen, im Falle eines deutschen Angriffs auf die Schweiz, Belgien oder Holland, sich gegenseitig Hilfe zu leisten. Die entsprechenden Beschlüsse sind im Laufe des Februar gefasst und am 12.3. durch die Pariser Zeitung «L'Epoque» der Öffentlichkeit bekanntgeworden.
Einmarsch der deutschen Truppen ins Memelgebiet (Litauen).
25. 3. Die Schweiz verstärkt ihren Grenzschutz. Als vorsorgliche Massnahme ordnet der Bundesrat das Laden der Minen entlang der Landesgrenze an.

28. 3. Ende des Bürgerkriegs in Spanien. Von den auf Seiten der unterlegenen Republikaner kämpfenden Schweizern sollen nach Meldungen Beteiligter ca. 73 gefallen, 55 vermisst und 12 in Gefangenschaft geraten sein.
- Der Ständerat und der Nationalrat (21.3.) genehmigen die bundesrätliche Vorlage über Kulturwahrung und Kulturwerbung. Der entsprechende Bundesbeschluss wird am 5.4. erlassen.
- 31.3. Grossbritannien und Frankreich geben Polen ein Garantieverprechen.
- Bundesratsbeschluss über Vorratshaltung von Kaffee, Reis, Zucker, Speisefetten und -ölen.
- 3.4. Der Bundesrat erlässt eine Verordnung über die Hilfsdienstpflichtigen. Sie legt fest, dass in allen Hilfsdienstgattungen weibliche Hilfskräfte verwendet werden können. Damit ist die Grundlage zur Schaffung eines FHD gelegt. Vgl. 10.4.40.
- 4.4. Britisch-französische Rahmenvereinbarung über die verschiedenen Phasen der Kriegführung in einer kommenden Auseinandersetzung mit den Diktaturstaaten: 1. Defensivphase, 2. Ausschaltung Italiens aus dem Krieg, 3. Angriff auf Deutschland.
- 5.4. Aufruf des Volkswirtschaftsdepartements zur Anlage von Haushaltvorräten für zwei Monate.
- Durch Bundesbeschluss wird die Stiftung «Pro Helvetia» geschaffen.
- 6.4. Die Bundesversammlung erlässt einen dringlichen Bundesbeschluss über Massnahmen zur Förderung des Ackerbaus. Die Ackerfläche wird dadurch noch im laufenden Jahr um 25'000 ha ausgedehnt. Die

1939

Pflichtfläche der 1. Anbauetappe (1939/40) beträgt 208'812 ha.

- 7.4. Die eidg. Räte stimmen in der Schlussabstimmung einer Verfassungsvorlage über den Ausbau der Landesverteidigung und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu. Vgl. 4.6.39.
- Italien überfällt und besetzt Albanien.
13. 4. Britisch-französische Garantieerklärung für Griechenland und Rumänien.
- 14.4. Der Bundesrat erlässt die «Neutralitätsverordnung», Bestimmungen über die Handhabung der Neutralität und ein Ausfuhrverbot für Kriegsmaterial, das jedoch Ausnahmewilligungen für Privatfirmen vorsieht.
- Appell Präsident *Roosevelts* an *Hitler* und *Mussolini*, keine weiteren Gewaltakte mehr zu begehen. Vorschlag einer Konferenz. Er ersucht die Diktatoren, die Zusicherung abzugeben, dass sie eine Reihe von Staaten, unter ihnen die Schweiz, nicht angreifen werden. *Hitler* lässt darauf die erwähnten Staaten anfragen, ob sie sich von Deutschland bedroht fühlen. Vgl. 21.4.39.
- 17.4. Beginn der deutsch-sowjetischen Kontakte zum Abschluss eines Nichtangriffspaktes.
- 21.4. Der Bundesrat beantwortet die Anfrage Hitlers, ob sich die Schweiz bedroht fühle, mit dem Hinweis auf die von der eigenen Wehrkraft verteidigte Neutralität.
27. 4. Verhandlungsaufnahme einer schweizerischen Wirtschaftsmission in den USA zur Güterversorgung des Landes im Kriegsfall.

6. 5. Eröffnung der Schweizerischen Landesausstellung in Zürich.
- 10.5. Abschluss von Vereinbarungen mit Grossbritannien über die Behandlung von gecharterten Schweizer Schiffen im Kriegsfall.
18. 5. General Gamelin verspricht dem polnischen Kriegsminister, dass am 15. Tag nach Beginn eines deutschen Angriffs auf Polen eine französische Entlastungsoffensive gegen Deutschland ausgelöst werde.
22. 5. Deutschland und Italien unterzeichnen den «Stahlpakt», ein deutsch-italienisches Militärbündnis.
- 1.6. Eröffnung der Pradoausstellung in Genf.
Im Laufe des Bürgerkrieges sind die wertvollsten Bestände – 525 Gemälde und 185 Zeichnungen – des Prado ausgelagert worden. Nach zwei Stationen in Spanien gelangen sie nach Genf und werden hier unter den Schutz der Eidgenossenschaft gestellt.
4. 6. In der eidg. Abstimmung wird die Vorlage über Landesverteidigung und Arbeitsbeschaffung mit 455'622 Ja gegen 199'540 Nein und 19 zu 3 Standesstimmen angenommen. Damit wird ein Kredit von 415 Mio. Fr. eröffnet, der der Arbeitsbeschaffung dienen soll. Für Ausbau und Modernisierung der Armee werden zwischen 1933 und 1939 Kredite in der Höhe von 1 Mia. Fr. bewilligt.
- 5.6. Der Bundesrat verbietet die in Basel erscheinende «Schweizer Zeitung am Sonntag» für drei Monate.
- 12.6. Bundesratsbeschluss über die Vorbereitung einer Kontrollorganisation für die Ein- und Ausfuhr im Kriegsfälle.

1939

- 13.6. Der Nationalrat lädt den Bundesrat ein, die Frage der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion erneut zu prüfen.
- 22.6. Die Bundesversammlung beschliesst ein Bundesgesetz über die Reorganisation des Militärdepartements und der Armeeleitung. Vgl. 3.8.45.
23. 6. Der Bundesrat erlässt eine Verordnung über die Organisation des Arbeitseinsatzes für den Fall einer Mobilisation.
- 28.6. Schweizerisch-deutscher Notenwechsel über die Sicherung des lebenswichtigen Durchgangsverkehrs für die Schweiz im Kriegsfall.
4. 7. Das Militärdepartement erlässt eine Bekanntmachung über die Evakuierung der Zivilbevölkerung im Kriegsfall. Evakuierungen als vorsorgliche Massnahmen sind nicht vorgesehen.
5. 7. Zwischen der Schweiz und Deutschland wird ein neues Verrechnungsabkommen unterzeichnet.
10. 7. Die in der Provinz Bozen (Südtirol) niedergelassenen Ausländer erhalten von den italienischen Behörden den Befehl, die Provinz innert 24 Stunden zu verlassen. Von dieser Massnahme werden auch 240 Schweizer betroffen. Die sofortige Intervention der Bundesbehörden bewirkt einen Aufschub für die Schweizer. Später scheint die Massnahme von den italienischen Behörden überhaupt fallengelassen worden zu sein.
15. 7. Das Bundesstrafgericht verurteilt sieben führende Persönlichkeiten des «Bundes treuer Eidgenossen nationalsozialistischer Weltanschauung» wegen Landesverrats zu Zuchthaus- und Gefängnisstrafen.

20. 7. Absturz eines Verkehrsflugzeuges der Swissair bei Konstanz auf dem Flug von Wien nach Zürich. 3 Passagiere und 3 Besatzungsmitglieder finden dabei den Tod. Unter den Verunglückten befindet sich Flugkapitän *Walter Ackermann*, der sich als Schriftsteller einen Namen gemacht hat.
29. 7. Die Sozialdemokratische Partei reicht der Bundeskanzlei ein Volksbegehren über die Volkswahl und Erweiterung des Bundesrates mit 148'971 gültigen Unterschriften ein. Vgl. 25.1.42.
- Der Lord-Major von London stattet der Landesausstellung in Zürich einen offiziellen Besuch ab.
30. 7. Am 30.7., 1.5. und 6.8. finden im Rahmen der Landesausstellung öffentliche Wehrvorführungen auf der Allmend Wollishofen in Zürich statt.
- 31.7. Oberst *Ed. Petitpierre*, Stabschef des von Oberstkorpskommandant H. Guisan geführten 1. Armeekorps, bespricht im Pariser Hauptquartier mit den Generälen *Gamelin* und *Georges* militärische Koordinationsmassnahmen zwischen der Schweiz und Frankreich für den Fall eines deutschen Angriffs.
- 11.8. *Hitler* versichert Prof. *C.J. Burckhardt*, Hochkommissar des Völkerbundes in Danzig, anlässlich einer Unterredung: «Alles, was ich unternehme, ist gegen Russland gerichtet, wenn der Westen zu dumm und zu blind ist, um dies zu begreifen, werde ich gezwungen sein, mich mit den Russen zu verständigen, den Westen zu schlagen und dann nach seiner Niederlage mich mit meinen versammelten Kräften gegen die Sowjetunion zu wenden.»
Im Hinblick auf die Schweiz äussert *Hitler*: «Die

1939

Schweiz hat nichts zu befürchten. Ich werde ihre Neutralität achten.»

15. 8. Der Bundesrat heisst einstimmig einen Bericht des Politischen Departements gut, in dem die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zur Sowjetunion abgelehnt wird.
- 19./20. 8. Die Schweiz. Trachtenvereinigung feiert im Rahmen der Landesausstellung ihr Trachtenfest. An den Umzügen sind 7'000 Personen, 70 Wagen und 19 Musikkorps beteiligt.
- 21.8. Bundesratsbeschluss über die Versicherung des Kriegsrisikos von Fluss- und Landtransporten. Ab 2.9. werden alle Import- und Exportgüter erfasst.
- 22./23. 8. Die nationalrätliche Kommission für auswärtige Angelegenheiten billigt den bundesrätlichen Standpunkt in der Frage der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zur UdSSR mit 7 zu 5 Stimmen bei einer Enthaltung.
- 23.8. Abschluss des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts mit geheimem Zusatzprotokoll über die Aufteilung Polens.
- 25.8. Unterzeichnung eines gegenseitigen britisch-polnischen Beistandspakts mit Geheimklausel, die Grossbritannien verpflichtet, auch den Status quo Danzigs zu verteidigen.
- Hitler verschiebt den bereits für den 26.8. befohlenen Überfall auf Polen in letzter Stunde.
- Der Bundesrat erlässt einen Aufruf, der den Ernst der Lage betont, zur Ruhe mahnt und eine allgemeine Mobilisation in Aussicht stellt.

26. 8. Das Deutsche Reich gibt der Schweiz, Belgien, Luxemburg, Dänemark und den Niederlanden die Zusicherung, dass es ihre Neutralität respektieren werde.
- Der britische Aussenminister Halifax ersucht Mussolini, Hitler darüber zu informieren, dass England bereit wäre, auf Polen in der Danziger Frage einen Druck auszuüben, um eine für Deutschland annehmbare Lösung zu finden.
28. 8. Der Bundesrat bietet den Grenzschutz für den 29.8. auf.
- Das Volkswirtschaftsdepartement verfügt eine Bezugssperre für Zucker, Reis, Teigwaren, Hülsenfrüchte, Mehl, Hafer, Gerstenprodukte, Speisefette- und -öle, eingesottene Butter und eine vorläufige Rationierung von Kraft- und Brennstoffen.
- Aufruf von Bundespräsident *Etter* an das Schweizer Volk: Mahnung zur Ruhe und Besonnenheit.
29. 8. Der Bundesrat beruft die Bundesversammlung zu einer ausserordentlichen Session auf den 30.8. nach Bern und legt Botschaft und Beschlussesentwurf über Massnahmen zum Schutz des Landes und zur Aufrechterhaltung der Neutralität vor.
- Die Abteilung Presse und Funkspruch nimmt ihre Tätigkeit auf.
30. 8. Die Bundesversammlung tritt um 17.00 Uhr in Bern zusammen. Die vorberatende Kommission hat auf Antrag der Sozialdemokratischen Fraktion den bundesrätlichen Entwurf zum Vollmachtenbeschluss (Ermächtigungsbeschluss) durch die Schaffung von 2 Vollmachtenkommissionen erweitert. Ihnen sind

wichtige Massnahmen des Bundesrates vor deren Erlass zur Begutachtung vorzulegen. Sie haben ferner die Vorberatung der zu genehmigenden Bundesratsbeschlüsse zuhanden der Bundesversammlung vorzunehmen.

Die Bundesversammlung erteilt dem Bundesrat die nachgesuchten ausserordentlichen Vollmachten in der von der vorberatenden Kommission ausgearbeiteten Fassung. Die nationalrätliche Vollmachtenkommission zählt 25, ab Dezember 1943 27 Mitglieder: 7 Rad., 6 (8) SP, 6 KK, 3 BGB und je 1 Vertreter des Landesrings, der Demokraten und der Liberalen. Die ständerätliche Kommission besteht aus 13 Mitgliedern: 5 Rad., 5 KK, 1 BGB, 1 SP, 1 Liberaler.

Um 18.00 Uhr tritt die Vereinigte Bundesversammlung zusammen und wählt Oberstkörpskommandant *Henri Guisan* (1874) mit 204 von 229 Stimmen zum General der Schweizer Armee. 21 Stimmen entfallen auf Oberstdivisionär Jules Borel.

31. 8. Der Bundesrat erlässt für den Fall eines kriegerischen Konflikts die traditionelle Neutralitätserklärung an 36 Staaten.

Er wählt Oberstkörpskommandant *J. Labhart*, den bisherigen Chef der Generalstabsabteilung, zum Generalstabschef der Armee.

Der Bundesrat übermittelt dem General die «Weisungen für die mit der Armee zu erreichenden Ziele».

II

Der Zweite Weltkrieg

1. 9. Deutschland greift um 04.45 Uhr Polen an und löst damit den Zweiten Weltkrieg aus.

Der Bundesrat ordnet im Einvernehmen mit dem General die allgemeine Mobilmachung der Armee auf den 2.9. an.

Bundesratsbeschluss über die Kosten der Lebenshaltung und den Schutz der regulären Marktversorgung.

Prof. C. J. Burckhardt, Hoher Kommissar des Völkerbundes in Danzig, wird von den Deutschen gezwungen, diese Stadt zu verlassen.

2. 9. Die Armee rückt in einer Stärke von 430'000 Mann ein und marschiert in die Bereitschaftsstellungen. Der Aufmarsch ist am 4.9. beendet.

Die Mobilisation offenbart einen empfindlichen Mangel bei den Spezialwaffen. Von 21 Fliegerkompanien können 5 wegen Mangels an Flugzeugen nicht aufgestellt werden. Die Armee verfügt nur über 86 zum Teil veraltete Jagdflugzeuge. Die Fliegerabwehr besitzt lediglich 7 7,5-cm-Kanonen und 24 20-mm-Geschütze. Auch die Artillerie ist schwach dotiert und muss auf Geschütze zurückgreifen, die schon im Ersten Weltkrieg keine Verwendung mehr gefunden haben. Der Panzerabwehr fehlt es an Geschützen und Munition. Trotz grosser Kredite ist der Rückstand in der Rüstung, der durch die schwache Dotierung der Militärausgaben zwischen 1920 und 1935 entstanden ist, nur teilweise aufgeholt worden.

Bundesratsbeschluss über die Arbeitsdienstpflicht: Allgemeine Arbeitsdienstpflicht für Schweizer von 16-65 und Schweizerinnen von 16-60 Jahren. Der

1939

Aufgebotene verliert die Möglichkeit, Arbeitsort und Arbeitsplatz zu wechseln. Der Beschluss tritt am 4.9. in Kraft. Vgl. 17.5.40.

Bundesratsbeschluss über die Ausfuhrbeschränkung. Die Ausfuhr sämtlicher Waren wird der Bewilligungspflicht unterstellt.

- 3.9. Grossbritannien und Frankreich erklären Deutschland den Krieg.

Aufnahme von Verhandlungen mit Deutschland über den Waren- und Zahlungsverkehr. Sie führen am 24. 10. zum Abschluss eines Zusatzprotokolls zum bestehenden Verrechnungsabkommen.

4. 9. Das Volkswirtschaftsdepartement setzt die kriegswirtschaftliche Organisation in Kraft. Sie nimmt ihre Arbeit mit 221 Funktionären auf. Der Höchststand wird Ende 1943 mit 3'633 Mitarbeitern erreicht.

Einführung der Preiskontrolle. Es ist untersagt, die Gross- und Detailverkaufspreise jeder Art von Waren, die Miet- und Pachtzinse, die Tarife der Hotels, Pensionen, Lehr-, Heil- und Kuranstalten, die Tarife für Gas und Elektrizität, für Honorare und Werkleistungen sowie andere Tarife jeder Art über den effektiven Stand vom 31.8.39 ohne Genehmigung zu erhöhen. Ausgenommen werden lediglich die konzessionierten Transportunternehmungen (Verfügungen des Volkswirtschaftsdepartements vom 2.9.39 und 1.5.41).

5. 9. Der Bundesrat erlässt einen Beschluss über Einreise und Anmeldung von Ausländern. Zurzeit befinden sich 7-8'000 Flüchtlinge, worunter 5'000 Juden, in der Schweiz.

Das Armeehauptquartier disloziert von Bern nach Spiez.

6. 9. Grundlegende Besprechung von Bundesrat *Obrecht* und Minister *Hotz* mit dem deutschen Gesandten in Bern, *Köcher*, und einer deutschen Handelsdelegation unter Führung des Gesandten *Hemmen*. Die deutsche Delegation gibt für ihr Land die Erklärung ab, «auch auf wirtschaftlichem Gebiet die Neutralität voll einzuhalten». Bundesrat Obrecht versichert, die Kontrolle über den schweizerischen Aussenhandel, im Gegensatz zum Ersten Weltkrieg, auf jeden Fall in der eigenen Hand behalten zu wollen.
- 8.9. Der Bundesrat fasst grundlegende Vollmachtenbeschlüsse über den «Schutz der Sicherheit des Landes im Gebiet des Nachrichtendienstes» (Grunderlass über die Pressekontrolle) und über die Ordnung des Pressewesens.
- Der General erlässt den sog. «Sparbefehl»: «Sparen ist Soldatenpflicht».
17. 9. Die Sozialdemokratische Partei schliesst den Linksradikalen Leon Nicole, Genf, aus ihren Reihen aus.
- Die sowjetischen Truppen dringen, entsprechend den geheimen Vereinbarungen mit Deutschland vom 23. 8.39, in Polen ein und besetzen die ihnen zugestandenen Gebiete.
- 18.-22. 9. Schweizerisch-italienische Wirtschaftsverhandlungen. Es geht um Transportfragen und den für die Landesversorgung wichtigen Transitverkehr durch Italien.
- 19.9. Ein Bundesratsbeschluss legt das Ausmahlen von Mehl zur Brotherstellung auf 80% fest, ab September 1941 auf 90%.

1939

20. 9. Einführung der Filmzensur in der Schweiz.
21. 9. Der Ständerat beschliesst, seine Vollmachtenkommission habe zugleich als Kommission für auswärtige Angelegenheiten zu amten. Vgl. 20.9.45.
- Die nationalrätliche Vollmachtenkommission beschliesst: «Die Beratungen der Kommission haben geheimen Charakter.» Damit sind die Kommissionsmitglieder durch Schweigepflicht über die Gesamtheit der Beratungen gebunden.
- 22.9. Bundesratsbeschlüsse betreffend die Überwachung der Ein- und Ausfuhr und der kriegswirtschaftlichen Syndikate.
- Erlass der Verordnung über die Wahrung der Sicherheit des Landes.
- Provisorisches Abkommen mit Frankreich über die Beibehaltung des Warenverkehrs im bisherigen Umfang unter Bedingungen, die eine direkte Weitergabe solcher Waren an die Feinde Frankreichs verhindern. Es soll die Zeit bis zum Abschluss eines definitiven Abkommens überbrücken.
- 24.9. Erste Kontaktaufnahme zwischen schweizerischen und französischen Generalstabsoffizieren seit Kriegsausbruch. Sie werden bis zum 10.6.40 fortgesetzt. Auf schweizerischer Seite ist Major *Barbey* damit beauftragt, auf französischer Oberstleutnant *Garteiser*. Die beiden treffen sich insgesamt 28mal. Sie arbeiten Pläne für eine Unterstützung der Schweiz durch französische Truppen aus. Sie sollen nach einem allfälligen Angriff Deutschlands auf das an Frankreich angrenzende schweizerische Territorium in Kraft treten.

- 26.9. Erlass von Rationierungsvorschriften für flüssige Treib- und Brennstoffe. Weitere Vorschriften darüber werden am 13.10. erlassen.
- 28.9. Kapitulation der polnischen Truppen in Warschau. In einzelnen Gebieten dauert der polnische Widerstand noch an. Die letzten Feldtruppen kapitulieren am 6.10. Fortdauer des Guerillakrieges bis Frühjahr 1940.
4. 10. Der General unterzeichnet den Aufmarschplan «Fall Nord».
5. 10. Auf Weisung des Generals wird ein militärisch-politischer Abwehrdienst gegen Spionage eingerichtet.
- Für Überseetransporte verfügt die Schweiz bei Kriegsausbruch über 15 Charterschiffe von insgesamt 115'000 t Tragfähigkeit. Das entspricht einem Drittel des für die Zufuhren in Friedenszeit benötigten Schiffsraums.
16. 10. Das Armeehauptquartier wird von Bern in den Raum Gümliigen-Langnau (BE) verlegt. Der General errichtet seinen KP am 18.10. im Schloss Gümliigen.
17. 10. Bundesratsbeschluss über die Sicherstellung der Landesversorgung mit Lebens- und Futtermitteln.
- Bundesratsbeschluss über die Änderung der fremdenpolizeilichen Regelung. Sie bedeutet eine neue rechtliche Grundlage für die Behandlung der Flüchtlinge. Die Kantone werden angewiesen, Ausländer, die rechtswidrig in die Schweiz gelangt sind, wieder über die Grenze zurückzustellen.
20. 10. Die Armee befindet sich in Abwehrstellungen, die sich vom Raum Chur bis zum Waadtländer Jura er-

1939

strecken. Die 9. Division und die Gebirgsbrigade 11 decken die Südfront.

General Guisan wird in der Landesausstellung festlich empfangen.

Ein Bundesratsbeschluss überträgt die der Stiftung «Pro Helvetia» zugedachten Aufgaben (vgl. 5.4.39) einer «Arbeitsgemeinschaft Pro Helvetia», die in die Gruppen «Armee» und «Volk» und 8 Untergruppen gegliedert wird. Die Zweiteilung der Aufgabe geht auf eine Vereinbarung zwischen Bundesrat und General zurück. Die Gruppe «Armee» tritt unter der Bezeichnung «Heer und Haus» an die Öffentlichkeit.

24. 10. Schaffung der «Zentralstelle für die Überwachung der Ein- und Ausfuhr» bei der Handelsabteilung. Vgl. 22.9.39.

Abschluss eines Zusatzprotokolls zum Verrechnungsabkommen mit Deutschland.

26. 10. Armeebefehl des Generals: Aufruf zur ständigen Wachsamkeit gegen die sich nach dem Ende des deutschen Polenfeldzuges ausbreitende Friedenspsychose.

29. 10. Die Nationalratswahlen werden trotz Generalmobil-machung durchgeführt. Sie ergeben folgende Sitzverteilung:

Radikaldemokraten	51	(48)
Katholisch-Konservative	43	(42)
Sozialdemokraten	45	(50)
Bauernpartei (BGB)	22	(21)
Landesring	9	(7)
Liberale	6	(7)
Demokraten	6	(7)

Dissidente Soz.	4	-
Fraktionslose	1	(5)

Die Landesausstellung in Zürich schliesst ihre Tore. Sie zählte 10,5 Mio. Besucher und schliesst mit einem Einnahmenüberschuss von 6,4 Mio. Fr.

30. 10. Weisung des Bundesrates an die Bevölkerung für das Verhalten im Kriegsfall. Die private Evakuierung ist zugelassen. Die Kantone sind berechtigt, diese vorzubereiten. Vgl. 17.4.42.

Rationierung von Zucker, Reis, Teigwaren, Hülsenfrüchten, Mehl, Griess aus Brotgetreide oder Mais, Hafer- und Gerstenprodukten, Speisefett und -öl und eingesottener Butter.

Aufnahme von Verhandlungen über ein Blockadeabkommen in London. Besondere Schwierigkeiten bereitet der Abschluss eines Zahlungsabkommens. Die schweizerische Delegation schlägt die Einräumung eines Bankenkredits von 100 Mio. Fr. vor. Der Vorschlag scheidet an den Bedingungen des schweizerischen Bankenkonsortiums. Erst am 24.4.40 kommt es zum Abschluss eines Abkommens.

- 2.11. Der Bundesrat erlässt ein Verbot für ausländische Wirtschaftskontrollen. Keine in der Schweiz niedergelassene Firma darf gegenüber ausländischen Behörden Verpflichtungen über eine Kontrolle ihres Warenverkehrs eingehen.
3. 11. Schaffung der Dienstabteilung «Heer und Haus» durch den General. Sie wird der Armee durch den Armeebefehl «Geist der Truppe» bekanntgegeben.
4. 11. Regelung der Frage des Warentransits nach der Schweiz durch das noch nicht in den Krieg eingetretene Italien.

1939

7. 11. Der Angriffstermin für die deutsche Westoffensive wird vom 12.11. auf den 15.11. verschoben. Bis zum 10.5.40 wird dieser Zeitpunkt insgesamt 29mal neu angesetzt.
8. 11. In München findet ein Attentat auf Hitler statt, das jedoch misslingt. Gerüchte besagen anfänglich, die Fäden dieses Anschlages führten in die Schweiz zu dem Emigranten und ehemaligen prominenten Nationalsozialisten *Otto Strasser*. Das Attentat fordert 7 Tote und 63 Verletzte. Strasser verlässt auf Anordnung der Polizei am 13.11. die Schweiz.
9. 11. Oberst *Hasler*, der Chef der Abteilung Presse und Funkspruch, empfängt aufgrund einer von Generalstabschef J. Labhart weitergeleiteten Anregung den Landesstatthalter Kopf von Bregenz und *Dr. K. Hügel* zu einer ersten Besprechung über pressepolitische Fragen. Hasler erstellt von dieser Unterredung mit den Nationalsozialisten einen Bericht, der an Bundesrat, General und Generalstabschef geht. Ende 1939 findet eine Zusammenkunft in Lausanne und am 27.1.40 eine weitere auf Rigi-Kaltbad statt. Ende Juni 1940 verlangt Dr. Hügel eine weitere Unterredung mit der schweizerischen Gruppe, die am 23.9.40 in Wülflingen stattfindet.
10. 11. «Novemberalarm». Auf Antrag des Generals erlässt der Bundesrat ein Wiederaufgebot von Truppen. Sämtliche Beurlaubungen werden aufgehoben. Aus der Umgebung von Generaloberst Reichenau geht eine Meldung über die Schweiz nach England über Angriffsabsichten Hitlers an der Westfront. Vgl. 7.11.
21. 11. Der Reichsführer-SS *Himmler* gibt bekannt, dass ein *Georg Elser* als Attentäter auf Hitler beim Ver-

such, die Grenze nach der Schweiz zu überschreiten, festgenommen worden ist und ein Geständnis abgelegt hat. (Vgl. 8.11.) Ein Gerichtsverfahren gegen Elser findet jedoch nie statt.

24. 11. Der Bundesrat schafft eine Kommission für Kriegswirtschaft beim Volkswirtschaftsdepartement. Sie soll als Koordinationsorgan der verschiedenen Kriegswirtschaftsämter dienen.
- 26.11. In der Kaserne Basel beginnt der erste Kurs für Rotkreuzfahrerinnen. Zum erstenmal in der Geschichte der modernen Schweizer Armee werden Frauen ausgebildet.
27. 11. Major *Barbey*, der schweizerische Verbindungsoffizier zum französischen Hauptquartier, wird in Vincennes vom französischen Oberkommandierenden General *Gamelin* empfangen.
30. 11. Sowjetrussischer Angriff auf Finnland. Beginn des russisch-finnischen Winterkriegs.
1. 12. Freigabe von Hülsenfrüchten, Mehl und Griess aus Brotgetreide oder Mais aus der Rationierung.
3. 12. Auf Befehl des Generals wird die Evakuierung der Zivilbevölkerung aus dem Kampfgebiet des «Falles Nord» vorbereitet. Dafür wird rund eine Million Menschen in Aussicht genommen.
- In der eidg. Volksabstimmung wird die Gesetzesvorlage über die Änderung des Dienstverhältnisses des Bundespersonals (Besoldung und Pensionierung) verworfen.
- Nicole* gründet in Renens eine neue Partei, die «Federation Socialiste Suisse», der sich ein beträchtlicher Teil der Genfer und Waadtländer Sozialdemokraten

1939

anschliesst. Nicole anerkennt das Parteiprogramm der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz von 1935 nicht und führt seine Politik weiterhin nach demjenigen von 1920.

4. 12. Bundesratsbeschluss über die Bekämpfung der staatsgefährlichen Propaganda in der Armee.
- 6./12. 12 National- und Ständerat genehmigen den 1. Vollmachtenbericht des Bundesrates, stellen jedoch die Genehmigung einiger Beschlüsse, worunter denjenigen über die Pressekontrolle vom 8.9.39, zurück.
- Seit anfangs Dezember unterbricht Spanien den Gütertransit nach der Schweiz vollständig. Über 100'000 Tonnen Güter, meist Getreide, sind dadurch in iberischen Häfen blockiert. Vgl. 27.3.41.
13. 12. Die Bestätigungswahlen für die Bundesräte ergeben folgende Stimmzahlen: Baumann 132, Etter 144, Minger 130, Motta 140, Obrecht 166, Pilet 145, Wetter 152.
- 14.12. Der Völkerbund schliesst die Sowjetunion wegen des Angriffs auf Finnland aus. Die schweizerische Delegation enthält sich der Stimme. Sie gibt lediglich eine Erklärung der moralischen Solidarität mit Finnland ab.
16. 12. In Stans werden die Pilatus Flugzeugwerke AG gegründet. Sie gehören zum Umkreis des Bührle-Konzerns.
20. 12. Der Bundesrat schafft durch Vollmachtenbeschluss eine Lohnausfallentschädigung für die im Aktivdienst stehenden Arbeitnehmer. Beitragspflicht und Bezugsberechtigung beginnen am 1.2.40. Von jeder Lohnzahlung leisten Arbeitgeber und Arbeitnehmer

je 2%, die öffentliche Hand zusätzlich 4% als Beitrag an den Lohnausgleichfond.

27. 12. Der Bundesrat stellt dem finnischen Roten Kreuz einen Betrag von 100'000 Fr. zur Verfügung. Im Schweizer Volk ist zur Hilfe an Finnland ein Betrag von 4 Mio. Fr. gesammelt worden. Anfangs Januar begibt sich eine Mission von schweizerischen Ärzten und Krankenpflegern mit Sanitätsmaterial nach Finnland.
28. 12. Die Abteilung Presse und Funkspruch verbietet das weitere Erscheinen der kommunistischen «Freiheit» und der rechtsextremen «Neuen Basler Zeitung» wegen Gefährdung der Unabhängigkeit des Landes.
29. 12. Der Bundesrat veröffentlicht die Botschaft über die Einführung eines obligatorischen militärischen Vorkurses für 16-19jährige.
31. 12. Der Index der Konsumentenpreise (August 1939 = 100) verzeichnet einen Stand von 103 Punkten.
Der Aussenhandel des Jahres 1939 zeigt folgendes Ergebnis (1'000 t): Einfuhr 8'771, Ausfuhr 548.

1940

Als Bundespräsident für das Jahr 1940 amtiert Bundesrat *Marcel Pilet-Golaz*, Vorsteher des Post- und Eisenbahndepartements, ab 1.3.40 des Politischen Departements.

1. 1. Auf Antrag des Generals hat der Bundesrat am 13. 12.39 beschlossen, die Truppenordnung 1938 auf den 1.1.40 abzuändern. Entsprechend den operativen Gegebenheiten wird ein 4. Armeekorps geschaffen und die Festung Sargans zur Heereseinheit erhoben. Oberstkorpskommandant *J. Labhart*, der bisherige Generalstabschef, übernimmt ad interim das 4. Armeekorps, sein bisheriger Stellvertreter, Oberstdivisionär *J. Huber*, ad interim den Posten des Generalstabschefs. Vgl. 26.3.40.
6. 1. Die Abteilung Presse und Funkpruch erlässt «Grundsätze der Pressekontrolle», die einen Kommentar zum «Grunderlass» vom 8.9.39 bilden.
12. 1. Der Bundesrat beschliesst die Erhebung einer eidg. Kriegsgewinnsteuer. Der Beschluss tritt am 15.1.40 in Kraft.
Mitte Januar sind noch 170'000 Mann mobilisiert.
- 19.1. Der Bundesrat richtet eine Botschaft an die eidg. Räte über die Erhebung von Steuern zur Deckung der Mobilisationskosten. Sie sieht die Erhebung eines Wehropfers (Vermögenssteuer), einer Wehrsteuer (Einkommenssteuer) und einer Warenumsatzsteuer vor sowie die Verlängerung des geltenden Finanzprogramms bis 1945.
22. 1. Neufassung des Aufmarschbefehls Nord, Abänderungen erfolgen am 14.5. und 7.6.40.
23. 1. Bundesrat *Motta* stirbt an den Folgen eines Schlaganfalles im Alter von 69 Jahren. Stellvertreter Mot-

tas im Politischen Departement ist Bundesrat Baumann.

Einführung der Bewilligungspflicht für das Schlagen von Nussbäumen, da dieses Holz zur Herstellung von Gewehrschäften benötigt wird.

25. 1. Der Regierungsrat des Kantons Zürich und das Territorialkommando 6 erlassen eine Evakuierungsverordnung. Sie überlässt die Evakuierung dem einzelnen, diese «soll nach möglichst weit entfernten Landesteilen gehen».
- 1.2. Im Februar führt Berlin eine scharfe Pressekampagne gegen die Schweiz. In koordinierter Aktion bezweifeln deutsche Zeitungen aller Art die schweizerische Neutralität und richten Drohungen an die Adresse der Schweiz. Anfangs März flauen diese Presseangriffe wieder ab.
8. 2. Bundespräsident Pilet-Golaz erteilt Prof. *J.R. v. Salis* den Auftrag, wöchentliche Lageberichte unter dem Titel «Weltchronik» für den Landessender Bero Münster zu verfassen, v. Salis nimmt die regelmässige Berichterstattung im Herbst 1940 auf und setzt sie bis zum Frühjahr 1947 fort.
9. 2. Durch Bundesratsbeschluss wird die Veröffentlichung der schweizerischen Aussenhandelsstatistik sistiert.
Ab 1.1.40 dürfen nur noch Totalzahlen bekanntgegeben werden.
- Ein Bundesratsbeschluss verpflichtet Kantone und Gemeinden, die Aufnahme von Evakuierten vorzubereiten.
- Anfangs Februar bildet sich im Bundesrat die Meinung heraus, das verwaiste Politische Departement

1940

Bundespräsident *Pilet* zu übertragen. Die offizielle Departementszuteilung erfolgt in der Bundesratssitzung vom 1.3.40. Stellvertreter Pilets wird Bundesrat *Etter*.

13. 2. Ein Bundesbeschluss regelt Herstellung, Beschaffung, Ein- und Ausfuhr von Kriegsmaterial.
15. 2. Der General erlässt «Richtlinien für die Organisation des Frauenhilfsdienstes». Für die Ausbildung im FHD wird ein «Einführungskurs» von 13 Tagen festgelegt.
16. 2. Nach mehrfachen deutschen Interventionen verbietet der Bundesrat Druck, Verlag und Einfuhr von Hermann Rauschnings «Gespräche mit Hitler». Noch kurz vor seinem Tode hat Motta im Bundesrat eine Stunde lang über Rauschning gesprochen und seinen Kollegen empfohlen, das Buch zu lesen.
17. 2. Zur Einsparung von Kohle werden Vorschriften über die Raumheizung erlassen.
21. 2. Der Nationalrat behandelt Organisation und Vorschriften der Presseüberwachung. Der Erlass vom 8.9.39 wird genehmigt, nachdem der Bundesrat zugesichert hat, der geäußerten Kritik Rechnung zu tragen. Die Bundesversammlung wünscht, das Vordringen der zivilen Gewalt über die militärischen Instanzen gewahrt zu wissen. Im Ständerat erfolgt die Genehmigung am 28.3.40.
22. 2. Die Bundesversammlung wählt im zweiten Wahlgang den Tessiner Staatsrat *Enrico Celio* mit 118 Stimmen zum Bundesrat. Auf den Tessiner Canevascini (SP) entfallen 50 Stimmen, auf den Walliser Troillet (KK) 41.

3. 3. Die Landesleitung der «Nationalen Front» beschliesst, ihre Organisation aufzulösen.
9. 3. Das Armeekommando gibt den Befehl für den Aufmarsch «West A» aus.
12. 3. Der Bundesrat beschliesst die Errichtung von Arbeitslagern für Flüchtlinge. Die Leitung liegt in den Händen der Zentralstelle für freiwilligen Arbeitsdienst.
- Ende des finnisch-russischen Winterkrieges. Im Frieden von Moskau tritt Finnland die karelische Landenge mit Wiborg und den finnischen Teil der Fischerhalbinsel an die Sowjetunion ab. Hangö wird ihr «verpachtet».
14. 3. Die «Schweizerische Handelszeitung» verstösst mit dem Artikel «Fünf vor zwölf Uhr» gegen die Pressevorschriften und wird am 20.3. öffentlich verwarnt. Am 19.3. hat eine Bundesratssitzung in Anwesenheit des Generals über Pressefragen stattgefunden.
- 21.3. Der schweizerische Verbindungsoffizier Major *Barbey* wird von den Spitzen der französischen Armee, General *Gamelin* und General *Georges*, empfangen.
26. 3. Der Bundesrat wählt Oberstdivisionär Jakob Huber (1883) zum Generalstabschef der Armee.
- Im März wird die Sektion FHD im Armeestab gegründet und Oberstdivisionär *v. Muralt* unterstellt, dessen Nachfolge nach wenigen Wochen Oberst *P. Sarasin*, Basel, antritt.
- Ende März beginnen schweizerische Truppen auf dem Gempfen mit dem Bau von Betonunterständen für französische 7,5-cm-Geschütze, die von Frank-

1940

reich im Falle eines auf die Schweiz erfolgten deutschen Angriffs zur Verfügung gestellt werden sollen.

29. 3. Bundesratsbeschluss über die Verwertung von Altstoffen und Abfällen. Er bildet die Grundlage für die Erfassung und Verwertung insbesondere von Altmetallen.

Zwischen Oktober 1939 und April 1940 liefert Deutschland der Schweiz 90 Messerschmidt-Jagdflugzeuge.

- 9.4. Deutscher Überfall auf Dänemark und Norwegen, «Weserübung».

10. 4. Beginn der Rekrutierung von Freiwilligen für den FHD. Er steht Mädchen und Frauen von 18 bis 60 Jahren offen. Die ersten Einführungskurse für FHD finden im Juli 1940 statt. Ende 1940 zählt die Organisation 15'065 Mitglieder.

- 11.4. Nach eingehenden Verhandlungen stimmen National- und Ständerat der Finanzvorlage des Bundesrates (vgl. 19.1.40) mehrheitlich zu.

- 16.4. Ein Vollmachtenbeschluss verpflichtet die Kinos, die schweizerische Filmwochenschau im Rahmen ihrer Programme vorzuführen. In der Westschweiz stösst dieser Beschluss auf nachhaltigen Widerstand/

- 18.4. Bundesrat und General erlassen Weisungen betreffend das Verhalten der nicht unter den Waffen stehenden Wehrmänner bei Überfall. Es heisst darin: «Wenn durch Radio, Flugblätter und andere Mittel Nachrichten verbreitet werden sollten, die den Widerstandswillen von Bundesrat und Armeeführung anzweifeln, so sind solche Nachrichten als Erfindung der feindlichen Propaganda zu betrachten. Unser

Land wird sich gegen jeden Angreifer mit allen Mitteln und bis aufs äusserste verteidigen.»

Das Bundeshaus wird unter militärischen Schutz gestellt. Dieser wird am 13.9.40 wieder aufgehoben.

Der General erhält vom Bundesrat die Kompetenz im Fall eines plötzlichen Überfalles auf die Schweiz, die Mobilisation der gesamten Armee von sich aus anzuordnen.

- 22.4. Das Armeekommando gibt den Aufmarschbefehl «West B» heraus.
24. 4. Abschluss von «Blockadeabkommen» mit Frankreich («Accord du BIocus») und Grossbritannien («War-Trade-Agreement»). Sie ermöglichen der Schweiz, ihren Aussenhandel in einem bestimmten Rahmen aufrechtzuerhalten. Verarbeitete Waren darf sie im Umfang der Durchschnittsausfuhr 1937/38 in die Achsenstaaten exportieren. Sie hat damit einen Grundsatz neutraler Wirtschaftspolitik durchgesetzt.
26. 4. Beginn von Wirtschaftsverhandlungen mit Italien. Sie führen am 22.6.40 zum Abschluss eines Abkommens.
- Das Volkswirtschaftsdepartement errichtet eine autonome Aussenhandelskontrolle.
27. 4. An einer gemeinsamen Sitzung der freisinnigen Geschäftsleitung mit den freisinnigen Bundesratsmitgliedern verlangt die Mehrheit der Geschäftsleitung die Beteiligung der Sozialdemokraten am Bundesrat. Sie dringt mit diesem Begehren nicht durch. Als hartnäckigster Gegner erweist sich Bundesrat Pilet.

1940

30. 4. Ein Bundesratsbeschluss über Massnahmen zur Tilgung der ausserordentlichen Wehraufwendungen und zur Ordnung des Finanzhaushalts des Bundes setzt die im Bundesbeschluss vom 11.4. vorgesehenen Steuern im Einverständnis mit der Bundesversammlung in Kraft, ohne die Befragung von Volk und Ständen durchzuführen, die für den 2.6. vorgesehen war (Wehropfer, Wehrsteuer, Warenumsatzsteuer). Der Bundesrat glaubt im gegenwärtigen Zeitpunkt innenpolitische Auseinandersetzungen, die eine Volksabstimmung hervorrufen könnte, vermeiden zu müssen.
- Anfangs Mai finden zwischen schweizerischen und deutschen Staboffizieren Kontakte über Vereinbarungen statt, die für den Fall eines französischen Angriffes auf die Schweiz getroffen werden sollen. Auf schweizerischer Seite ist Major *J. Berli* damit betraut. Deutschland zeigt jedoch keinerlei Interesse an diesen Kontakten.
4. 5. Der General beantragt dem Bundesrat die Schaffung von Ortswehren. Vorstudien zu dieser Frage sind vom Armeekommando schon Ende 1939 aufgenommen worden.
7. 5. Bundesratsbeschluss über die Aufstellung von Ortswehren.
10. 05.35 Uhr. Beginn der deutschen Offensive im Westen von der Nordsee bis zur Südgrenze Luxemburgs unter Verletzung der Neutralität der Benelux-Staaten.
- Für den schweizerischen Nachrichtendienst kommt diese Offensive nicht unerwartet, hingegen gelingt es ihm nicht, die Aufstellung der deutschen Armee abzuklären. Die nur schwache Belegung des Südab-

Schnitts (Luxemburg-Bodensee) wird nicht erkannt. Deutschland hat nicht die Absicht, durch schweizerisches Gebiet nach Frankreich vorzustossen, inszeniert aber ein umfassendes Täuschungsmanöver, um französische Truppen im Elsass zu binden.

Auf Antrag des Generals ordnet der Bundesrat auf den 11.5. 09.00 Uhr die zweite Generalmobilmachung an.

Der General erlässt einen Geheimbefehl, wonach gegen Offiziere, die sich durch ihre Zugehörigkeit zu frontistischen Organisationen verdächtig gemacht haben, Untersuchungen und Abklärungen durchzuführen sind. Nur in 7 von 124 Fällen müssen weitere Massnahmen getroffen werden.

Im Lauf des Vormittags wird im Radio ein Aufruf des Bundesrates an das Schweizervolk verlesen: «Misstraut den Sensationsnachrichten! ... Wir werden euch die Wahrheit sagen!»

Deutsche Flugzeuge werfen 17 Bomben bei Courrendlin ab, die Landschaften verursachen und die Fahrleitung der Bahn Delemont-Moutier beschädigen. Von schweizerischen Jagdflugzeugen wird bei Bütschwil ein deutscher Bomber beschossen.

11. 5. Zweite Generalmobilmachung der Armee.

Ende April 1940 stehen noch ca. 220'000 Mann im Dienst. Durch die Generalmobilmachung steigt der Bestand auf ca. 450'000 Mann. Der Aufmarsch der Truppe entspricht dem Operationsplan «Fall Nord»: Abwehr im Raum Sargans-Limmat-Gempen.

Ein Bundesratsbeschluss verbietet Ausländern den Besitz und das Tragen von Waffen und Munition aller Art.

1940

12. 5. Der General erlässt Weisungen zur Bekämpfung von Saboteuren, Luftlandetruppen und durchgebrochenen Panzern. Diese Aufgaben werden den Ortswehren übertragen, mit deren Aufstellung in den folgenden Tagen begonnen wird.
14. 5. Ein interner deutscher Lagebericht hält fest, dass die schweizerische Mobilisation in der Bevölkerung Süddeutschlands grosse Beachtung findet: «Man glaubt in der Bevölkerung, dass sich Deutschland die provokatorische Haltung der Schweiz auf die Dauer nicht gefallen lässt... »
14. /15. 5. Ausbruch einer Panik in weiten Teilen der Schweiz, da sich in der Armee das Gerücht über einen unmittelbar bevorstehenden deutschen Angriff auf die Schweiz verbreitet. Am stärksten erfasst werden die exponierten Städte der Nord- und Ostschweiz, Basel, Zürich und Schaffhausen. In Basel verlegen ca. 2'000 Personen ihren Wohnsitz dauernd nach auswärts.
- Im Lauf des 14. erhalten die kantonalen Polizeibehörden Anweisung, alle Verdächtigen, Deutsche und ihre Sympathisanten, zu verhaften. Am Abend trifft der Gegenbefehl ein, und die ganze Aktion wird abgeblasen.
- Trotz düsterer Prognosen des Nachrichtendienstes, der einem deutschen Täuschungsmanöver zum Opfer gefallen ist, verzichtet der General darauf, die letzten für den «Fall Nord» vorgesehenen Massnahmen in Kraft zu setzen: Die «Division Gempfen» wird nicht eingesetzt.
15. 5. Armeebefehl des Generals, der jedem Wehrmann seine Pflichten gegenüber dem Vaterland in Erinnerung ruft.

Am frühen Morgen erscheint in Lucelle die Voraus-
 abteilung der französischen 27. Division und ver-
 langt Einlass, um gegen das angeblich bereits von
 den Deutschen besetzte Basel vorzustossen. Die
 Truppe wird aufgehalten und das Missverständnis
 geklärt, worauf sich die Franzosen wieder zurück-
 ziehen.

Hitler verlangt durch Brief von König Carol II. von
 Rumänien, sich auf die Politik des Dritten Reiches
 auszurichten und der Abtretung Nordsiebenbürgens
 (45'000km²) an Ungarn zuzustimmen; andernfalls
 werde Deutschland mit Waffengewalt einschreiten.

16. 5. Die Bundesräte *Pilet* und *Etter* entsenden *Gonzague
 de Reynold* nach Rom, um Aufschluss über einen
 eventuellen Kriegseintritt Italiens von Mussolini zu
 erhalten. Reynold wird jedoch nicht empfangen.

Eine deutsche «Heinkel» wird von schweizerischen
 Jagdfliegern in der Nähe von Dübendorf zur Lan-
 dung gezwungen.

17. 5. Eine zweite Verordnung des Bundesrates zur Arbeits-
 dienstpflicht mildert die Einschränkung der Arbeits-
 freiheit. Sie trägt den in den eidg. Räten geäusserten
 Bedenken gegenüber dem Beschluss vom 2.9.39
 Rechnung.

Eine sozialdemokratische Delegation unter Führung
 von Nationalrat *Grimm* und Ständerat *Klöti* fordert
 den Bundespräsidenten auf, eine Beteiligung ihrer
 Partei an der Landesregierung durch die Schaffung
 von 2 Bundesratssitzen ohne Departementzuteilung
 zu ermöglichen. Diese Reorganisation des Bundes-
 rates soll auf dem Vollmachtenweg getroffen wer-

1940

den. Der Bundesrat gibt dem Vorschlag keine Folge.

Das französische Oberkommando beginnt, die für den Einsatz im französisch-schweizerischen Grenzraum bereitgestellten Truppen ohne Benachrichtigung der schweizerischen Armeeführung abzuziehen. Sie werden später durch Truppen geringerer Qualität ersetzt.

21. 5. Übergriffe des deutschen Presseattachés Dr. *Trump*. Er «rüffelt» die Redaktion der «Neuen Zürcher Nachrichten» wegen ihrer Schreibweise gegenüber Deutschland. Der schweizerische Gesandte in Berlin, *Frölicher*, hat das Politische Departement schon am 20. 5. auf das Bevorstehen derartiger Aktionen aufmerksam gemacht.

Der Bundesrat erhebt beim deutschen Gesandten in Bern Protest gegen das Vorgehen von Presseattaché *Trump*.

23. 5. Der Bundesrat erlässt auf Antrag des Armeekommandos Weisungen an die Zivilbevölkerung über das Verhalten gegenüber Fallschirmabspringern und Saboteuren. Diese Weisung wird in jeder Gemeinde öffentlich angeschlagen.
24. 5. Abschluss der ersten Phase des deutschen Westfeldzugs. Die Engländer ziehen sich nach Dünkirchen zurück.
27. 5. Beginn von Wirtschaftsverhandlungen mit Deutschland; sie dauern mit Unterbrüchen bis zum 9.8.40.
28. 5. Durch Bundesratsbeschluss, der vom Parlament gebilligt wird, besteht auch in der Zeit des Aktivdienstes für Militärgerichte die Möglichkeit, Todesurteile zu

- fällen. Das Militärstrafgesetz von 1927 sieht die Anwendung der Todesstrafe nur für den Kriegsfall vor.
30. 5. Bericht Bundespräsident *Piletts* vor der nationalrätlichen Kommission für auswärtige Angelegenheiten über die internationale Lage der Schweiz. Er betrachtet das Land als gefährdet und spricht einem «douloureux realisme» das Wort.
- Mussolini teilt Hitler seine Bereitschaft mit, in nächster Zeit in den Krieg einzutreten. Vgl. 10.6.40.
- 31.5. Bundesratsbeschluss über die Überwachung der schweizerischen Presse. Er trägt den in der Bundesversammlung im Dezember 1939 und Februar 1940 geäußerten Kritiken Rechnung.
- Befehl des Armeekommandos über die Vernichtung von Betrieben und Warenlagern, die im Kriegsfall nicht evakuiert werden können.
- Anfangs Juni stattet Oberstdivisionär *E. Bircher* dem General Stabschef des deutschen Heeres, *Haider*, einen privaten Besuch ab. Haider versichert, in der deutschen Wehrmacht beständen keinerlei Pläne für einen Angriff auf die Schweiz.
- 1.6. Schweizerische Jagdflieger verwickeln über dem Jura aus Südfrankreich zurückkehrende deutsche Maschinen, die den schweizerischen Luftraum verletzen, in Kämpfe. Ein Bomber He 111 wird abgeschossen.
2. 6. Über dem Jura finden weitere Luftkämpfe zwischen schweizerischen und deutschen Maschinen statt.
- 3.6. Das Armeehauptquartier wird in den Raum Worb-Biglen verlegt.
- Brief des Zürcher Regierungsrates an den Bundesrat über das Schicksal der Stadt Zürich im Kriegsfall.

1940

Eine Verteidigung der Stadt erfordere vorausgehende umfangreiche Evakuierungen, wird geltend gemacht.

Der General erlässt einen Tages- und einen Armeebefehl. Sie richten sich an Armee und Volk und wollen den Willen zum Durchhalten stärken.

4. 6. Abschluss der britischen Evakuierungsoperationen bei Dünkirchen. 338'000 Mann des britischen Expeditionskorps und der verbündeten Truppen erreichen zwischen dem 27.5. und dem 4.6. die britischen Häfen.

Schweizerische Jäger greifen deutsche Bomber und Jagdflugzeuge vom Typ Messerschmitt 110 an, die in den schweizerischen Luftraum eingeflogen sind und schießen eine Heinkel 111 ab. Der schweizerische Fliegerleutnant Rudolf Rickenbacher stürzt in diesen Luftkämpfen ab und findet den Tod.

5. 6. Beginn der «Schlacht um Frankreich».
6. 6. Der deutsche Gesandte in Bern überreicht dem Bundesrat eine drohende Note zu den deutsch-schweizerischen Luftzwischenfällen.
8. 6. National- und Ständerat billigen in der Schlussabstimmung das Gesetz über den obligatorischen militärischen Vorunterricht mit grosser Mehrheit.

Weitere Luftzwischenfälle ereignen sich. 8-12 schweizerische Jäger nehmen den Kampf gegen ca. 30 deutsche Kampfflugzeuge auf. Mehrere deutsche Maschinen und ein schweizerischer Aufklärungsflugzeug vom Typ C-35 mit Beobachter E. Guertler und Pilot R. Meuli werden im Lauf der Auseinandersetzung abgeschossen.

General Guisan trifft in der Folge Anordnungen für die Flugwaffe, die Zusammenstöße im Grenzraum verhindern sollen. Sie bedeuten einen teilweisen Verzicht auf den absoluten Neutralitätsschutz des Luftraums. In den folgenden drei Jahren werden keine Jäger mehr eingesetzt. Vgl. 25.10.43.

Deutschland unterbricht die Kohlenzufuhr nach der Schweiz.

9. 6. Durch Verrat eines schweizerischen Grenzpostens werden die Deutschen über die schweizerisch-französischen Stabsbesprechungen unterrichtet. Vgl. 24.9.39.
- Major *Barbey* wird im französischen Hauptquartier in Vincennes von General *Weygand*, dem neuen französischen Oberkommandierenden, empfangen.
10. 6. Mussolini gibt den Kriegseintritt Italiens bekannt. Schwerwiegende Auswirkungen auf den schweizerischen Aussenhandel. Bisher haben drei Viertel der Importgüter die Schweiz über italienische Häfen erreicht, vor allem über Genua, Savona, Vado Ligure und Triest. Ein Viertel der Transporte ist über Marseille in die Schweiz gelangt. Grossbritannien hält alle Zufuhren zur See nach der Schweiz auf. Westlich Gibraltar werden 19 Schiffe mit Ladungen nach der Schweiz festgehalten. Vgl. 31.12.40.
- 11.6. Die «Division Gempen» wird als selbständige Heeresinheit zur Deckung der schweizerischen Nordfront eingesetzt.
12. 6. Ein britisches Flugzeug wirft Bomben auf Daillens, Renens und Genf. 5 Personen werden getötet, mehrere verletzt und erheblicher Sachschaden angerichtet.

1940

13./14. 6. In der Nacht vom 13. zum 14. Juni reisen 10 Saboteure bei Konstanz, Kreuzlingen und Martinsbruck illegal in die Schweiz ein. Es handelt sich um 8 Deutsche und 2 Schweizer, die den Auftrag haben, Sabotageakte an den Flugplätzen von Dübendorf, Thun, Biel, Lausanne und Genf sowie an der Munitionsfabrik Altdorf zu begehen. Neun der Saboteure werden sogleich verhaftet, dem zehnten gelingt die Flucht. Die Verhafteten werden am 16.11.40 vom Territorialgericht 2 zu schweren Strafen verurteilt.

14.6. Bundesratsbeschluss über die Einführung einer Verdienstersatzordnung für Selbständigerwerbende. Sie tritt am 1.7.40 in Kraft.

Grossbritannien erklärt, Mutterland und Kolonien seien nicht mehr gewillt, Ausfuhrbewilligungen für Güter nach der Schweiz zu erteilen.

15. 6. Zahlreiche französische Zivilflüchtlinge betreten bei Pruntrut Schweizer Boden.

16. 6. Die neugebildete französische Regierung unter Marschall *Pétain* richtet ein Waffenstillstandsgesuch an Deutschland.

Den Deutschen fallen bei *La Charité sur Loire* einige Eisenbahnwagen mit französischen Akten in die Hände. Darunter befinden sich auch die Vereinbarungen zwischen der schweizerischen und der französischen Armeeführung über eine Unterstützung der Schweiz durch französische Truppen. Weitere darauf bezügliche Aktenstücke werden von den Deutschen in einer Kaserne bei *Dijon* gefunden. *Hitler* erhält am 29.7. von der Existenz dieser Papiere Kenntnis. Am 3.9. wird ihm darüber eine schriftliche Aufzeichnung vorgelegt.

17. 6. Die Panzergruppe Guderian erreicht bei Pontarlier von Westen her die Schweizer Grenze, Vorausabteilungen sind schon am 16.6. aufgetaucht. Die «Division Gempen» wird weiter im Westen eingesetzt, um die Westgrenze zu verstärken.

Der deutsche Gesandte in der Schweiz, *Köcher*, führt mit *Tamaro*, dem italienischen Gesandten, ein Gespräch über die Auffassung der italienischen Regierung von der Aufteilung der Schweiz zwischen Italien und Deutschland. Er stösst auf keinerlei Gegenliebe für eine derartige Aktion bei den Italienern.

- 18.6. Konferenz zwischen *Hitler* und *Mussolini* in München zur Festlegung der Waffenstillstandsbedingungen für das kapitulierende Frankreich. Hitler gibt *Mussolini* gegenüber seiner tiefen Abneigung gegen die Schweiz («abtrünnige Deutsche») Ausdruck. Zu einer Aussprache oder Vereinbarung über gegen die Schweiz gerichtete Pläne kommt es nicht.

Hitler erklärt, die Schweiz müsse durch deutschbesetztes Gebiet vollständig von Frankreich abgeriegelt werden. Sie werde sich dann zu einer entgegenkommenden Haltung in der Transitfrage sowie ganz allgemein auch in ihrer politischen Einstellung und ihrer Pressepolitik bequemen müssen. Durch ein Versehen bleibt dann allerdings bei der Festlegung der Demarkationslinie vom 22.6. die Verbindung zwischen dem unbesetzten Frankreich und der Schweiz offen. Vgl. 22.6.40.

Der Bundesrat entschliesst sich zu beträchtlichen wirtschaftlichen Zugeständnissen an Deutschland. Bedeutende Mengen an Kriegsmaterial sollen geliefert werden. Die von der Schweiz mit den Niederlan-

1940

den, Belgien und Norwegen vereinbarten Lieferungen werden von Deutschland übernommen. Die Lieferung von Werkzeugmaschinen nach Deutschland wird ebenfalls stark erhöht.

Erlass von Grundsätzen über die Internierung von französischen Zivil- und Militärpersonen werden vorbereitet. Nur Frauen, Kinder bis zu 16 Jahren und alte Leute sollen aufgenommen werden.

19. 6. Der deutsche Gesandte, *Köcher*, übergibt dem Bundesrat eine Note seiner Regierung, in der die Schweiz vor weiteren Angriffen auf deutsche Flugzeuge gewarnt wird, andernfalls werde die deutsche Regierung ihre Interessen «in anderer Weise wahrnehmen».
19. /20.6. Französische und polnische Truppen treten bei Ocourt-Goumois in die Schweiz über. Es handelt sich um den grössten Teil des 45. Armeekorps (General Daille): die 67. französische Division, die 2. polnische Division und die 2. Spahibrigade. Insgesamt werden 42'900 Mann interniert, davon sind ca. 30'000 Franzosen, 12'500 Polen, der Rest Belgier, Engländer und Spanier. Es werden auch ca. 7'500 Zivilflüchtlinge aufgenommen.
20. 6. Der General ernennt einen Eidg. Kommissär für die Internierung. Das Kommissariat wird dem Armeestab unterstellt.
- Der General erlässt nach den in Frankreich und Belgien gemachten Erfahrungen und den Vorkommnissen vom 15.5. in der Schweiz Anordnungen über die Evakuierung der Zivilbevölkerung: «Wer keinen Befehl zum Weggehen erhält, hat an seinem Wohnort zu bleiben» (Befohlene Evakuation).

- 21.6. Bundesrat *Obrecht* erklärt aus gesundheitlichen Gründen seinen Rücktritt aus dem Bundesrat.
22. 6. Abschluss des deutsch-französischen Waffenstillstandes. Er tritt am 26.6. 01.35 Uhr in Kraft. Frankreich wird in eine nördliche besetzte und eine südliche unbesetzte Zone aufgeteilt. Zur unbesetzten Zone gehört ein Stück zwischen dem Dreiländerpunkt östlich von Chamonix bis in die Gegend westlich von Genf. Als man im OKW dieses «Loch an der Schweizergrenze» entdeckt, ist der italienisch-französische Waffenstillstand bereits unterzeichnet. Es bleibt daher offen bis zur Besetzung ganz Frankreichs durch die Deutschen vom 11.11.42.
- Abschluss der schweizerisch-italienischen Wirtschaftsverhandlungen. Am 23.6. werden 27 Abkommen und Protokolle unterzeichnet, die u. a. der Schweiz weiterhin den Transit von Gütern durch Italien ermöglichen. Weitere Bestimmungen betreffen den Warenaustausch und den Finanztransfer zwischen den beiden Ländern. Die Schweiz muss Italien einen Kredit von 200 Mio. Fr. zur Verfügung stellen.
24. 6. Nationalrat *Gut*, Verbindungsoffizier des Bundesrates zur Abteilung Presse und Funkspruch, teilt Bundesrat *Etter* mit, die Armee wünsche eine sofortige öffentliche Erklärung des Bundesrates zur Lage der Schweiz.
- Die Bundesräte *Pilet*, *Etter*, *Minder* und Nationalrat *Gut* besprechen bis gegen Mitternacht die zu haltende Rede, ohne dass ein fertiges Konzept ausgearbeitet wird.
25. 6. Rede von Bundespräsident *Pilet* über das Radio an das Schweizervolk. Die Landesregierung verspricht

1940

dem Volk Arbeit, «koste es, was es wolle», sie spricht von der «eigenen Machtbefugnis» des Bundesrates und von der «inneren Wiedergeburt» des Volkes. «Jeder von uns muss den alten Menschen ablegen.» Die bundesrätliche Rede ist im Geist von Pétains Rede an das geschlagene Frankreich konzipiert und entspricht nicht dem, was das Volk erwartet hat. Sie findet in der Öffentlichkeit geteilte Aufnahme, erfährt aber im Welschland weniger Kritik als in der Deutschschweiz.

Ein Rundschreiben des Bundesrates an die Presse, von Nationalrat *Gut* verfasst und vom Bundesrat gebilligt, nimmt in klaren Worten zur Lage des Landes Stellung. Es ist jedoch nicht zur Veröffentlichung bestimmt.

Bundesratsbeschluss über die Sicherstellung der Versorgung von Volk und Armee mit technischen Rohstoffen und Fabrikaten.

Die deutsche Heeresleitung lässt erste Pläne für eine überraschende Besetzung der Schweiz ausarbeiten.

26. 6. Die bundesrätliche Rede vom 25.6. wird in der Vollmachtenkommission des Nationalrates diskutiert. Die Auffassungen darüber sind geteilt, die Gegensätze gehen quer durch die Parteien.

Der Bundesrat beschliesst in seiner Sitzung, dem schweren deutschen Druck in der Angelegenheit der Luftzwischenfälle nachzugeben und 17 in der Schweiz internierte deutsche Flieger freizugeben. Anschließend werden auch die in der Schweiz internierten deutschen Flugzeuge ausgeliefert (19.10.40). Die britische Regierung protestiert gegen dieses neutralitätswidrige Verhalten.

30. 6. Ablauf des Verrechnungsabkommens mit Deutschland. Um Verhandlungen zu ermöglichen, wird es bis zum 31.7.40 verlängert.
- Ende Juni: Anfrage des Generals bei der Landesregierung, ob sein Auftrag mit der Armee noch derselbe sei, wie am 31.8.39.
- Gründung des «Gotthardbundes».
- Gründung der «Nationalen Bewegung der Schweiz» durch *Max Leo Keller* und Gesinnungsgenossen. Ihr Ziel ist die Übernahme der Macht und die Umgestaltung der Schweiz zum autoritären Führerstaat nach deutschem Muster. Sie erlassen einen öffentlichen Aufruf zur Anpassung und Gleichschaltung des Landes.
1. 7. Das Politische Department überreicht dem deutschen Botschafter in Bern eine Note zu den Luftzwischenfällen von Anfang Juni, die eine verklausulierte Entschuldigung der Schweiz bedeutet. Vgl. 19.6.40. Bundesrat Pilet ersucht aus innenpolitischen Gründen darum, die Note nicht zu veröffentlichen.
- Die Operationsabteilung des deutschen Heeresgeneralstabs befasst sich mit vorbereitenden Planstudien für eine militärische Eroberung der Schweiz. Diese im Juli und August andauernden Vorarbeiten führen am 26.8. zur Ausarbeitung eines Operationsentwurfes.
- Die Abteilung Fremde Heere West im Generalstab des deutschen Heeres beendet eine Studie «Beschreibung der schweizerischen Befestigungen».
- Verbot des Verkaufs von frischem Brot. Es muss 24 Stunden gelagert werden.

1940

2. 7. Der Bundesrat bestätigt den unveränderten Auftrag des Generals. Das Schreiben trifft am 4.7. im Armeehauptquartier ein. Vgl. Ende Juni.
- Der General orientiert in einem Tages- und Armeebefehl über die bevorstehende Reduktion des Truppenbestandes, betont aber zugleich den unveränderten Willen zum Widerstand.
- 4.7. In der süddeutschen Presse (Bodenseerundschau) befasst man sich «mit der früheren Haltung der Schweiz und dem plötzlichen Umschwung in der Stellung zu Deutschland. Anknüpfend an das Vorgehen der Russen im Baltikum und gegen Rumänien, wird im gesamten Reich gehofft, dass bei der Bereinigung der europäischen Verhältnisse auch mit der Schweiz friedlich abgerechnet' werden möchte.»
- Nationalrat *H. K. Sonderegger* (Freiwirtschaftler) gelangt an verschiedene politische Persönlichkeiten mit der Aufforderung, an einer Umbildung der Landesregierung und einer Umgruppierung des politischen Kräfteverhältnisses im Sinne einer Anpassung an die neue Lage in Europa mitzuwirken. Das Vorhaben stösst auf einmütige Ablehnung.
6. 7. Teilweise Demobilmachung der Armee. Der Truppenbestand wird innert kurzer Frist von ca. 400'000 auf 180'000 Mann reduziert. Diese Massnahme schliesst in der gegenwärtigen Lage ein gewisses Sicherheitsrisiko ein.
9. 7. Ein Bundesratsbeschluss unterstellt die Durchführung politischer Versammlungen der Bewilligung durch die kantonalen Polizeibehörden.
- Der deutsche Presseattaché Dr. *Trump* fordert meh-

rere bürgerliche Zeitungen der Schweiz auf, ihre Chefredaktoren zu entlassen.

Im Armeestab erfolgt die endgültige Formulierung des Réduitplanes. Die vorbereitenden Studien dazu haben bereits im Winter 1939/40 begonnen. Unter mehreren Fassungen fällt der Entscheid zugunsten der Version Gonard, die den Einbezug der drei Festungsgebiete Sargans, Gotthard und St. Maurice ins Réduit vorsieht.

12. 7. *General Guisan* stellt Bundesrat *Minger* ein «Memorandum betreffend das neue Verteidigungsdispositiv» (Réduit) zu. Es umfasst 3 Widerstandszonen:

- den Raum der Grenztruppen,
- eine Sicherungsstellung, welche die Linie vom Zürichsee bis zum Gempen umfasst und von hier aus entlang dem Jura bis zur Senke von Bulle reicht,
- eine Alpen- oder Zentralraumstellung.

Das Memorandum wird vom Gesamtbundesrat besprochen und auf Antrag von Bundesrat *Minger* gebilligt.

Als Übergangslösung erlässt der General einen neuen Aufmarschbefehl (Operationsbefehl Nr. 12), der die Umgruppierung der Armee im Hinblick auf die künftige Aufstellung im Réduit einleitet.

17.7. Der Bundesrat erlässt eine Weisung an die Presse: «Es ist nötig, daran zu erinnern, dass der Defaitismus ebenso dem Zugriff der Pressekontrolle untersteht wie der Mangel an Unparteilichkeit den Kriegführenden gegenüber.»

Im Juli und August finden die ersten Zusammenkünfte der «Gruppe der 200» statt.

1940

18. 7. Die Bundesversammlung wählt Nationalrat *Walter Stampfli* (Rad.) mit 142 Stimmen zum Bundesrat. G. Wenk (SP) erhält 51 Stimmen. Stampfli übernimmt das verwaiste Volkswirtschaftsdepartement.
19. 7. Hitler macht Grossbritannien in seiner Reichstagsrede ein «letztes Friedensangebot». Vgl. 22.7.40.
20. 7. Der Schweiz. Studentenverein beschliesst an seiner Generalversammlung in Freiburg ein Manifest, worin er für kompromisslose Verteidigung von Freiheit und Souveränität der Schweiz und der bestehenden demokratischen Staatsform eintritt.
21. 7. Im Hotel Schweizerhof in Luzern erfolgt die Gründung des sog. «Offiziersbundes», dem insgesamt 37 Mitglieder angehören, unter ihnen die Hauptleute *Ernst, Waibel* und *Hausamann* sowie Dr. *A. Lindt*. Sie geloben, Widerstand zu leisten, notfalls auch gegen den Willen von Bundesrat und General.
Haider, Generalstabschef des deutschen Heeres, erhält Kenntnis von den Aktenfunden in La Charité (vgl. 16.6.40). Die Akten werden an das deutsche Auswärtige Amt weitergeleitet, wo sie später nicht mehr auffindbar sind.
22. 7. Der britische Aussenminister erklärt namens seiner Regierung: «Wir werden den Kampf nicht aufgeben, bis die Freiheit gesichert ist.» Vgl. 19.7.40.
- 25.7. Rütli rapport des Generals:
Der General gibt den auf dem Rütli versammelten höheren Kommandanten der ganzen Armee die Re-duitpläne im Umriss bekannt und bestärkt sie im Willen zum Widerstand gegen jeden Angriff von aussen und den Defaitismus im Innern. Der General

erlässt einen Armeebefehl, der der Truppe bekanntgegeben wird. Er orientiert sie darin über die im Gang befindliche Umgruppierung der Armee.

28. 7. Zuhanden der Presse wird eine Mitteilung des Armeestabs über den Rütli rapport veröffentlicht.

29. 7. In Bern tritt die vor kurzem gegründete «Politische Arbeitsgemeinschaft» zwischen der Freisinnig-demokratischen Partei und der Konservativen Volkspartei mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit. Sie ermahnt zur Zusammenarbeit mit den Behörden und zur Lösung der gegenwärtigen Probleme in schweizerischem Geist.

30. 7. Vertrauliche Konferenz zwischen Delegationen der bürgerlichen Parteien und fünf Mitgliedern des Bundesrates, worunter die Bundesräte Pilet und *Etter*. Letzterer erklärt, eine starke aktionsfähige und aktionsfreudige Führung durch den Bundesrat zur «Neugestaltung des Landes» sei notwendig und dürfe nicht durch das Parlament gestört werden.

Köcher, der deutsche Gesandte in Bern, regt in Berlin eine gemeinsame deutsch-italienische Demarche wegen des Rütli rapportes an: «Für diese erstaunliche Manifestation fehlt jeder Grund». Vgl. 13.8.40.

31.7. Hitler beauftragt den Führungsstab des OKW und die Oberbefehlshaber der drei Wehrmachtsteile mit Vorstudien zu einem Feldzug gegen die Sowjetunion.

1.8. Der General erlässt einen Tagesbefehl zum 1. August: «Denket wie Schweizer und handelt als Schweizer!» Bundespräsident und General sprechen am Radio.

Die Neuaufstellung der Armee entsprechend einer 1. Phase der Réduit besetzung ist grösstenteils durchgeführt. Vgl. 12.9.40, 22.2.41.

1940

Grossbritannien führt das Navicertsystem zur Blockade des Kontinents ein und hebt es erst am 30.9.46 wieder auf.

Bundespräsident *Pilet* empfängt die führende Gruppe des «Volksbundes für die Unabhängigkeit der Schweiz», der späteren «200er», zu einer zweistündigen Aussprache über die weitere Mitgliedschaft der Schweiz beim Völkerbund, die Überwachung gewisser deutschfreundlicher Personen und den von der Delegation geforderten Rücktritt von Chefredaktoren führender Zeitungen des Landes.

In Stuttgart übernimmt *Dr. K. Hügel* die Leitung der Zentrale des SD (Sicherheitsdienst der SS) und damit die Leitung der Spionage gegen die Schweiz.

3. 8. Die Mitglieder des «Offiziersbundes» werden verhaftet. Ein Kurier mit Geheimdokumenten der Organisation händigte diese versehentlich dem Stabschef der Festung Sargans aus. Der Festungskommandant, der nicht Mitglied des Bundes ist, alarmiert das Hauptquartier des Generals in Interlaken, das die Verhaftung der Offiziere anordnet. Anfänglich wird ihnen Hochverrat vorgeworfen. Am 28.9.40 ordnet der Armeeauditor jedoch eine disziplinarische Erledigung der Angelegenheit an. 8 Offiziere werden vom General disziplinarisch bestraft.
6. 8. Der Bundesrat erlässt einen Beschluss gegen die kommunistischen und nationalsozialistischen Umtriebe in der Schweiz.

Anfangs August empfängt *Hitler* den schweizerisch-deutschen Schriftsteller *Jakob Schaffner* zu einer Unterredung über die Schweiz. Hitler äussert die Absicht, die Schweiz nicht zu besetzen, er erwarte

aber eine positive Einstellung dieses Landes zum nationalsozialistischen Deutschland.

- 9.8. Gegenblockade-Abkommen.
 Unterzeichnung eines deutsch-schweizerischen Handels- und Verrechnungsabkommens sowie eines Abkommens, das die Durchfuhr von Waren von und nach der Schweiz durch Deutschland und die von ihm und seinen Verbündeten besetzten Gebiete ermöglicht. Das Abkommen ist nach monatelangen zähen Verhandlungen zustandegekommen (vgl. 27.5.40) und gilt bis 30.6.41. Die deutschen Kohlenlieferungen betragen bis Jahresende 870'000 t. Die schweizerische Kreditlimite beträgt 150 Mio. Fr. Es gelingt der Schweiz, drei Viertel ihrer Ausfuhr von der Gegenblockade zu befreien.
- 13./26. 8. Der deutsche und der italienische Gesandte beschweren sich beim Bundesrat über den Rütli-rapport des Generals. Bundesrat *Etter*, der in der ersten Unterredung den abwesenden Bundespräsidenten Pilet vertritt, erklärt, man dürfe die Bemerkungen des Generals nicht negativ, sondern müsse sie positiv interpretieren, «als das Wort des obersten Heerführers an seine Soldaten mit der Aufforderung, ihre Pflicht restlos zu erfüllen, was auch komme möge».
13. 8. Britische Flugzeuge verletzen mehrfach den schweizerischen Luftraum, eine Erscheinung, die sich zu häufen beginnt und die Schweiz gegenüber Deutschland in Schwierigkeiten bringt.
General Guisan richtet an Bundesrat Minger ein Schreiben, in dem er die Entsendung einer Spezialgesandtschaft unter der Führung von Prof. C.J. Burckhardt nach Berlin vorschlägt, «pour tenter un

1940

apaisement et instituer une collaboration». Minger gibt dem Schreiben keine Folge.

- 18./19. 8. Britische Flugzeuge werfen Brand- und Sprengbomben bei Emmishofen, Langwiesen und Diessenhofen ab. Weitere Verletzungen des schweizerischen Luftraums erfolgen am 24., 26. und 27.8.
- In der zweiten Augusthälfte weilt Bundespräsident *Pilet* zur Kur in Baden bei Zürich. Der schweizerisch-deutsche Schriftsteller *Jakob Schaffner* nimmt Kontakt mit ihm auf, ohne jedoch das erstrebte Ziel einer offiziellen Audienz für sich und seine Gesinnungsgenossen beim Bundespräsidenten zu erreichen.
21. 8. Alt Bundesrat *Hermann Obrecht* stirbt im Alter von 58 Jahren.
22. 8. Erneute Bezugssperre für Zucker, Reis, Teigwaren, Hülsenfrüchte, Mehl, Speisefette und -öle.
23. 8. Die gemischte Pressepolitische Kommission beginnt mit der Herausgabe von «Mitteilungs-Blättern», in denen Materialien aus der Abteilung Presse und Funkspruch sowie von Amtsstellen verarbeitet werden. Sie sind für Redaktionen und Behörden bestimmt. Im Ganzen werden 238 Nummern in deutscher und französischer Sprache herausgegeben. Die letzte Nummer erscheint am 8.6.45.
26. 8. *Haider*, Generalstabschef des deutschen Heeres, ordnet die Ausarbeitung eines Operationsentwurfs für einen Angriff auf die Schweiz an. Er beauftragt damit die an der Schweizer Grenze stehende Heeresgruppe C unter Ritter v. Leeb. Aus diesen Vorarbeiten gehen die Pläne zu «Operation Tannenbaum» resp. «Fall Grün» hervor.

28. 8. Der Vorort des «Volksbundes für die Unabhängigkeit der Schweiz» legt Grundlinien für ein aussenpolitisches «Sofortprogramm» vor, in denen das Verbot verschiedener Tages- und Wochenzeitungen sowie die Entlassung von Redaktoren verlangt wird. Gefordert wird ferner die Rehabilitierung von zu «Unrecht» wegen nazistischer Umtriebe Verurteilten und der Austritt der Schweiz aus dem Völkerbund.
29. 8. Bundesrat *Wetter* trifft sich bei dem Industriellen Dr. F. Meyer, einem späteren Unterzeichner der Eingabe der 200, mit einer Gruppe deutschfreundlicher Militärs und Politiker. Es kommen Presseprobleme zur Sprache. Bundesrat *Wetter* nimmt von *E. Hofmann*, dem Führer der «Nationalen Bewegung der Schweiz», den Wunsch entgegen, sich bei Bundespräsident *Pilet* zugunsten einer Audienz für *Hofmann*, *Schaffner* und deren Gesinnungsgenossen zu verwenden. In der Folge treten Oberstkorpskommandant *Wille*, Oberst *Däniker*, Minister *Frölicher* (Berlin) und Nationalrat *Walther* (LU) für das Zustandekommen dieser Audienz beim Bundespräsidenten ein. Vgl. 10.9.40.
30. 8. Wiener Schiedsspruch Deutschlands und Italiens, der Rumänien zwingt, Nordsiebenbürgen an Ungarn abzutreten.
31. 8. *Haider*, Generalstabschef des deutschen Heeres, notiert in seinem Tagebuch: «Schweiz: Bericht über die innere Unzuverlässigkeit der Armee». (Auswirkung der Verhaftung der Mitglieder des «Offiziersbundes» vom 3.8.?)
- 1.-6. 9. Zahlreiche Verletzungen des schweizerischen Luftraums durch britische Flieger.

1910

- 4./6. 9. In Rumänien wird die Diktatur König Carols durch diejenige General Antonescus abgelöst, der das Land in das Lager der Achsenmächte führt.
7. 9. Ende Juni ist auf Initiative von *H. Hausamann* beschlossen worden, die «Aktion nationaler Widerstand» zu gründen. Am 7.9. sind die Vorbereitungen so weit gediehen, dass *H. Hausamann, W. Allgöwer, H. Oprecht, E. v. Schenk, Th. Gut, K. Barth, W. Bringolf* und *A. Lindt* zur Gründungssitzung zusammentreten. Ziel der Aktion ist der Einsatz für Freiheit und Unabhängigkeit der Schweiz. Bundesrat und General werden von dem Vorhaben in Kenntnis gesetzt.
10. 9. Der Bundesrat akzeptiert die von Bundesrat *Etter* formulierten Richtlinien für die Innenpolitik. Sie besagen, der Bundesrat sei entschlossen, die Ehre und Unabhängigkeit des Landes unter allen Umständen zu wahren und zu verteidigen. Solange der Krieg andauere, müssten genügend Truppen aufgeboten bleiben, um die Unabhängigkeit wenn nötig mit der Waffe zu verteidigen. Für die Bewahrung der Unabhängigkeit müsse das Volk bereit sein, bedeutende wirtschaftliche Opfer zu bringen. Eine der wichtigsten Voraussetzungen für das Durchhalten der Schweiz sei die Bewahrung des Arbeitsfriedens und die innere Geschlossenheit des Volkes.
- Das Referendum gegen das Bundesgesetz über den obligatorischen militärischen Vorunterricht ist zustande gekommen.
- Bundespräsident *Pilet* gewährt den Vertretern der «Nationalen Bewegung», *Hofmann* und *Keller* sowie Jakob Schaffner, die mehrfach nachgesuchte Audienz. Sie dauert von 16.45-18.15 Uhr und wird

ohne Protokoll und Zeugen geführt. Pilet überlässt die Formulierung eines für die Öffentlichkeit bestimmten Communiqués über die Audienz den drei Besuchern, ohne sich eine Kontrolle vorzubehalten. Diese versuchen, eine Pilet kompromittierende Darstellung über den Schweizer Pressetelegraphen zu veröffentlichen, der es aber auf Weisung der Abteilung Presse und Funkspruch als inopportun unterlässt.

12. 9. Die Schweizer Öffentlichkeit erfährt den Text des Communiqués über die Audienz vom 10.9. durch den deutschen Kurzwellensender. Es heisst darin, diese Audienz bedeute den «ersten Schritt zur Befriedung der politischen Verhältnisse in der Schweiz».

Die in Bern tagende Vollmachtenkommission des Nationalrats pflegt in Anwesenheit Bundespräsident Pilets eine Aussprache über die Audienzangelegenheit. Pilets Verhalten an der Audienz wird kritisiert.

Bundesrat *Etter* legt der Kommission die von ihm ausgearbeiteten und vom Gesamtbundesrat genehmigten «Richtlinien für die Führung der Innenpolitik» vor.

Bundespräsident *Pilet* hält vor dem Comptoir Suisse in Lausanne eine Rede, in der er sich vorwiegend mit innenpolitischen Problemen und Wirtschaftsfragen befasst.

Im Lauf des Septembers werden die ersten Einrichtungsarbeiten im Réduit beendet. Anschliessend wird durch Manöver im Divisionsrahmen die Widerstandsfähigkeit des neuen Verteidigungsdispositives getestet. Das Réduit wird zunächst von fünf Divisionen und drei Gebirgsbrigaden bezogen. Vier Divisionen

1940

und drei Leichte Brigaden bleiben im Mittelland und im Jura stationiert.

14. 9. Bundespräsident *Pilet* empfängt erneut *Max Leo Keller*, einen der Führer der «Nationalen Bewegung», zu einer Privataudienz vor dessen Abreise nach Deutschland. Vgl. 19.11.40 und 10.6.41.
- 15.9. Höhepunkt der Luftschlacht um England. Bei 26 eigenen Verlusten schiessen die Engländer 56 deutsche Maschinen ab.
- Der deutsche Aussenminister *v. Ribbentrop* ersucht den Bundesrat, die schweizerischen Radiosendungen ab 22.00 Uhr einzustellen, da sie von den britischen Bombern zur Funkpeilung benützt würden. Der Bundesrat entspricht diesem Ersuchen.
16. 9. Bundesratsbeschluss über die Einordnung der Ortswehren in den HD und über deren Sold- und Versicherungsfragen.
17. 9. Der Bundesrat stimmt dem Antrag des Generals auf Schaffung eines 5. Armeekorps zu. Dieses wird im Lauf des Jahres 1941 wieder aufgehoben.
- 17./18. 9. Nationalrat *Duttweiler* orientiert seine Parlamentskollegen über Mitteilungen zur Audienzangelegenheit, die in der Vollmachtenkommission gemacht worden sind und zitiert in einem vervielfältigten Schreiben Äusserungen von Bundespräsident *Pilet* über ein angebliches Desinteresse Englands an der schweizerischen Neutralität. Auch die Presse gelangt in den Besitz dieser Indiskretionen. *Duttweiler* wird vorgeworfen, die Geheimhaltungspflicht (vgl. 21.9.39) als Kommissionsmitglied verletzt zu haben. Er wird am 3.10. vom Büro des Nationalrates

aus der Vollmachtenkommission ausgeschlossen und tritt in der Folge aus dem Nationalrat zurück.

18. 9. Erklärung des Bundesrates zur Audienzangelegenheit im Nationalrat. Eine Änderung der bisherigen Aussenpolitik ist nicht beabsichtigt. Die Fraktionen distanzieren sich vom Vorgehen Bundesrat Pilets. Der Landesring fordert dessen Rücktritt, und die Sozialdemokraten erklären, Pilet habe ihr Vertrauen verloren.
23. 9. Im Schloss Wülflingen bei Winterthur findet eine Konferenz zwischen Mitgliedern der Führungsgruppe der «200» und Vertretern der deutschen Propagandaorganisation zu Pressefragen statt. Die Konferenz wird mit Billigung und Unterstützung amtlicher Stellen abgehalten. Am 28.1. und 15.7.41 finden weitere Besprechungen in diesem Rahmen statt. Unter den Konferenzteilnehmern auf deutscher Seite befindet sich *Dr. K. Hügel*. Vgl. 1.8.40.
- Der Bundesrat ermächtigt den General, für das ganze Gebiet der Schweiz ab sofort die Verdunkelung anzuordnen. Der General verzichtet aber vorläufig auf diese Massnahme.
28. 9. Hitler ordnet durch Führerbefehl die Aufnahme der wirtschaftlichen Vorbereitungen für einen Blitzkrieg gegen die Sowjetunion an.
- Auf dem Landestag des Landesrings der Unabhängigen kündigt Nationalrat *O. Pfändler* die Lancierung seiner Initiative zur Reorganisation des Nationalrates an. Die Zahl der Nationalräte soll auf 100 festgelegt, bei der Wahl die Kumulierung verboten und die Ratszugehörigkeit auf 12 Jahre beschränkt werden. Vgl. 3.5.42.

1940

1. 10. Bundesratsbeschluss über die weitere Ausdehnung der Ackerbaufläche zur Verbesserung der Landesversorgung. Auch die Industrieunternehmungen werden anbaupflichtig erklärt. Die Pflicht erstreckt sich vorerst auf Unternehmen mit 100 und mehr Arbeitskräften oder einem wehropferpflichtigen Vermögen von mindestens 1 Mio. Fr. Ab 8.11.43 werden auch Firmen bis hinunter zu 20 Beschäftigten erfasst. Pro Beschäftigter müssen zunächst 1, später 2 a angebaut werden.
- Oberstkorpskommandant Wille soll dem deutschen Gesandten, Köcher, nahegelegt haben, die Angelegenheit der Aktenfunde von La Charité beim Bundesrat zur Sprache zu bringen.
4. 10. Die Heeresgruppe C legt dem Generalstabschef des deutschen Heeres, *Haider*, den angeforderten Operationsentwurf «Tannenbaum» vor. Haider arbeitet ihn weiter aus.
6. 10. Generalstabschef *Haider* besichtigt die schweizerische Juragrenze. Er bezeichnet das Terrain als schwierig für einen Angriff, da der Verteidiger den Angreifer immer überhört: «Schweizer Grenzstellung ist stark» (Tagebuch Haider).
- Die deutsche «Erntedankfeier» in Zürich wird von 2'000 Teilnehmern besucht. Der Gesandte Köcher begrüsst v. *Bibra* öffentlich als «Landesgruppenleiter der NSDAP».
- Der General erlässt ein Verbot für Lichtreklamen aller Art.
12. 10. Das sowjetische Volkskommissariat für Aussenhandel lädt die schweizerische Handelsdelegation in Berlin offiziell zur Fortsetzung der schweizerisch-sowjeti-

sehen Wirtschaftsverhandlungen nach Moskau ein. Der Bundesrat stimmt der Einladung am 2.12. zu und bestellt eine entsprechende Delegation. Vgl. 24. 2.41.

14. 10. Erneute Rationierung von Hülsenfrüchten und Mehl, die am 1.12.39 wieder freigegeben worden sind.
Aussenminister v. Ribbentrop instruiert den Gesandten Köcher in Bern, auf die Angelegenheit der Aktenfunde von La Charité nicht einzutreten, vielmehr deren Existenz gegenüber dem Bundesrat zu verleugnen.
18. 10. Das Kriegsernährungsamt verfügt die Ablieferungspflicht für Milch und die Rationierung der Butter.
20. 10. In München findet unter der Leitung von *Dr. K. Hügel* eine Einigungskonferenz zwischen den Frontenführern statt. An ihr nimmt auch *Dr. Ashton* vom deutschen Generalkonsulat in Zürich teil. Es wird beschlossen, die «Eidgenössische Soziale Arbeiterpartei» *E. Hofmanns* und den «Bund treuer Eidgenossen» zu liquidieren und mit der «Nationalen Bewegung der Schweiz» *Max Leo Kellers* zu verschmelzen. Der Beschluss tritt am 22.10.40 in Kraft.
21. 10. Regelung der Milchablieferung, Erlass der Butterrationierung und eines Verbotes für den Rahmverkauf. Rationierung der tierischen Fette.
23. 10. Verbot des Verkaufs von frischem Brot; es muss 48 Stunden gelagert werden, bevor es in den Verkauf gelangt.
Abschluss eines provisorischen Abkommens über den Warenclearing mit Vichy, das am 12.11.40 in Kraft tritt.

1940

24. 10. Redaktor P. Schmid-Ammann veröffentlicht und kommentiert in der Wochenschrift «Nation» eine erste Fassung der künftigen «Eingabe der 200».
25. 10. Öffentliche Kundgebung der «Eidgenössischen Sammlung» in der «Börse» in Zürich. Der ehemalige Frontführer Dr. R. Tobler missbraucht die Redefreiheit zur Kritik an militärischen Massnahmen, insbesondere am Réduit.
- Ende Oktober erlässt Portugal Aus- und Durchfuhrbeschränkungen, die einen schweren Schlag für die Güterversorgung der Schweiz bedeuten.
1. 11. Im Oktober/November bereist O.P. Häfner, der Schriftleiter der deutschen Zeitschrift «Das Reich», die Schweiz und trifft hier mit verschiedenen Persönlichkeiten zusammen. Auf Wunsch des Politischen Departements kommt es am 3.11. zu einer Begegnung zwischen Häfner und Prof. W. Näf, Historiker an der Universität Bern, der unumwunden erklärt, «dass unsere Staatsauffassung die jetzige deutsche Ideologie überdauern werde».
- Zur Vorbereitung der Rationierung wird eine Bezugssperre für Textilien, Schuhe, Seife und Waschmittel angeordnet.
5. 11. Der Zürcher Regierungsrat verbietet alle öffentlichen Versammlungen der «Eidgenössischen Sammlung». Vgl. 25.10.40.
6. 11. Der General ordnet im Einvernehmen mit dem Bundesrat die allgemeine Verdunkelung von 22.00 bis 06.00 Uhr an. Sie tritt am 7.11. in Kraft.
- Der Bundesrat veranstaltet eine vertrauliche Pressekonferenz, an der die Bundesräte Pilet und Etter die

Journalisten über die allgemeine Situation der Schweiz unterrichten und sie mit ihrer Beurteilung der Lage bekanntmachen.

8. 11. Die Bundesräte *Minger* und *Baumann* erklären der Bundesversammlung auf Jahresende ihren Rücktritt.
Ein Bundesratsbeschluss verfügt Auflösung und Verbot der «Gesellschaft der Freunde der autoritären Demokratie» und des nationalsozialistischen «Volksbunds».
Gegen Leonhardt, Burri und 30 weitere schweizerische Nationalsozialisten wird ein Strafverfahren wegen Landesverrats eingeleitet.
9. 11. General *Guisan* richtet an Bundespräsident *Pilet* ein Schreiben, worin er empfiehlt, eine Sondermission unter der Leitung von Prof. C.J. Burckhardt nach Berlin zu senden, die den kulturellen, künstlerischen und touristischen Austausch wieder in Gang bringen sollte, «um dadurch vielleicht eine Milderung sowohl der politischen Spannung als auch der hässlichen Angriffe auf die Schweiz in der fraglichen ausländischen Presse» zu erlangen. *Pilet* gibt der Anregung keine Folge.
12. 11. Die «Nationale Bewegung der Schweiz» stellt in einem Schreiben an den Gesamtbundesrat die ultimative Forderung auf rascheste Anerkennung als politische Partei und Zubilligung eines Presseorgans. Sie doppelt in weiteren Schreiben vom 17. und 18. 11. 40 nach. Der Bundesrat entspricht den Begehren nicht.
- 15.11. Die «Eingabe der 200» wird mit 150 Unterschriften dem Bundesrat eingereicht. Sie verlangt eine

1940

Verschärfung der Pressekontrolle, die Ausschaltung gewisser Redaktoren und die Ausmerzung von missliebigen Presseorganen sowie die Entlassung von Beamten, die nicht im Sinne der «Eingabe» gewirkt hätten. Die Erstunterzeichner sind: A. v. Sprecher, F. Rieter, H. Ammann, H. Frick, R. Grob, E. Friedrich und C. Jenny.

Prof. *F.T. Wahlen* tritt mit seinem «Anbauplan» an die Öffentlichkeit. Er findet damit grösste Beachtung und Zustimmung bei Volk und Behörden.

Der Bundesrat erlässt einen Beschluss über die Verfolgung von Gerüchtemacherei und Verletzung der Geheimhaltungspflicht auf kriegswirtschaftlichem Gebiet.

Ein deutscher Bomber stürzt beim Sihlsee ab.

- 16.11. Das Territorialgericht 2 verurteilt die 9 am 14.6. gefangengenommenen Saboteure zu lebenslänglichem Zuchthaus.

Mitte November gelingt es der Schweiz, von Grossbritannien neue Navicert-Bewilligungen für die Einfuhr von ca. 100'000 t Güter zu erlangen.

18. 11. Bundesratsbeschluss über eine wesentliche Erhöhung der Steuersätze der Kriegsgewinnsteuer.

19. 11. Ein Bundesratsbeschluss verbietet die von Max Leo Keller geleitete nationalsozialistische «Nationale Bewegung der Schweiz». Die Polizei beschlagnahmt belastendes Material und stellt fest, dass die «Nationale Bewegung» in 162 Ortschaften insgesamt 2'000 bis 3'000 Mitglieder besitzt.

25. 11. Die Rationierung von Textilien, Schuhen, Seife und Waschmitteln wird auf den 1.12. in Kraft gesetzt.

26. 11. Durch Bundesratsbeschluss werden die Kommunistische Partei und die ihr angegliederten Organisationen in der ganzen Schweiz verboten.
29. 11. Im Oberkommando des deutschen Heeres findet die erste Planspielübung für den Ostfeldzug statt. Die Leitung hat Generalleutnant Paulus. Die Übungen dauern bis zum 13.12.
- 1.12. In der eidg. Volksabstimmung wird das Bundesgesetz über die Einführung des obligatorischen militärischen Vorunterrichts mit 434'817 gegen 345'430 Stimmen verworfen. Angenommen haben nur die Kantone Zürich, Solothurn, Basel, Schaffhausen und Genf. Vgl. 1.12.41.
- 10.12. Die Bundesversammlung wählt zu neuen Bundesräten: den bernischen Regierungsrat *Eduard v. Steiger* (BGB) im 1. Wahlgang mit 130 Stimmen und den St. Galler Regierungsrat *Karl Kobelt* im 5. Wahlgang mit 117 Stimmen.
- v. Steiger übernimmt das Justiz- und Polizeidepartement, Kobelt, bisher Stabschef von Oberstkorpskommandant J. Labhart, das Militärdepartement.
12. 12. Im Bundeshaus treffen weitere Unterschriften zur «Eingabe der 200» ein.
16. 12. In der Nacht auf den 17.12. wird Basel von britischen Flugzeugen bombardiert. Zwölf Einschläge werden gezählt, vier Todesopfer sind zu beklagen. Es entsteht beträchtlicher Sachschaden.
18. 12. Hitler erlässt seine «Weisung Nr. 21». Sie befiehlt den Abschluss der militärischen Vorbereitungen für den Angriff auf die Sowjetunion bis zum 15.5.41.

1940

20. 12. Auf Antrag des Kriegsernährungsamtes beschliesst der Bundesrat, die Einfuhr von Zucker zentral zu regeln.
- Bundesratsbeschluss über Änderung der Vorschriften über Erwerb und Verlust des Schweizer Bürgerrechts. Die bisherige Zuständigkeit des Bundesgerichts in strittigen Bürgerrechtsfragen wird auf das Eidg. Justiz- und Polizeidepartement übertragen. Doppelbürgern kann das Bürgerrecht entzogen werden, sofern sie sich eines die Schweiz schädigenden Verhaltens schuldig machen. Vgl. 11.11.41
22. 12. In der Nacht auf den 23.12. wird Zürich von britischen Bombern angegriffen. Man zählt 11 Verletzte und beträchtliche Schäden.
29. 12. Im Barackenlager Büren a.A., das am 26.12. eingeweiht worden ist und 7'000 internierten Polen Platz bieten soll, bricht eine Meuterei aus, was die Wache veranlasst, von der Waffe Gebrauch zu machen. Der Lagerbau erweist sich als psychologischer Missgriff.
31. 12. Das Handelsabkommen mit Deutschland läuft auf Jahresende ab und wird für 4 Monate verlängert.
- Auf Jahresende beginnt die Tagesillustrierte «Actualis» zu erscheinen. Sie bringt es jedoch nur auf 117 Nummern und muss am 31.5.41 ihr Erscheinen einstellen. Die Zeit für ein ausgesprochenes Boulevardblatt ist in der Schweiz noch nicht angebrochen.
- Ende 1940 gestatten die britischen Blockadebehörden die Löschung der von ihnen zurückgehaltenen Schiffe mit Ladungen für die Schweiz in den portugiesischen Häfen *Lissabon* und *Leixoes* (Oporto). Ab 1941 wird ein Pendelverkehr mit Schiffen zwischen den iberi-

schen Häfen und Genua, ab Ende 1941 zwischen Lissabon und Barcelona eingerichtet.

Der Index der Konsumentenpreise (1939 = 100) steht auf 110 Punkten.

Die Pflichtanbaufläche für 1940 (1. Anbauetappe) beträgt 208'812 ha. Effektiv angebaut wurden 217'222 ha. Im Herbst 1940 kommen weitere 13'790 ha hinzu (2. Anbauetappe).

Verglichen mit 1939 sind die Importe mengenmässig um 29,1% und die Exporte der Schweiz um 6,9% zurückgegangen.

Der Aussenhandel des Jahres 1940 zeigt folgendes Ergebnis (1'000 t): Einfuhr 6'220, Ausfuhr 510.

1941

Als Bundespräsident für das Jahr 1941 amtet Bundesrat *Ernst Wetter*, Vorsteher des Finanz- und Zolldepartements.

- 1.1. Der Bundesrat setzt den Ausführungsbeschluss für die von 1941-1945 zu erhebende eidg. Wehrsteuer in Kraft.

Private Verbraucher erhalten Rahm nur noch aufgrund eines ärztlichen Zeugnisses.

Ausgabe eines neuen Aufmarschbefehls durch das Armeekommando im Zusammenhang mit der Bildung eines 5. Armeekorps.

Die Ortswehren weisen einen Bestand von 127'563 Mann auf. Bis 1945 sinkt er auf ca. 116'000 Mann.

10. 1. England verlangt von der Schweiz zwischen dem 10. 1. und 7.3.41 die Abtretung von 5 Charterschiffen. Den restlichen 10 Schiffen wird die Einfahrt ins Mittelmeer verboten. Es gelingt dem Bund später, 4 Schiffe mit insgesamt 27'230 t, denen die Einfahrt ins Mittelmeer gestattet ist, zu kaufen. Private Reedereien stellen dem Bund weitere 7 Schiffe zur Verfügung.

14. 1. Der Bundesrat bewilligt die Rückkehr der internierten französischen Soldaten in ihre Heimat, nachdem die französische und die deutsche Regierung eine Vereinbarung über die Entlassung von Internierten getroffen haben. In der Zeit vom 17.1. bis 14.2. werden 28'577 Internierte entlassen. Die Gruppe der Belgier kann erst am 5.6. ausreisen. Die Polen bleiben von der Heimschaffung ausgeschlossen. Aufgrund einer deutsch-französischen Vereinbarung wird das Kriegsmaterial an Deutschland ausgeliefert.

15. 1. Die Erstunterzeichner der «Eingabe der 200» stellen den Text ihrer Eingabe mit 50 Unterschriften 56 schweizerischen Zeitungen zu. Nur zwei Blätter veröffentlichen umfangreichere Teile daraus.
- 28.1. In Zürich findet eine weitere Besprechung zwischen *Dr. Hügel*, Stuttgart, und einer schweizerischen Gruppe über pressepolitische Fragen statt.
31. 1. Durch Bundesratsbeschluss wird die «Verbindungsstelle für das Pressewesen» geschaffen, um den Kontakt zwischen Bundesrat und Zeitungsredaktionen enger zu gestalten.
7. 2. In Bern wird eine schweizerisch-deutsche Vereinbarung abgeschlossen, die Deutschland eine weitere Kreditgewährung im Betrag von 165 Mio. Fr. zubilligt.
10. 2. Die Abgabe von Pneus und Schläuchen für Fahrzeuge wird der Bewilligungspflicht unterstellt.
- 11.2. Erlass des Bundesrates über den zivilen Arbeitseinsatz in der Landwirtschaft.
- 15.2. «Front» und «Grenzbote» werden vom Armeestab für drei Monate verboten, da sie den schweizerischen Neutralitätswillen in Zweifel gezogen haben.
18. 2. Der General erlässt einen geheimzuhaltenden Befehl betreffend die Orientierung der Truppe über die Gefahren der Spionage und die Bedeutung der Spionageabwehr.
22. 2. Beginn der operativen Übung 1941.
Sie dient der Erprobung und Abklärung der Aufmarschpläne für das Réduit. Von 1941 bis anfangs 1944 erfährt die Kommando-Ordnung der Armee

1941

mehrere Änderungen. Eine dem Réduit angepasste *Ordre de bataille* ersetzt nach und nach diejenige von 1938. Die Suche nach einer immer zweckmässigeren Gliederung der Armee findet erst nach Jahren ihren Abschluss.

24. 2. Die Schweiz schliesst mit der Sowjetunion in Moskau eine «Vereinbarung über den Warenverkehr» ab. Sie wird vom Bundesrat am 11.3. genehmigt. Die Sowjetunion meldet ihrerseits nie eine Ratifikation. Transportschwierigkeiten und der baldige Ausbruch des Krieges an der Ostfront verhindern die Durchführung der Vereinbarungen.
- 26.2. Neue deutsche Kreditforderungen machen das Überkommen vom 7.2. gegenstandslos.
28. 2. Ein Bundesratsbeschluss unterstellt Sammlungen zu wohlthätigen und gemeinnützigen Zwecken der Bewilligungspflicht.
Die bürgerlichen Mitglieder des National- und des Ständerates erhalten von den Initianten den Text der «Eingabe der 200» zugestellt.
Das Bundesgericht verurteilt Ex-Oberst A. *Fonjallaz* wegen Gefährdung der Sicherheit der Eidgenossenschaft zu drei Jahren Zuchthaus. Eine Untersuchung hat ergeben, dass *Fonjallaz* seit Kriegsbeginn politischen und militärischen Nachrichtendienst zugunsten der Achsenmächte betrieben hat.
- 1.3. Dem Brotmehl muss von jetzt an ein bestimmter Anteil an Roggenmehl beigemischt werden.
8. 3. Durch Rundschreiben des Rotkreuz-Chefarztes wird die Ortswehr-Sanität als Zweig der Ortswehr gegründet.

9. 3. In der eidg. Volksabstimmung wird das Volksbegehren zur Alkoholordnung (Reval-Initiative) mit 452'873 gegen 304'867 Stimmen verworfen.
17. 3. Journalisten bürgerlicher Blätter unternehmen auf Betreiben von Minister *H. Frölicher*, dem schweizerischen Gesandten in Berlin, vom 17. 3.-4. 4. eine Informationsreise durch Deutschland. Sie besuchen u.a. Berlin, München, Wien und Frankfurt a.M. Ende März sind 37 Batterien mit der Schwere Motorkanone 10,5 cm ausgerüstet, ein Ziel, das schon seit 1938 angestrebt worden ist.
27. 3. Am 15.2. werden in Madrid schweizerisch-spanische Wirtschaftsverhandlungen aufgenommen, die am 27. 3. zum Abschluss eines Abkommens führen. Spanien stellt der Schweiz 50'000 t Schiffsraum zur Verfügung, gestattet die Durchfahrt von täglich 25 Eisenbahnwagen sowie den Abtransport von Gütern durch schweizerische Lastwagen. Die Schweiz eröffnet Spanien einen Kredit von 8 Mio. Fr. und tritt 5'600 t Getreide ab. Das Abkommen wird alle halben Jahre verlängert. Vgl. 6.6.44.
29. 3. Der Bundesrat erhöht die Biersteuer.
- 1.4. Bundesratsbeschluss über die kriegswirtschaftliche Bewilligungspflicht für die Eröffnung von Betrieben der Industrie, des Gewerbes, des Handels und verwandter Wirtschaftszweige mit Rücksicht auf die Knappheit an lebenswichtigen Gütern.
Einführung von Mahlzeitencoupons für die Verpflegung in Gaststätten.
Der General verlegt seinen persönlichen Stab nach Interlaken in die ehemalige Villa «Rheinland». Der Armeestab befindet sich bereits in Interlaken.

1941

- 6.4. Beginn des Balkanfeldzuges. Deutschland greift Jugoslawien und Griechenland an. Am selben Tag schliessen Jugoslawien und die Sowjetunion in Moskau einen Freundschaftsvertrag.
- 7.4. Beginn einer intensiven deutschen Pressekampagne gegen die Schweiz im Zusammenhang mit der Stellungnahme schweizerischer Blätter zum Überfall auf Jugoslawien und Griechenland. Die Kampagne flaut erst im Mai wieder ab.
9. 4. Seeschiffahrt unter Schweizer Flagge: Erlass eines schweizerischen Seerechts.
- 22.4. Im Bundeshaus treffen die letzten Unterschriften zur «Eingabe der 200» ein. Es sind nun insgesamt 173.
13. 5. Der Bundesrat veranlasst die Wiederaufnahme der seit Monaten unterbrochenen Wirtschaftsverhandlungen mit Deutschland.
14. 5. Oberstkorpskommandant *Miescher* tritt wegen angegriffener Gesundheit vom Kommando seines Armeekorps zurück.
15. 5. Der Wehrbrief Nr. 15 der Sektion «Heer und Haus» hält für die Truppe die Lehren aus dem Jugoslawienfeldzug fest.
- Oberstdivisionär *Bircher* und Oberst *Däniker* haben sich zwischen dem 30.4. und dem 10.5. zum Besuch von militärischen Schulen in Deutschland, insbesondere in Berlin, aufgehalten. *Däniker* veröffentlicht am 15.5. seine «Denkschrift über Feststellungen und Eindrücke anlässlich eines Aufenthaltes in Deutschland». Er versucht damit in defaitistischem Sinn auf Armeeleitung und Bundesrat einzuwirken.

16. 5. Das Kriegsernährungsamt ordnet die Einhaltung von zwei fleischlosen Tagen (Mittwoch und Freitag) für private und kollektive Haushaltungen an.
24. 5. Als Auswertung der operativen Übung 1941 erlässt der General einen neuen Aufmarschbefehl. Er bezweckt die Verstärkung der Zentralraumbesetzung. Das Réduit wird fortan mit 4 statt wie bisher mit 2 Armeekorps besetzt. (Operationsbefehl Nr. 13). Die 4 Divisionen der «vorgeschobenen Armeestellung» werden insRéduit zurückgenommen.
25. 5. Der General erlässt «Weisungen für die Kampfführung», die die bewährten strategischen Grundsätze an die neue Lage (Réduit) anpassen.
27. 5. Die «Fédération Socialiste Suisse» Nicoles wird wegen kommunistischer Betätigung aufgelöst.
- 28.5. Aufstellung des ersten schweizerischen Überwachungsgeschwaders.
30. 5. Bundesrat v. Steiger empfängt *Dr. A. v. Sprecher* als Erstunterzeichner der «Eingabe der 200» und eröffnet ihm, der Bundesrat betrachte die Forderungen der Eingabe aus rechtlichen und politischen Erwägungen als unannehmbar.
- Gründung des schweizerischen Lastwagentransport-syndikats «Autotransit» für Transporte von Gütern aus den portugiesischen Häfen durch Spanien bis zu den französischen Grenzstationen.
- 31.5. Kaffee, Tee und Kakao werden der Rationierung unterstellt.
- 1.6. Abschluss neuer Wirtschaftsvereinbarungen mit Italien. Die Schweiz muss ihre Kredite um 75 Mio. Fr. erhöhen. Italien vergrössert seine Importe aus der

1941

Schweiz und stellt dieser Geleitscheine für Exporte nach Übersee zur Verfügung. Italien verpflichtet sich zur Lieferung von 40'000 t Pyrit.

2. 6. Hitler erklärt Mussolini anlässlich ihrer Begegnung auf dem Brenner, das Problem Schweiz treibe rasch einer endgültigen Bereinigung entgegen.
10. 6. Die Bundespolizei verhaftet in 17 Kantonen 131 Angehörige nationalsozialistischer Organisationen und führt gegen sie Untersuchungen wegen Gefährdung der Unabhängigkeit und wegen staatsgefährlicher Umtriebe durch. Unter die verbotenen Organisationen fällt auch die Sport-Schule (SS) Maag in Kilchberg (ZH). Im Lauf dieser Aktion wird auch *Max Leo Keller* verhaftet. Damit ist der entscheidende Schlag gegen die schweizerischen Nationalsozialisten geführt.
- 12.6. Der Nationalrat schliesst die vier Vertreter der verbotenen Nicole-Partei (vgl.27.5.41) aus dem Rat aus.
14. 6. Die USA verhängen über die europäischen Staaten aufgrund der Executive Order Nr. 8785 eine Finanzblockade. Sämtliche schweizerischen Guthaben und Vermögen in den USA im Betrag von 5,3 Mia. Fr. werden im Zuge dieser Aktion «eingefroren». Die General Licence Nr. 50 gestattet Bund und Nationalbank jedoch unter gewissen Bedingungen Zahlungsaufträge auszuführen. Die generelle Aufhebung der Sperre erfolgt erst durch den Abschluss des Finanzabkommens von Washington vom 25.5.46.
- 17.6. Ein Armeebefehl erweitert die Aufgaben von «Heer und Haus» bei der Truppe. Sie soll über die Ursachen der kriegerischen Ereignisse aufklären und die staatsbürgerliche Erziehung fördern.

19. 6. Die Schweiz sieht sich ab sofort veranlasst, ein Verbot des Warenversands im Briefpostverkehr, der bis zu 2 kg zulässig war, zu erlassen. Davon wird vor allem der Export nach Grossbritannien betroffen, das auf diesem Weg bisher Uhrenbestandteile erhalten hat.
22. 6. 03.15 Uhr Beginn des deutsch-russischen Krieges. Die deutschen Armeen stossen nach den Plänen der «Operation Barbarossa» über die deutsch-sowjetische Grenze vor.
25. 6. Zum Schutz schweizerischer Interessen verhängt der Bundesrat eine Sperre über alle sowjetischen Guthaben in der Schweiz. Moskau betrachtet dieses Vorgehen als unfreundlichen Akt der Schweiz.
2. 7. Das Armeekommando ordnet eine Reduktion der Truppenbestände an, wodurch Landwirtschaft, Industrie und Baugewerbe dringend benötigte Arbeitskräfte erhalten.
5. 7. Anhänger der nationalsozialistischen «Eidgenössischen Sammlung» verlangen in einem Offenen Brief an den Bundesrat militärische Unterstützung des Dritten Reiches in seinem Kampf gegen die Sowjetunion.
7. 7. Erlass von Kontingentierungsvorschriften für Frischmilchverbrauch.
- 15.7. Im Zunfthaus zur Waag in Zürich findet eine weitere pressepolitische Besprechung zwischen einer schweizerischen Delegation und einer deutschen, der Dr. *K. Hügel* angehört, statt.
18. 7. Nach achtmonatigen zähen Verhandlungen erfolgt der Abschluss eines Zusatzabkommens zum Handels-

1941

und Verrechnungsabkommen zwischen der Schweiz und Deutschland, das bis Ende 1942 befristet ist. Es ist das Resultat der militärischen Lage und des daraus folgenden starken Drucks der Achsenmächte.

Die Schweiz erhöht ihre Kredite an Deutschland auf insgesamt 850 Mio. Fr. Dieser Kredit wird mit einstimmiger Genehmigung durch die Zolltarifkommission beider Räte erteilt. Die deutschen Gegenleistungen bestehen in einer Erhöhung der monatlichen Quoten der Kohle- und Eisenlieferungen und in der Erleichterung der Ausfuhr nach Drittstaaten.

Im Bundesrat haben starke Widerstände gegen den Abschluss eines in der Kreditfrage derart weitgehenden Abkommens bestanden.

Als Antwort auf den Abschluss dieses Abkommens sperrt Grossbritannien der Schweiz die Zufuhr industrieller Rohstoffe. Vgl. 9.9.41.

29. 7. Erlass eines Bundesratsbeschlusses mit Strafbestimmungen gegen Störungen der Beziehungen zum Ausland durch Privatpersonen.

Bundesratsbeschluss über die Erweiterung der Warenumsatzsteuer. Er tritt am 1.8. in Kraft.

Ende Juli ermächtigt das amerikanische Schatzamt die Federal Reserve Banken, für den Warenverkehr in eigener Kompetenz innert 48 Stunden Special Licences zu erteilen. Dadurch werden die schweizerischen Handelsbanken wieder in den Dollarzahlungsverkehr eingeschaltet.

- 1./2. 8. In Schwyz und auf dem Rütli finden in Anwesenheit von Bundesrat und General Feiern zum 650jährigen Bestehen der Eidgenossenschaft statt. Aus zahlreichen Staaten treffen Glückwunschschaften ein. Dieje-

- nige des englischen Königs wird der Presse nicht zur Veröffentlichung freigegeben.
14. 8. Roosevelt und Churchill verkünden die Atlantikcharta.
- 19 Lastwagenzüge verlassen die Schweiz, um in Spanien auf der Strecke Badajoz-Canfranc (930 km) Transporte für die Schweiz auszuführen. Bis zur Rückberufung im Juni 1944 befördert die «Autotransit» 21'087 t Güter.
- 24.8. In Stuttgart findet unter Leitung von *Dr. K. Hügler* eine zweite Einigungskonferenz der Frontenführer statt. Es gelingt nicht, eine einheitliche nationalsozialistische Organisation zu bilden. *Leonhardt* und *Burri* gründen darauf in Deutschland den «Nationalsozialistischen Schweizerbund» als Organisation der Auslandschweizer.
- 26.8. Die Bundespolizei unternimmt verschiedene Aktionen gegen illegal tätige Kommunisten.
- 31.8. Bezugssperre und Rationierung von Käse.
7. 9. Als Nachfolger für die aus dem Nationalrat ausgeschlossenen Nicolisten werden in der Waadt je ein Radikaler und ein Liberaler gewählt.
- 8.9. *Himmler*, der Reichsführer-SS, beschäftigt sich mit der Ernennung eines «Reichskommissars Schweiz». Um diesen Posten bewerben sich Oberbürgermeister *Ströhl* und Reichsstatthalter *Murr* aus Stuttgart.
9. 9. Eine Note der britischen Regierung stellt in Aussicht, dass die weitere Ausfuhr von Rohstoffen und Fertigwaren nach der Schweiz im Zusammenhang mit dem zwischen der Schweiz und Deutschland abgeschlossenen Wirtschaftsabkommen eingestellt werde.

1941

Die Schweiz gerät durch diese Massnahme in ernsthafte Versorgungsschwierigkeiten. Die Verhandlungen mit Grossbritannien dauern bis zum September 1942. Vgl. 5.9.42.

28. 9. In Genf finden die Nachwahlen für die im Juni aus dem Nationalrat ausgeschlossenen Nicolisten statt. Es werden ein Radikaler und ein Unabhängiger gewählt.
- 29.9. Im Nationalrat findet eine Debatte über das mit Deutschland abgeschlossene Wirtschaftsabkommen statt. Es erfährt Kritik aus den Kreisen der Sozialdemokratie und des Landesringes, die jedoch von Bundesrat *Stampfli* zurückgewiesen wird.
7. 10. Der Bundesrat erlässt die «Finanzordnung für Arbeit und Lohnersatz». Sie regelt die Beschaffung der Mittel für die Lohnausfallentschädigung der Wehrmänner neu. Bund und Kantone werden entlastet. Sie müssen fortan nicht mehr einen gleich hohen Betrag wie Arbeitgeber und Arbeitnehmer bereitstellen, sondern nur noch die Hälfte der tatsächlichen Ausgaben für den Lohnausgleich. Auf den Bund entfallen zwei Drittel, auf die Kantone ein Drittel der öffentlichen Beiträge.
12. 10. Durch Bombenabwurf eines britischen Flugzeuges werden bei Sulgen (TG) drei Personen getötet.
15. 10. 1. schweizerische Ärztemission für die Ostfront, 15. 10.-31.12. 40.
Unter dem Patronat des Schweizerischen Roten Kreuzes begibt sich eine Ärztemission an die deutsche Ostfront. Am Zustandekommen dieser Mission sind die Oberstdivisionäre *Bircher* und *v. Muralt* massgebend beteiligt.

Bundesratsbeschluss betreffend Massnahmen gegen Wohnungsnot (Kündigungsbeschränkung).

28. 10. Der Bundesrat erlässt einen grundlegenden Beschluss über die Ausbeutung von Lagerstätten mineralischer Rohstoffe (Bergbau).

Im Lauf des Krieges arbeiten über 4'000 Mann in 80 Bergwerken. Vor Kriegsausbruch gab es hier nur 500 Beschäftigte. 1942 werden in der Schweiz 210'000 t Kohle gefördert, die Hälfte davon ist Wal-liser Anthrazit.

1. 11. Die Demokratische Partei des Kantons Zürich tritt aus der Freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz aus.

Das Eidg. Kommissariat für Internierung und Hospitalisierung erlässt einen Befehl über die Beziehungen der Zivilbevölkerung zu den Internierten. Es ist verboten, den Internierten rationierte Lebensmittel oder Rationierungsmarken zu geben, sie das Privattelefon oder ein Fahrrad benützen zu lassen. Ohne spezielle Bewilligung ist den Internierten das Betreten privater Wohnungen untersagt, ebenso der Besuch von Theatern, Kinos und Gaststätten.

7. 11. Das Politische Departement gestattet der deutschen Gesandtschaft in Bern die Errichtung einer direkten Fernschreiberverbindung zum Auswärtigen Amt in Berlin. Eine entsprechende Linie wird nur noch der französischen Gesandtschaft für den Verkehr mit Vichy zugebilligt (14.11.).

11. 11. Bundesratsbeschluss über Abänderung des Bürgerrechtsgesetzes.

Art. 3: Einem Doppelbürger kann das Bürgerrecht entzogen werden, wenn sein Verhalten den Interessen

oder dem Ansehen der Schweiz erheblich nachteilig ist.

Art. 5: Die Schweizer Bürgerin verliert bei Heirat mit einem Ausländer das Schweizer Bürgerrecht nur dann nicht, wenn sie unvermeidlich staatenlos würde. Die entsprechende Regelung gilt für die ehelichen Kinder einer Schweizerin in dieser Lage.

15. 11. Die Elektrizitätswerke werden verpflichtet, die Bezüge ihrer Verbraucher gegenüber dem Vorjahr um 15% herabzusetzen. Schaufenster- und Reklamebeleuchtung müssen um 20.30 Uhr ausgeschaltet und die Strassenbeleuchtung um 30% eingeschränkt werden.

Bundesrat v. *Steiger* hält vor der Generalversammlung des Vereins der Schweizer Presse ein Referat über die Neutralitätspolitik, wie sie der Gesamtbundesrat vertritt, v. *Steiger* erklärt: Wir müssen uns bewusst sein, «dass es in der Neutralitätspolitik keinen Unterschied zwischen Volk und Regierung geben darf.» Er nähert sich damit der deutschen These von der Gesinnungsneutralität in gefährlicher Weise (E. Bonjour).

17. 11. Vierte Wipkinger Tagung des Schweizerischen evangelischen Hilfsvereins für die Bekennende Kirche in Deutschland. Die Versammlung richtet ein Schreiben an Bundesrat und General:

«Mit grosser Sorge erfüllen uns die Eingriffe von Bundesrat und der Abteilung Presse und Funkspruch im Armeestab in das Schrifttum und die freie Wortverkündigung der Kirche».

18. 11. Der Bundesrat beschliesst, die Ansätze für die eidgenössische Kriegsgewinnsteuer von bisher 30-40% auf 50-70% zu erhöhen.

- 25.11. Als dritter fleischloser Tag in der Woche wird der Montag eingeführt.
- 28.11. Bundesrat v. *Steiger* spricht am Pressetag an der ETH. Er setzt sich mit Äusserungen aus Kreisen der protestantischen Kirche auseinander, die sich seinen presse- und neutralitätspolitischen Forderungen nachdrücklich widersetzen. Vgl. 15.11.41.
- 1.12. Die im Dezember 1940 verschobene Volkszählung wird durchgeführt. Die Schweiz zählt 4'265'703 Einwohner.
Verordnung des Bundesrates über den militärischen Vorunterricht. Er wird auf freiwilliger Basis durchgeführt. Ein Obligatorium besteht nur für Nachhilfeskurse Dienstauglicher, die an der turnerischen Rekrutenprüfung gewissen Mindestanforderungen nicht genügt haben. Die Durchführung wird den Kantonen überlassen.
- 3.12. Das Kriegsernährungsamt verfügt die Rationierung der Eier, des Eipulvers und anderer Eikonserven.
- 7.12. Japanischer Grossangriff auf die amerikanische Flotte in Pearl Harbor. Die Schlachtschiffflotte erleidet schwere Verluste, die wichtigere Trägerflotte entgeht dem Angriff. Kriegszustand zwischen Japan und den USA. Am 11.12. erklären auch Deutschland und Italien den USA den Krieg.
Nach dem Kriegseintritt der USA sieht sich die schweizerische Kriegswirtschaft gezwungen, ihren Bedarf an industriellen Rohstoffen zur Hauptsache auf dem von Deutschland besetzten europäischen Kontinent zu beschaffen.
- 24.12. Der Bundesrat führt eine generelle Verschärfung der kriegswirtschaftlichen Strafbestimmungen ein.

1941

30. 12. Der Bundesrat beschliesst, entsprechend dem mehrfach vorgebrachten Begehren der Armeeleitung, die Abteilung Presse und Funkspruch im Armeestab als militärische Instanz auf den 1.2.42 dem Bundesrat direkt zu unterstellen.

Erlass von neuen Bestimmungen über die Überwachung des politischen, militärischen und wirtschaftlichen Schrifttums sowie betreffend Neugründungen im Presse- und Nachrichtenwesen.

31. 12. Der Index der Konsumentenpreise (1939 = 100) ist auf 127 Punkte gestiegen.

Die Pflichtenbaufläche für 1941 (3. Etappe) beläuft sich auf 276'290 ha, effektiv angebaut werden 1941 270'540 ha.

Verglichen mit 1940 sind die Einfuhren mengenmässig um 21,2% zurückgegangen, wertmässig aber um 9,2% gestiegen. Die Ausfuhr ist mengenmässig um 2,5%, wertmässig um 11,2% gestiegen.

Die Handelsbilanz zeigt folgende Totalzahlen (in 1'000 t): Einfuhr 4'900, Ausfuhr 523.

Als Bundespräsident für das Jahr 1942 amtet Bundesrat *Philipp Etter*, Vorsteher des Departements des Innern. Er hat diese Würde schon 1939 bekleidet und kommt nun wegen des starken personellen Wechsels im Bundesrat nach einem nur zweijährigen Unterbruch wieder zum Zuge.

1. 1. Der dringliche Bundesbeschluss über die Allgemeinverbindlicherklärung von Bestimmungen über das Arbeitsverhältnis in Gesamtarbeitsverträgen vom 1. 10.41 tritt in Kraft. Er soll der Erhaltung des sozialen Friedens dienen und ein unhaltbares Auseinanderklaffen von Preisen und Löhnen verhindern. Er wird am 23.6.43 bis Ende 1946 verlängert.

Das Schweizerische Strafgesetzbuch tritt nach einer vierjährigen Einführungsfrist in Kraft.

Einführung der Frischmilch-Rationierung in grösseren Konsumzentren, insbesondere in der Stadt Zürich. Die Ration beträgt für Erwachsene 5 dl, für Kinder 7 dl pro Tag.

Der Bundesratsbeschluss vom 30.12.41 über Neugründungen von Zeitungen, Zeitschriften und Nachrichtenagenturen tritt in Kraft.

Der General erlässt den Aufmarschbefehl 1942.

Das Eidg. Kommissariat für Internierung und Hospitalisierung wird dem Generaladjutanten der Armee unterstellt. Bisher bildete es eine ad hoc-Organisation des Armeekommandos.

Mussolini verlangt anfangs Januar die Abberufung des schweizerischen Gesandten, Minister *P. Rüeegger*. Der Bundesrat entspricht dem Begehren, lässt den Posten aber bis Jahresende unbesetzt. Vgl. 18.12.42.

1942

- 8.1. Wegen Kohlenmangels muss der Zementverbrauch rationiert werden.
Die 2. schweizerische Ärztemission (8.1.-14.4.) für die Ostfront verlässt die Schweiz.
- 25.1. Die sozialdemokratische Initiative auf Volkswahl und Erweiterung des Bundesrates von 7 auf 9 Mitglieder wird in der Volksabstimmung mit 524'127 gegen 251'605 Stimmen und mit allen Standesstimmen verworfen.
Der Elektrizitätsverbrauch wird bis zum 12.3. starken Einschränkungen unterworfen.
5. 2. In Anwesenheit General Guisans werden in Stans die Fabrikgebäulichkeiten der Pilatus Flugzeugwerke AG eingeweiht.
8. 2. Oberst *E. Vaterlaus* übernimmt die Leitung der Sektion FHD.
20. 2. Das Territorialgericht 3 a verurteilt *M.L. Keller*, Wechlin u. a. wegen staatsgefährlicher Umtriebe zu Freiheitsstrafen.
- 1.3. Einführung der Rationierung für Fleisch und Fleischwaren. Wild, Geflügel und Fische werden nicht in die Rationierung einbezogen.
Zur Streckung der Vorräte muss dem Brotmehl neben Roggen- nun auch Gerstenmehl beigemischt werden.
- 11.3. Das gecharterte Schweizer Schiff *Mount Lycabettos* verlässt den Hafen von Baltimore (USA) und geht auf der Fahrt nach Leixoes (Oporto) spurlos verloren.
16. 3. Deutschland kürzt die vertraglich festgelegten Benzin- und Schmieröllieferungen einseitig um ein Drittel.

17. 3. Eine schweizerische Delegation nimmt in London Verhandlungen über hängige Wirtschaftsfragen mit den Westmächten auf. Vgl. 16.12.42.
- Bundesrat *Stampfli* orientiert den Nationalrat über die Lage der Landesversorgung.
- Direktor *Käppeli* tritt von der Leitung des Kriegs-Ernährungsamtes zurück. An seine Stelle tritt Direktor *Feisst*.
19. 3. Der Präsident der Vollmachtenkommission des Nationalrates, *E. Nietlisbach* (KK), wird zum eidg. Versicherungsrichter gewählt. Die BGB schlägt als Nachfolger Nationalrat R. Reichling vor. Mit Unterstützung des Freisinns wird jedoch der Kandidat der Sozialdemokraten, *J. Huber*, zum neuen Präsidenten der national Tätlichen Vollmachtenkommission gewählt.
22. 3. In Zürich erfolgt die Erneuerungswahl in den Stadtrat (Exekutive). Stadtpräsident *E. Klöti* tritt altershalber zurück. Zu seinem Nachfolger wird der Sozialdemokrat *E. Nobs* gewählt.
28. 3. Nationalrat *Roman Abt*, führendes Mitglied der Aargauer BGB, stirbt im Alter von 59 Jahren. Seine Nachfolge im Nationalrat tritt Oberstdivisionär *E. Bircher* an, der damit aus seinem militärischen Kommando ausscheidet.
- 31.3. Oberst *Däniker* wird aus Bundesdienst und militärischem Kommando entlassen, da er unentwegt für die «Anpassung» an das Dritte Reich eintritt. Vgl. 15.5. 41.
- 1.4. Italien kündigt das schweizerisch-italienische Wirtschaftsabkommen auf den 30.6.42.

1942

17. 4. Das eidg. Volkswirtschaftsdepartement schafft die kriegswirtschaftliche Sektion zur Bekämpfung des Schwarzhandels.
Der Bundesrat erlässt im Einvernehmen mit dem General eine Weisung an die zivilen Behörden: Jede Evakuierung im Kriegsfall ist verboten und wird notfalls durch die Truppe verhindert. Vgl. 30.10.39, 25.1.40.
19. 4. An der Landsgemeinde der «Eidgenössischen Sammlung» in Zürich nehmen 1'800 Personen teil. Die Versammlung ehrt die in Russland gefallenen deutschen Soldaten.
28. 4. Die beiden schweizerischen Nationalsozialisten Leonhardt und Burri werden vom Territorialgericht 3 a wegen Angriffen auf die Unabhängigkeit und staatsgefährlichen Umtrieben im Abwesenheitsverfahren zu je 5 Jahren Zuchthaus verurteilt.
Direktor Zipfel, Delegierter des Bundesrates für Arbeitsbeschaffung, gibt ein Arbeitsbeschaffungsprogramm für die nächsten 5-10 Jahre bekannt, das einen Kostenaufwand von 4,7 Mia. Fr. vorsieht.
3. 5. Die Initiative Pfändler (Landesring) über die Reorganisation des Nationalrates wird in der Volksabstimmung mit 408'821 gegen 219'625 Stimmen und 21¹/₂ Ständesstimmen verworfen.
4. 5. Bezugssperre und Rationierung von Honig, Konfitüre und eingemachten Früchten.
18. 5. Im Kanton Neuenburg wird *Dr. Max Petitpierre* (Rad.) zum Ständerat gewählt.
19. 5. Durch Verfügung des Eidg. Militärdepartements werden die Anlagen in Emmen (LU) unter dem Namen

- «Eidg. Flugzeugwerke» zur selbständigen Militärwerkstatt erhoben und der Kriegstechnischen Abteilung unterstellt. Zwischen dem 1.9.39 und dem 30.6.45 werden in der Schweiz 386 Militärflugzeuge gebaut.
20. 5. «Front» und «Grenzbote» werden wegen Agitation gegen die schweizerische Neutralität für 4 Monate verboten.
22. 5. Der General macht die Truppe durch einen Befehl erneut auf die Bedeutung der Wahrung militärischer Geheimnisse aufmerksam.
- 31.5. Im Kanton Zürich wird Prof. *F.T. Wahlen*, seit 1942 Beauftragter des Bundesrates für das Anbauwerk, ohne Gegenkandidat zum Ständerat gewählt. In Lausanne findet eine Konferenz über pressepolitische Fragen zwischen Bundesrichter Hasler und dem Deutschen *Dr. K. Hügel* statt.
- 1.6. Einführung der geschlossenen Rationierung von Fleisch und Fleischwaren.
2. 6. In Bern findet eine Besprechung über pressepolitische Fragen zwischen Spitzenbeamten des Politischen Departements und *Dr. K. Hügel* statt. Italien erklärt sich anfangs Juni zur Wiederaufnahme von Wirtschaftsverhandlungen bereit. Vgl. 1.4.42 und 12.10.42.
- 11.6. Im Nationalrat findet im Anschluss an ein Postulat Möschlin eine eingehende Aussprache über Pressefreiheit und Presseüberwachung statt.
- 18.6. Die 3. Schweizerische Ärztemission für die deutsche Ostfront (18.6.-29.9.42) verlässt die Schweiz.

1942

27. 6. Durch eine weitere Erhöhung um 5 Rp. per kg steigt der Brotpreis auf 57 Rp. gegenüber 43 Rp. vor Kriegsausbruch.
Rückkehr zu zwei fleischlosen Tagen – Mittwoch und Freitag – für private und kollektive Haushaltungen.
1. 7. Inkraftsetzung der abgestuften Lebensmittel rationierung, die besser auf die individuellen Verhältnisse abgestimmt ist. Sie umfasst nun neben den Normal- und Kinderkarten eine Zusatzkarte für Jugendliche und körperlich Arbeitende sowie verschiedene Zuteilungskategorien.
3. 7. Petition der «Eidgenössischen Sammlung» an den Bundesrat, in der die Freigabe der Diskussion über die schweizerische Neutralität verlangt wird. Der Bundesrat tritt nicht darauf ein.
- 8.-22. 7. Anordnung einer Bezugssperre für Fleisch.
14. 7. Bundesratsbeschluss über die Nothilfe an Arbeitslose. Zu ihrer Finanzierung sollen die Mittel der Lohnersatzordnung beigezogen werden.
16. 7. Auf Befehl der Deutschen werden in Paris 13'000 Juden verhaftet und deportiert.
17. 7. Die Schweizerische Käseunion wird in ein kriegswirtschaftliches Syndikat umgewandelt.
22. 7.-7. 8. Der Fleischkonsum wird durch besondere Vorschriften eingeschränkt.
25. 7. Der Bundeskanzlei wird eine Initiative mit 179'910 Unterschriften eingereicht, die die Überführung der Lohnausgleichskassen in AHV-Kassen für die Nachkriegszeit verlangt.

29. 7. Bundesratsbeschluss über die Regelung der Arbeitsbeschaffung in der Kriegszeit – Ausbau des bestehenden Durchgangsstrassennetzes.
4. 8. Der Bundesrat verschärft die Strafbestimmungen zum Schutze des Landes, vor allem gegen Gerüchteverbreitung. Die Propaganda für eine Preisgabe der Neutralität wird unter Gefängnis- und Zuchthausstrafe gestellt.
- Anfangs August nimmt Dr. med. *R. Bucher*, Teilnehmer an der 1. schweizerischen Ärztemission in Russland, seine Vortragstätigkeit über die Erfahrungen an der Ostfront auf. Er stellt sie in den Dienst der geistigen Landesverteidigung.
12. 8. Für das Gastgewerbe wird ein 3. fleischloser Tag verfügt.
- 13.8. Der Bundesrat beschliesst am 4.8., die Polizeidirektionen der Kantone zu ermahnen, die Bestimmungen über die Zurückweisung von Flüchtlingen genauer einzuhalten.
- 25.8. Unter dem Druck der Öffentlichkeit muss der Bundesrat die verschärfte Praxis in der Zulassung von Flüchtlingen wieder lockern.
30. 8. In Zürich-Oerlikon findet eine schweizerische Landsgemeinde der Jungen Kirche statt, an der Bundesrat *v. Steiger* über die Flüchtlingspolitik spricht. Dabei soll das umstrittene Wort «Das Boot ist voll» gefallen sein. Die Flüchtlingspolitik wird von verschiedenen Teilnehmern der Tagung unmissverständlich abgelehnt.
- Das Armeekommando gibt den Aufmarschbefehl W 42 aus, der einen Aufmarsch ausserhalb der Zen-

1942

tralraumstellung zum Schutz der Westgrenze vorsieht.

Abschluss zusätzlicher Wirtschaftsvereinbarungen mit Deutschland, die diesem Kreditvergrößerungen verschaffen und der Schweiz die Möglichkeit zu vermehrten Exporten an die Alliierten bringen. Die Einigung kommt jedoch zu spät zustande, um noch in den Verhandlungen mit den Alliierten eine Rolle zu spielen. Vgl. 16.12.42.

8. 9. Oberstbrigadier *Masson*, Leiter des schweizerischen Nachrichtendienstes, trifft mit SS-General *Schellenberg* in Waldshut zusammen. Es gelingt Masson, einen in Deutschland gefangengesetzten schweizerischen Nachrichtenoffizier freizubekommen.
- 18.9. Bundesrat v. Steiger erstattet vor dem Nationalrat Bericht über den Stand der Flüchtlingspolitik. Seit dem April 1942 haben ca. 2'000 Flüchtlinge die Landesgrenze illegal überschritten. Zurzeit halten sich 9'600 Flüchtlinge in der Schweiz auf.
- 22.9. Krawall von *Steinen* (SZ). Es kommt zu Tötlichkeiten gegen Beamte des Volkswirtschaftsdepartements, die beauftragt sind, einen Schwarzhandelsfall abzuklären. Sie werden mit Gewalt an der Ausübung ihrer Tätigkeit gehindert. Gegen 18 Beteiligte wird Anklage vor dem Bundesstrafgericht erhoben. Vgl. 18. 12.44.
5. 10. Der Bundesrat ersucht die Kantonsregierungen, für ausländische Grossveranstaltungen fortan keine Bewilligungen mehr zu erteilen. Anlass zu dieser Massnahme ist das von den Deutschen am 4.10. im Zürcher Hallenstadion unter dem Vorsitz von Gauleiter Bohle gefeierte «Erntedankfest». Die deutsche Mani-

festation, an der 12'000 Personen teilgenommen haben sollen, hat zu offenem Unwillen unter der Bevölkerung geführt.

9. 10. Das erste Todesurteil wegen Verrats von militärischen Geheimnissen wird gegen den Fahrer Ernst Schrämlı gefällt und, nach Ablehnung des Begnadigungsgesuches durch die Bundesversammlung, vollstreckt.
11. 10. Der Landesring der Unabhängigen beschliesst auf seinem Landestag, eine Initiative «Recht auf Arbeit» zu lancieren. Vgl. 6.5.43.
12. 10. Unterzeichnung eines schweizerisch-italienischen Wirtschaftsprotokolls. Es verschafft Italien keine neuen Kredite. Die Schweiz erhält eine Lockerung der Wirtschaftsblockade zugestanden.
14. 10. Der Sprecher des deutschen Auswärtigen Amtes, *Schmidt*, greift an einer Pressekonferenz in Berlin schweizerische Journalisten aufs schärfste an und droht, man werde kurzen Prozess mit ihnen machen, vielleicht würden sie ihre Heimat in den Steppen Asiens finden, aber vielleicht sei es noch besser, wenn man sie ins Jenseits befördere.
16. 10. Rationierung von Brot und Backwaren. Die tägliche Brotration beträgt 225 g pro Person.
23. 10. Der Bundesrat nimmt öffentlich Stellung zu den Angriffen Schmidts und weist sie zurück.
Bis zum Jahresende kommt es immer wieder zu Verletzungen des schweizerischen Luftraumes durch alliierte Maschinen. Die schweizerischen Proteste dagegen bleiben wirkungslos.
- 31.10. Der Bundesrat setzt aufgrund seines Beschlusses vom 13.10. eine eidg. Luxussteuer mit Ansätzen von 5

1942

und 10% auf dem Detailpreis bestimmter Warengattungen in Kraft.

- I. 11. Bezugssperre und allgemeine Rationierung der Milch. Die Normalration muss zeitweise auf 10 l pro Monat und Person beschränkt werden.

Anfangs November nimmt *Allen Dulles* seine Tätigkeit in Bern als Leiter des amerikanischen Geheimdienstes in Europa auf.

6. 11. Bundesratsbeschluss über die Organisation der Kriegswirtschaft im Réduit .

8. 11. Alliierte Landung in Nordafrika, in Marokko und Algerien. Die Truppen stehen unter dem Befehl von General Eisenhower.

9. 11. Die Verdunkelung wird von 22 Uhr auf 20 Uhr vorverlegt.

- II. 11. Die Deutschen dringen in die unbesetzte Zone Frankreichs ein und besetzen sie. Die Schweiz ist damit vollständig vom Gebiet der Achsenmächte umschlossen.

Die Zahl der in der Schweiz aufgebundenen Truppen übersteigt 150'000 Mann.

Im Lauf des Novembers veröffentlicht der «Vaterländische Verband» eine «Aufklärungsschrift über die Flüchtlingsfrage», die sich gegen jede weitere Aufnahme von Flüchtlingen wendet.

16. 11. In Teheran erfolgen Kontakte zwischen dem schweizerischen und dem sowjetischen Botschafter.

20. 11. Der Bundesrat ordnet die Erhöhung der Wehrsteuer, die Erhebung eines zweiten Wehropfers und die teilweise Erhöhung der Warenumsatzsteuer an.

22. 11. Unterzeichnung eines weiteren Wirtschaftsprotokolls zwischen der Schweiz und Italien. Es regelt die beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen bis Ende 1943. Die Schweiz erhöht ihre Kredite um 140 Mio. Fr. Italien sichert die Lieferung von Rohstoffen und Halbfabrikaten wie Pyrit, Schwefel, Hanf und Textilien zu.
24. 11. Der Bundesrat erteilt für die Errichtung von Flüchtlingslagern und -heimen einen Kredit von 3,5 Mio. Franken.
Die 4. schweizerische Ärztemission für die deutsche Ostfront (4.11.42-9. 3.43) verlässt die Schweiz.
7. 12. Bundesratsbeschluss betreffend Überwachung des Handels mit Gold. Einfuhr und Ausfuhr von Gold sind nur noch mit einer Bewilligung der Nationalbank gestattet. Erlass einer Verfügung über die Festsetzung von Höchstpreisen für Gold.
16. 12. Abbruch der am 17.3. in London begonnenen Wirtschaftsverhandlungen mit den Alliierten, ohne dass der Abschluss eines neuen Abkommens erzielt worden wäre.
- 18.12. Nach nahezu einjähriger Vakanz ernennt der Bundesrat *P. Vieli*, Generaldirektor der Schweiz. Kreditanstalt, einen früheren Berufsdiplomaten, zum Nachfolger von Minister P. Rüeegg auf dem Gesandtschaftsposten in Rom.
29. 12. Der Bundesrat verbietet die «Nationale Opposition» in St. Gallen, da deren Ziele mit der Aufrechterhaltung von Unabhängigkeit und Neutralität unvereinbar sind.
Mit Billigung des Bundesrates verschärft die Polizeiabteilung neuerdings die Zulassungspraxis für

1942

Flüchtlinge, was in der Öffentlichkeit sogleich auf heftige Kritik stösst.

31. 12. Das Wirtschaftsabkommen mit Deutschland vom 18. 7.41 läuft ab und wird bis zum 15.1.43 verlängert. Erste Verhandlungen zum Abschluss eines neuen Abkommens sind am 12.12. aufgenommen worden.

Wegen Landesverrats sind 1942 7 Personen zum Tode verurteilt worden, 6 Urteile wurden vollstreckt.

Die Pflichtanbaufläche pro 1942/43 (4. Etappe) beträgt 309'600 ha, wovon 10'120 ha auf das Industriepflanzwerk entfallen. Um die Schmierölversorgung zu verbessern, ist erstmals eine Pflichtzuteilung von 600 ha Raps erfolgt. Die effektive Anbaufläche 1942 beträgt 309'010 ha.

Der Index der Konsumentenpreise (1939 = 100) ist auf 141 Punkte gestiegen.

Gegenüber 1941 sinkt die Einfuhr mengenmässig um 10%, die Ausfuhr um 22,5%. Die Handelsbilanz zeigt folgende Werte (in 1'000 t): Einfuhr 4'421, Ausfuhr 405.

Als Bundespräsident für das Jahr 1943 amtet Bundesrat *Enrico Celio*, Vorsteher des Post- und Eisenbahndepartements.

15. 1. Die schweizerisch-deutschen Wirtschaftsverhandlungen haben bisher zu keinem Ergebnis geführt. Beginn des vertragslosen Zustandes, der bis zum 1.10.43 dauert.
18. 1. In Ankara erfolgen weitere Kontakte zwischen der schweizerischen Gesandtschaft und dem sowjetischen Botschafter.
31. 1./1.2. Aus Frankreich können dank schweizerischer Intervention 400 jüdische Schweizer Bürger zurückkehren. Ein weiterer Rücktransport erfolgt im August 1944.
31. 1./2. 2. Kapitulation der deutschen 6. Armee in Stalingrad unter Feldmarschall F. Paulus. Die Bilanz: 130'000 Gefallene, 91'000 Gefangene.
- 1./2. 2. Nationalrat H. Walder (LdU) stellt in der Kommission für auswärtige Angelegenheiten die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Sowjetunion zur Debatte. Bundesrat Pilet bezeichnet sie aus innen- und aussenpolitischen Gründen als inopportun.
Im Februar veröffentlicht die Sozialdemokratische Partei der Schweiz ihr Programm «Neue Schweiz» zur Neuordnung von Staat und Wirtschaft, das an den «Plan der Arbeit» anknüpft. Vgl. 26.1.35. Es wird im September 1943 vom Winterthurer Parteitag genehmigt.
- 1.3. Der Mangel an Rohstoffen zwingt zur Einführung der Papierkontingentierung.
3. 3. Zusammenkunft zwischen General *Guisan* und SS-General *Schellenberg* im Gasthof Bären in Biglen.

1943

Schellenberg erhält vom General die Versicherung, dass die Armee im Falle eines Angriffs, woher er auch komme, das Land verteidigen werde. Wenige Tage zuvor hat der General dieselbe Versicherung gegenüber schwedischen Journalisten abgegeben.

- 11.3. Die Eidg. Preiskontrollstelle legt dem Volkswirtschaftsdepartement Postulate zur Preisstabilisierung vor, die am 12.6. genehmigt werden und zu einer Periode der Preisstabilisierung führen. Der Index der Konsumentenpreise ist vom August 1939 bis Ende 1942 von 100 auf 146 Punkte gestiegen. Bis Kriegsende erhöht er sich nur noch um 6 Punkte auf den Stand von 152.
12. 3. Erlass eines Bundesratsbeschlusses über die Unterbringung von Flüchtlingen. Alle Flüchtlinge sollen grundsätzlich in Lagern und Heimen untergebracht und zu Arbeiten im nationalen Interesse (Anbauwerk) verpflichtet werden.
- 18.-27. 3. Märzalarm 1943: Der Nachrichtendienst der Armee erhält Meldungen über eine unmittelbare Bedrohung der Schweiz durch Deutschland zugespielt. In München soll General Dietl, Spezialist für Gebirgskriegführung, ein «Kommando Schweiz» gebildet haben. Wie sich später herausstellt, handelt es sich um Gerüchte, die im Rahmen des Nervenkrieges ausgestreut worden sind. Als Folge dieser «Nachrichten» werden alle Stäbe der Heeresseinheiten an ihre Kriegsstandorte verlegt. Der General glaubt, durch den Verzicht auf eine erneute Mobilisation ein grosses Risiko eingegangen zu sein.
27. 3. Eine schweizerische Ärztemission hält sich vom 27. 3. bis 31.5. in Griechenland auf.

- 1.4. Deutschland erklärt sich bereit, die Kohlenlieferungen im früheren Umfang wieder aufzunehmen. Damit wird die Drosselung schweizerischer Exporte vermieden.
9. 4. Im Handel mit Deutschland wird das Vorbescheidverfahren eingeführt: neue deutsche Aufträge für Kriegsmaterial dürfen nur noch mit behördlicher Bewilligung angenommen werden.
- Der Bundesrat erlässt einen Beschluss über die Hilfe an die Zivilbevölkerung bei Kriegsschäden. Ein weiterer Beschluss vom 29.7.43 sieht die Errichtung von Sanitätsposten und die Bereitstellung von Sanitätsmaterial vor.
- 11.4. Im Kanton Zürich finden Kantons- und Regierungsratswahlen statt, die aufschlussreiche Hinweise auf die innenpolitische Lage nach dreieinhalb Kriegsjahren ergeben. Bei den Kantonsratswahlen erleiden die Freisinnigen, Christlichsozialen und Sozialdemokraten beträchtliche Verluste, während der Landesring seine Sitzzahl verdoppelt (von 15 auf 29). In den Regierungsrat werden je 2 Vertreter des Freisinns, der Bauernpartei und der Sozialdemokraten und 1 Demokrat gewählt. Der Kandidat des Landesrings fällt als überzählig aus der Wahl.
12. 4. Wiederaufnahme von Wirtschaftsverhandlungen mit Deutschland. Es zeigt sich dabei, dass Deutschland die vertraglich festgesetzte Kreditlimite widerrechtlich um ca. 500 Mio. Fr. überschritten hat. Zahlreiche bereits erteilte Aufträge werden in der Folge von der Schweiz annulliert. Die Kreditüberschreitungen können dadurch auf die Hälfte herabgesetzt werden.

1943

- 15.4. Absturz eines britischen Flugzeuges bei Birmenstorf (AG).
22. 4. Grossbritannien und die USA stellen ihre Zufuhren nach der Schweiz völlig ein. Schärfste Wirtschaftsmassnahme der Alliierten gegenüber der Schweiz während des Krieges. Vgl. 31.7.43.
30. 4. Legationsrat v. Bibra verlässt die Schweiz, da er nach Spanien versetzt wird.
- 6.5. Der Landesring der Unabhängigen reicht seine Initiative «Recht auf Arbeit» mit 72'920 Unterschriften den Bundesbehörden ein.
14. 5. Von Mitte Mai bis September werden zur Sicherstellung der Versorgung mit einheimischen Brennstoffen rund 150 Torffelder von durchschnittlich 650 Arbeitskräften bearbeitet.
17. 5. Durch Bombenabwurf von britischen Flugzeugen, deren Ziel offensichtlich der Bührle-Konzern ist, werden mehrere Häuser am Nordrand der Stadt Zürich beschädigt.
- Zur Streckung der Vorräte wird den Bäckern erstmals die Beimischung von Kartoffelmehl zum Brot gestattet.
- 18.5. Bundesratsbeschluss über die Zwangsausbürgerung von Schweizern, die sich im Ausland aufhalten und gegen die Sicherheit oder die politische Unabhängigkeit des Landes vergangen haben. Der Beschluss bleibt bis 1947 in Kraft.
24. 5. Bundesratsbeschluss über die Anpassung der «Weisung betreffend das Verhalten der nicht unter den Waffen stehenden Wehrmänner bei Überfall». Vgl. 18.4.40.

25. 5. Der Bundesrat löst die «Eidgenössische Arbeiter- und Bauernpartei», eine kleine Organisation im Dienste des Nationalsozialismus, auf.
26. 5. Grossbritannien und die USA warnen die Schweiz vor jeder neuen Krediterteilung an Deutschland.
28. 5. Britische Flugzeuge werfen Bomben über dem Basler Rheinhafen ab.
1. 6. Der Bundesrat erlässt einen Beschluss mit Strafbestimmungen über Zuwiderhandlungen gegen das Parteienverbot, der für Gleichbehandlung von Links- und Rechtsextremisten sorgt.
4. 6. Einführung der «geschlossenen Rationierung» für feste Brennstoffe. Private Haushalte erhalten keine Heizkohle mehr zugeteilt.
Der Kanton Bern reicht den eidgenössischen Räten eine Standesinitiative zur Schaffung eines AHV-Gesetzes ein.
10. 6. Bezugssperre und Rationierung von Schokolade und Zuckerwaren, Hustenbonbons und Konditoreihilfsstoffen (nur bis 8.10.43 in Kraft).
23. 6. Abschluss eines provisorischen Wirtschaftsprotokolls mit Deutschland, das bis zum 31.7.43 gilt. Deutschland muss sich bereiterklären, seine Verpflichtungen aus dem vorausgehenden Handelsabkommen zu erfüllen, ohne neue Kredite von der Schweiz zu fordern. Auch stimmt es der Kontingentierung der schweizerischen Kriegsmaterialexporte zu.
6. 7. Der Bundesrat verbietet die «Eidgenössische Sammlung» und die «Nationale Gemeinschaft Schaffhausen» sowie deren Presseorgane «Die Front» und «Der Grenzbote», da sie eine landesverräterische Politik

1943

verfolgen und den Ausschluss landesverräterischer Elemente unterlassen haben.

- 7.7. Das Territorialgericht 3b verurteilt den Frontisten *Wolf Wirz* zu zehn Jahren Zuchthaus.
10. 7. Die Truppen der Alliierten landen auf Sizilien.
12. 7. Der General erlässt eine neue Fassung des Operationsbefehls 1943. Danach kommt der Kampfführung im schweizerischen Mittelland nicht mehr nur verzögernde Bedeutung zu. Die eingesetzten Truppen haben dem feindlichen Vorgehen zu widerstehen.
13. 7. Bombenabwürfe britischer Flugzeuge bei der Schynigen Platte, bei Flamatt, Lucens und Biggisberg verursachen beträchtlichen Sachschaden. 2 Maschinen stürzen ab.
- 24./25. 7. Sturz und Gefangennahme *Mussolinis*. Die neue Regierung Badoglio erklärt, den Krieg an der Seite Deutschlands fortsetzen zu wollen. Vgl. 3.9.43.
31. 7. Im Handel mit Deutschland entsteht erneut ein vertragsloser Zustand, der bis zum 30.9.43 dauert. Da der Handel mit Deutschland vorübergehend angestiegen ist, sistieren die Alliierten die Nahrungsmittelzufuhr zur Schweiz. Im August werden diese Beschlüsse wieder gelockert.
1. 8. Regelung der Zuteilung von Rationierungskarten an Flüchtlinge.
Einführung der A- und B-Lebensmittelkarten.
6. 8. Neuer Bundesratsbeschluss über die Organisation der Kriegswirtschaft in der Kernzone (Réduit).
In Beantwortung von Noten der britischen und amerikanischen Regierung über das Asylrecht hält der

Bundesrat fest, dass er dieses Recht in voller Souveränität und im höheren Interesse des Landes ausüben werde.

1. 9. Die gegenwärtige Fleischversorgung des Landes gestattet die Rückkehr zu einem einzigen fleischlosen Tag (Freitag) in der Woche für Privathaushalte.
Der Bundesrat beschliesst die Einführung einer eidg. Verrechnungssteuer von 15% auf mobilen Vermögenswerten. Es handelt sich um eine Quellensteuer.
3. 9. Kapitulation Italiens. Sie soll jedoch bis zum 8.9.43 geheimgehalten werden. Landung von Truppen der britischen 8. Armee an der Küste Kalabriens.
7. 9. Der schweizerische Dampfer Maloja wird auf der Fahrt Lissabon-Genua im Zusammenhang mit den alliierten Landungsoperationen in Italien nordwestlich von Korsika durch Flugzeuge versenkt. 3 Mann der Besatzung finden den Tod.
8. 9. Besetzung Italiens und Entwaffnung der italienischen Armee durch die Deutschen. Der schweizerisch-italienische Handelsverkehr kommt damit praktisch zum Erliegen, insbesondere können die italienischen Häfen für Transporte nach der Schweiz nicht mehr benützt werden. Es gelingt schliesslich, dafür in Marseille einen Ersatz zu finden.
9. 9. Landung der 5. US-Armee bei Salerno.
10. 9. Die Sozialdemokratische Partei reicht der Bundeskanzlei die Initiative «Wirtschaftsreform und Rechte der Arbeit» mit 161'664 Unterschriften ein. Sie ist als erster Schritt zur Verwirklichung der «Neuen Schweiz» gedacht.

1943

12. 9. Teilmobilmachung der Grenztruppen der Südfront, der Festung Sargans und der Gebirgsbrigade 10. Das Armeekommando erwartet einen raschen alliierten Vormarsch nach Norditalien.
- 14.-17.9. Erlass von Weisungen durch die Polizeibehörde über das Verhalten gegenüber italienischen Flüchtlingen. Die Zulassungspraxis wird grosszügig gehandhabt.
22. 9. Nationalrat E. Reinhard (SP) lädt den Bundesrat in einer Motion ein, die Beziehungen der Schweiz zur Sowjetunion möglichst bald zu normalisieren.
24. 9. Der Bundesrat gibt bekannt, dass vom 8.-24.9. im Zusammenhang mit den dramatischen Ereignissen in Italien ca. 20'000 Italiener in die Schweiz geflohen sind. Am 30. 9. beläuft sich der Bestand an internierten Militärpersonen auf 39'700 Mann.
Der Kanton Aargau reicht den eidg. Räten eine Standesinitiative zur Schaffung eines AHV-Gesetzes ein.
29. 9. Im National- und Ständerat erkundigen sich Interpellanten über die Auswirkungen des starken Zustroms von Flüchtlingen auf die Beschäftigungslage im Lande. Nationalrat Grimm (SP) äussert Bedenken für den Arbeitsmarkt, falls diese Flüchtlinge in grosser Zahl in den Arbeitsprozess eingeschaltet würden.
30. 9. Die Alliierten geben der Schweiz ihre Hauptforderungen für die Wiederaufnahme von Wirtschaftsverhandlungen bekannt: Keine Kreditgewährung an die Achsenmächte, Abbau der Belieferung mit Kriegsmaterial und Beschränkung oder Verhinderung des Transits zwischen Italien und Deutschland. Vgl. 19. 12.43.

1. 10. Bei Bad Ragaz und im Val Spadlatscha werden 2 amerikanische Bomber abgeschossen. Teufen und Urnäsch werden von alliierten Flugzeugen beschossen, bei Samaden und in verschiedenen Gebieten des Bündnerlandes werden Bomben abgeworfen.

Abschluss eines neuen Wirtschaftsabkommens mit Deutschland, das nach mehrfachen Verlängerungen bis zum 1.3.44 in Kraft bleibt. Das Abkommen überträgt die Verwaltung der Clearingüberweisungen der Schweiz. Neben die bereits bestehende Ausfuhrkontingentierung tritt neu die Zahlungsmittelkontingentierung durch die Schweiz. Das Abkommen enthält auch Bestimmungen über den landwirtschaftlichen Gütertausch: die Schweiz liefert Obst- und Zuchtviehüberschüsse und erhält dafür landwirtschaftliche Rohstoffe.

Der Bundesrat schliesst ein vorläufiges Zahlungsabkommen mit Italien ab. Die italienischen Guthaben in der Schweiz werden gesperrt.

4 der 9 Vertreter des Landesrings im Nationalrat treten aus der Fraktion aus und bezeichnen sich als dissidente Unabhängige. Sie lehnen eine Kandidatur des aus der Vollmachtenkommission ausgeschlossenen G. Duttweiler für die bevorstehenden Nationalratswahlen ab. Vgl. 17.9.40.

5. 10. An einer vertraulichen Pressekonferenz orientiert Minister Hotz, Direktor der Handelsabteilung, die Bundeshausjournalisten über die schweizerisch-deutschen Wirtschaftsverhandlungen.
6. 10. Zurzeit befinden sich 61'000 Flüchtlinge, Emigranten und Internierte in der Schweiz.

1943

7. 10. Der Bundesrat verbietet eine Reihe von Organisationen und Institutionen, die der «Eidgenössischen Sammlung» angeschlossen sind.
13. 10. Das Justiz- und Polizeidepartement verfügt die Auflösung von 9 frontistischen Organisationen. Die meisten haben ihren Sitz in den Städten Zürich, Basel und Schaffhausen.
- Die Bundespolizei hebt in Genf und Lausanne Geheimsender aus, die militärisch-politische Nachrichten an die Sowjetunion übermittelt haben.
- 16.-18.10. Oberstbrigadier *Masson*, Chef des militärischen Nachrichtendienstes, trifft auf Schloss Wolfsberg bei Ermatingen ein weiteres Mal mit SS-General *W. Schellenberg* zusammen.
23. 10. Der ehemalige faschistische Botschafter *Dino Alfieri* überschreitet illegal die Schweizer Grenze. Das Asyl wird ihm zwar verweigert, trotzdem verbleibt er bis 1948 in der Schweiz.
24. 10. Nach dreijährigem Unterbruch stellt die schweizerische Flugwaffe erstmals wieder Alarmpatrouillen. Sie sollen die immer häufiger werdenden Überfliegungen der Schweiz durch amerikanische Bomber verhindern.
31. 10. Die Nationalratswahlen ergeben folgende Sitzverteilung:
- | | | |
|-------------------------|----|------|
| Radikaldemokraten | 47 | (51) |
| Katholisch-Konservative | 43 | (43) |
| Sozialdemokraten | 54 | (45) |
| Bauernpartei (BGB) | 22 | (21) |
| Liberale | 8 | (6) |
| Landesring | 5 | (9) |

Demokraten	6	(6)
Fraktionslose	9	(5)

4. 11. Im Kampf gegen die Schwarzen Listen der Alliierten
4. 11. untersagt der Bundesrat schweizerischen Firmen, irgendwelche Verpflichtungen gegenüber fremden Behörden einzugehen. Vgl. 2.11.39.
- Der Bundesrat setzt sich durch die schweizerische Botschaft in London für die auf die Schwarzen Listen gesetzte Firma Sulzer, Winterthur, ein, vorerst jedoch ohne Erfolg.
- 9.11. Bundesrat *E. Wetter* erklärt auf Jahresende seinen Rücktritt.
- 19.11. Der Bundesrat erlässt neue Verfügungen betreffend die Zwangsrodung von Wald.
20. 11. Die Bundespolizei hebt in Lausanne einen weiteren sowjetischen Agentensender aus. Damit ist ein ganzes Agentennetz lahmgelegt. Die Auswertung des aufgefundenen Materials führt zur Verhaftung von über 50 Beteiligten und schliesslich auch zu derjenigen des Agenten R. Rössler in Luzern. Vgl. 13.10.43; 19.5.44.
- 26.11. Revirement in der Armee: Die Korpskommandanten *F. Prisi* und *R. Lardelli* sowie Oberstdivisionär H. Bandi werden auf Jahresende aus ihrem Kommando entlassen. Der Bundesrat befördert auf Antrag des Generals die Divisionäre *Gübeli* und *Constam* zu Korpskommandanten und ernennt Corbat, Nager, Rihner und Dubois zu Divisionskommandanten. Vgl. 28.12.43.
28. 11. Der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei beschliesst, als Kandidaten für den freiwerdenden

1943

Bundesratssitz Nationalrat *Ernst Nobs* und als Gegenkandidaten für Bundesrat M. Pilet-Golaz den Neuenburger H. Perret aufzustellen.

29. 11. Die elektrische Warmwasserbereitung wird bis zum 10.2.44 eingeschränkt und die elektrische Raumheizung bis zum 18.2.44 verboten.
2. 12. Die Studentenschaft der schweizerischen Hochschulen veranstaltet Sympathiekundgebungen für die Studenten und Professoren der Universität *Oslo*. Die Regierung Quisling machte vor kurzem das Bestehen von politischen Tests zur Aufnahmebedingung an den Universitäten, was zu Konflikten führte. Darauf wurden 65 Professoren und 1'500 Studenten von den Deutschen verhaftet. Zwischen 700 und 1'000 wurden deportiert oder in Konzentrationslager verbracht. Im August 1944 befinden sich 300 Osloer Studenten im Konzentrationslager Buchenwald.
3. 12. In Sofia finden Kontakte zwischen dem schweizerischen Geschäftsträger in Bulgarien und dem sowjetischen Gesandten statt. Vgl. 18.1.43.
9. 12. Nationalrat J. Schmid (SP) regt die Schaffung einer von der Verwaltung unabhängigen eidg. Kommission an, die als Beratungs-, Kontroll- und Beschwerdeinstanz im Flüchtlingswesen amten soll. Vgl. 6.3.44.
14. 12. Die Bestätigungswahlen für die Bundesräte ergeben folgende Stimmenzahlen: Pilet 154, Etter 163, Celio 164, Stampfli 194, v. Steiger 183, Kobelt 163. Neu gewählt wird *Ernst Nobs* (SP) mit 122 Stimmen bei einem absoluten Mehr von 91. Damit tritt der erste Sozialdemokrat in den Bundesrat ein. Für den zurückgetretenen Bundeskanzler *G. Bovet* wird mit 122

Stimmen *O. Leimgruber* (KK) als Nachfolger gewählt.

19. 12. Abschluss eines Wirtschaftsabkommens zwischen der Schweiz und den Alliierten in London. Es gilt als Zusatzabkommen zum Blockadeabkommen vom 24.4.40. Die Schweiz erreicht durch diese Vereinbarungen eine grössere Lebensmittelzufuhr und eine Revision der Schwarzen Listen, muss sich aber zu gewissen Ausfuhrbeschränkungen gegenüber Deutschland verpflichten.

22. 12. Wiederaufnahme der schweizerisch-deutschen Wirtschaftsverhandlungen. Sie führen zum Abschluss einer Übergangsregelung für das Jahr 1944.

28. 12. General Guisan nimmt auf dem Schlachtfeld von Sempach die feierliche Kommandoübertragung an die neuernannten Korps-, Divisions-, Brigade- und Regimentskommandanten vor.

Im Waffenhauptamt der SS wird Ende Dezember der «Plan Boehme», eine wenig realistische Planstudie für eine militärische Invasion der Schweiz, fertiggestellt.

31. 12. Die Pflichtanbaufläche 1942/43 (5. Etappe) beträgt 356'700 ha, effektiv angebaut werden 1943 352'226 ha.

Wegen Landesverrats sind 1943 10 Personen zum Tod verurteilt worden. 3 Urteile wurden vollstreckt.

Der Index der Konsumentenpreise (1939 = 100) ist auf 148 Punkte gestiegen.

Die schweizerische Handelsbilanz zeigt folgende Werte (in 1'000 t): Einfuhr 4'071, Ausfuhr 368.

1944

Als Bundespräsident für das Jahr 1944 amtet Bundesrat *Walter Stampfli*, Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements.

1. 1. Bundespräsident Stampfli gibt in seiner Neujahrsansprache bekannt, der Bundesrat habe beschlossen, die *Verwirklichung der AHV* an die Hand zu nehmen.
Bei Boecourt wird ein deutsches Flugzeug abgeschossen.
Das Armeekommando gibt eine Neufassung des Operationsbefehls für die Südfront heraus.
Die Papierkontingentierung wird vorübergehend aufgehoben.
3. 1. Der schweizerische Gesandte in Teheran bemüht sich um weitere Kontakte mit dem Botschafter der Sowjetunion.
4. 1. Bundesrat *E. Nobs* übernimmt das Finanz- und Zolldepartement.
9. 1. *Edda Ciano*, die Tochter Mussolinis, überschreitet mit ihren Kindern illegal die Schweizer Grenze. Das Asyl wird ihr verweigert. Sie verlässt jedoch erst am 29.8.45 die Schweiz.
- 24.1. Das Eidg. Militärdepartement beschliesst, im laufenden Jahr neben dem normalen Rekrutenjahrgang auch einen Teil der Neunzehnjährigen aufzubieten.
24. 1. Der Bundesrat beauftragt das Volkswirtschaftsdepartement, die Frage der Einführung einer AHV zu prüfen und zu diesem Zweck eine Expertenkommission zu bilden. Diese nimmt ihre Arbeiten am 23. 2.44 auf.

8. 2. Das Wehropfer (Vermögenssteuer) erbringt insgesamt 617,5 Mio. Fr. Vgl. 30.4.40; 20.11.42.
14. 2. Bei Kriegsbeginn haben sich ca. 16'000 wehrfähige Deutsche in der Schweiz befunden. Bis heute sind lediglich 3'181 einberufen worden.
18. 2. Appell von Bundespräsident Stampfli an die Arbeitgeber, bei Betriebseinschränkungen und Entlassungen soziale Rücksichten walten zu lassen.
22. 2. In Bern konstituiert sich eine «Genossenschaft für den Handel mit der UdSSR».
- 23.2. Britisches «Treasury Announcement» über das «Raubgold». Die Erklärung wird für die künftigen Verhandlungen der Schweiz in Washington (1946) von grösster Bedeutung. Die Alliierten werden das von der Deutschen Reichsbank in Verkehr gebrachte «Raubgold» auch nach dem Krieg nicht als Zahlungsmittel entgegennehmen und Eigentumsübertragungen an diesem Gold nicht anerkennen. Im Zeitpunkt dieser Erklärung übernimmt die Schweiz laufend Gold von beiden kriegführenden Lagern.
Aufnahme erneuter Wirtschaftsverhandlungen mit den Alliierten, die bis Mitte August dauern. Vgl. 14. 8.44.
- 25./26. 2. Absturz eines amerikanischen Bombers bei Kirchberg und eines britischen beim Sihlsee.
29. 2. Das Eidg. Volkswirtschaftsdepartement führt die Arbeitsdienstpflicht für Holzgewinnung und Holztransport ein.
1. 3. Erlass von Vorschriften über die Beimischung von Kartoffelmehl zum Brot. Der geringere Nährwert

1944

wird durch die Erhöhung der Brotration von 225 g auf 250 g pro Tag und Person ausgeglichen.

Das Handelsabkommen mit Deutschland vom 1.10.43 läuft ab. Die Schweiz ist am Abschluss langfristiger Abkommen mit Deutschland nicht mehr interessiert. Das Verrechnungsabkommen wird am 24.3. und 29.6. bis Ende 1944 verlängert.

3. 3. Die Landesverräter *Leonhardt* und *Burri* werden ausgebürgert, nachdem der Bundesrat ihre Rekurse gegen diesen Entscheid abgelehnt hat.
4. 3. Major E. Pfister wird wegen Landesverrats zum Tode verurteilt. Er hat den Deutschen zwischen 1940 und 1942 wichtige militärische Geheimnisse verraten: im Winter 40/41 die Grenzen des Réduit s und die Armee-korpsabschnittsgrenzen, die Lage wichtiger Materialdepots, im März 42 den «Geheimbefehl des Oberbefehlshabers betreffend die Mobilmachung des II. Armeekorps» samt Korps sammelplätzen.
6. 3. Das Justiz- und Polizeidepartement setzt eine Sachverständigen-Kommission für Flüchtlingsfragen ein. Sie besteht anfänglich aus 47, später aus 63 Mitgliedern.
13. 3. Die Firma Sulzer, Winterthur, wird von den britischen Schwarzen Listen abgesetzt.
15. 3. Absturz amerikanischer und britischer Bomber bei Saignelégier und Golaten.
16. 3. Absturz amerikanischer Bomber bei Waldhaus (GR) und Schlattigen (TG), am 18.3. im Toggenburg und bei Fehraltorf (ZH).
18. 3. In Dübendorf landen 12 amerikanische Bomber. Beim Zuschauen wird ein Knabe getötet und ein wei-

terer tödlich verletzt. Bis Kriegsende werden insgesamt 158 viermotorige Maschinen interniert.

Im Zusammenhang mit den Unglücksfällen vom 18. 3. erlässt der Territorialkommandant am 22. eine Anordnung, die es Zivilpersonen untersagt, sich bei Fliegeralarm und nach Bomberlandungen in die Nähe von Flugplätzen zu begeben.

19. 3. Der Bundesrat erklärt sich bereit, 14'000 ungarische Juden als Flüchtlinge in der Schweiz aufzunehmen. Im August und September treffen aber nur 1870 in der Schweiz ein.

Deutschland bemächtigt sich durch einen Handstreich der Macht in Ungarn, das bisher mit ihm verbündet gewesen ist. In der Schweiz wird dieses Ereignis als eindrückliche Mahnung zur Wachsamkeit verstanden.

- 21.3./29.3. Ständerat und Nationalrat beschliessen ohne Gegenstimmen, auf die Standesinitiativen der Kantone Bern (4.6.43) und Aargau (24.9.43) einzutreten und den Bundesrat zu beauftragen, einen Entwurf für ein AHV-Gesetz vorzulegen.

29. 3. Bundesrat *Pilet* nimmt im Nationalrat die Motion Reinhard vom 22.9.43 über die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zur UdSSR als Postulat entgegen. Er äussert grösste Bedenken gegen diplomatische Neuerungen, solange der Krieg andauert. Zugleich gibt er bekannt, dass heute in London Gespräche über diese Frage zwischen Legationsrat Rezzonico, der in Sondermission in London weilt, und dem sowjetischen Botschafter Lebedew stattfinden.

30. 3. In den Wintermonaten 1943/44 hat sich die nationalrätliche Vollmachtenkommission mit allfälligen Lockerungsmassnahmen bei der Pressekontrolle befasst

1944

und vom Departementsvorsteher einen Bericht darüber verlangt. Im Nationalrat gibt Bundesrat v. Steiger jedoch lediglich seine Bereitschaft bekannt, vorgebrachte Beschwerden zu prüfen und gegebenenfalls für Abhilfe zu sorgen.

- 1.4. Um 10.45 Uhr wird die Stadt Schaffhausen von 3 amerikanischen Geschwadern von je 18-24 Liberator-Bombern mit ca. 400 Brand- und Sprengbomben belegt. 55 Grossbrände brechen aus. Im Museum zu Allerheiligen werden unersetzliche Kunstschatze zerstört. 40 Tote und hundert Schwerverletzte und Verletzte sind zu beklagen. Unter den Todesopfern befindet sich der Schaffhauser Regierungsrat G. Schoch.
5. 4. Ein Bundesratsbeschluss unterstellt die Selbständig-erwerbenden aller Wirtschaftszweige, einschliesslich der juristischen Personen, der Verdienstersatzordnung.
13. 4. Über dem oberen Zürichsee stürzt ein amerikanischer Bomber ab. 12 Bomber landen an verschiedenen Orten.
- Angesichts der Gefährdung durch Luftangriffe und Flugzeugabstürze untersagt das Territorialkommando die Abhaltung des Sechseläuten-Kinderumzuges in Zürich.
19. 4. In Zürich wird durch Abspaltung von der Sozialdemokratischen Partei eine «Partei der Arbeit» gegründet.
- In Luzern finden vom 19.-24.4. operative Übungen unter der Leitung von Generalstabschef *Huber* statt. In der Armeeführung treten deutliche Gegensätze zwischen Anhängern einer beweglichen Kampffüh-

rung und den Vertretern des Kampfes aus vorbereiteten Stellungen heraus zutage.

22. 4. Alt Bundesrat *Schulthess* stirbt im Alter von 77 Jahren. Er gehörte dem Bundesrat von 1912-1935 als Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartementes an.
29. 4. Ein deutsches Jagdflugzeug vom Typ Me 110, ausgerüstet mit geheimgehaltener Bewaffnung und Messgeräten landet irrtümlicherweise auf dem Flugplatz Dübendorf. Nach ergebnislosen Versuchen der Deutschen, die Maschine zurückzuerhalten, wird sie am 19. 5. mit Einwilligung der schweizerischen Behörden zerstört. Die Deutschen erklären sich bereit, der Schweiz 12 Me 109 G zum Preis von 6 Mio. Fr. zu liefern. Der Bundesrat beschliesst den erforderlichen Kredit am 20.5.44.
- Absturz von amerikanischen Bombern über Baltenswil und dem Greifensee (ZH). 8 weitere Bomber werden in Dübendorf zur Landung gezwungen.
1. 5. Die Zahl der Flüchtlinge, Emigranten und Internierten beläuft sich gegenwärtig auf 74'662 Personen. Der Beimischungszwang von Kartoffelmehl zum Brot wird aufgehoben.
2. 5. Die Zahl der fleischlosen Tage wird neu geordnet: für private Haushaltungen ist der Montag fleischlos, für kollektive sind es Montag, Mittwoch und Freitag.
8. 5. Der Vorsteher des Justiz- und Polizeidepartements, Bundesrat v. *Steiger*, legt einen von der nationalrätlichen Vollmachtenkommission nachgesuchten Bericht über Lockerungsmöglichkeiten für die bestehenden Einschränkungen der verfassungsmässigen Individualrechte vor. Er befasst sich mit der Presse-

1944

Überwachung, Zeitungsgründungen, Filmüberwachung, Parteienverbot und Kontrolle der politischen Versammlungen.

9. 5. Der Bundesrat ernennt Minister P. Rüeegg zum Gesandten in London.
19. 5. *Rudolf Rössler*, ein Doppelagent, der Beziehungen zum schweizerischen militärischen Nachrichtendienst und zur Sowjetunion hat, wird in Luzern verhaftet, später aber in Anbetracht seiner Verdienste um die Schweiz wieder freigelassen.
- Amerikanische Regierungsstellen erklären, die Schweiz, Schweden und Portugal müssten veranlasst werden, ihren Wirtschaftsverkehr mit dem Deutschen Reich noch mehr als bisher einzuschränken.
21. 5. In Basel versammeln sich erstmals die kommunistischen Parteien der Arbeit aus den Kantonen Genf, Waadt, Neuenburg, Basel, Zürich, und die Sektionen aus Biel, MuttENZ, Binningen, Birsfelden, Lugano, Locarno und Biasca. Die Gründung einer «Föderation der Partei der Arbeit der Schweiz» wird beschlossen.
2. 6. Die nationalrätliche Kommission für auswärtige Angelegenheiten erklärt, die Schweiz trete in eine der schwierigsten Phasen des Krieges ein und ruft zur inneren Einigkeit auf.
6. 6. Alliierte Landung an der Küste der Normandie. Damit ist die zweite Front eröffnet. Im Güterverkehr zwischen Frankreich (Marseille) und der Schweiz entsteht ein vollständiger Unterbruch, der vom Juni 1944 bis zum Februar 1945 dauert. Von diesem Unterbruch werden auch die Transite aus der iberischen

Halbinsel betroffen. In der Schweiz entsteht die grösste Güterverknappung der Kriegszeit.

Der Bundesrat bewilligt das vom General geforderte Truppenaufgebot nur teilweise. Im Gegensatz zum General, der ein Aufgebot durch Plakatschlag wünscht, besteht der Bundesrat auf dem weniger auffälligen Aufgebot durch Mobilmachungskarten.

9. 6. Beginn von Verhandlungen mit Deutschland über den Wirtschaftsverkehr im zweiten Semester 1944. Die Handelsdelegation strebt einen starken Abbau der schweizerischen Kriegsmaterialexporte an. Vgl. 29.6.44.
- 10.6. Teilkriegsmobilmachung der Leichten Brigaden ohne Dragonerschwadronen und eines Teils der Flieger- und Fliegerabwehrtruppen.
15. 6. Teilkriegsmobilmachung der Grenztruppen.
Im Lauf des Juni werden Linkssozialisten aus der Sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen und gehen zur PdA über. Es beginnt sich eine Spaltung und Radikalisierung der Linken abzuzeichnen.
17. 6. Bei Hemishofen (SH) explodieren 20 Streuminen. 4 Unteroffiziere und 6 Soldaten finden dabei den Tod, 10 weitere Wehrmänner werden schwer verletzt.
- 21.6. Der Nationalrat lehnt mit 111 gegen 60 Stimmen ein Postulat über die Aufhebung der Parteienverbote ab.
- 23.6. Die Bundesversammlung stimmt dem Sanierungsgesetz für die SBB zu. Vgl. 21.1.45.
29. 6. Abschluss von Handelsvereinbarungen mit Deutschland für das zweite Semester 1944. Die Schweiz begrenzt ihre Kriegsmaterialexporte auf 20% der Lieferungen von 1942.

1944

5. 7. Das Politische Departement erteilt dem als Vertreter der Schweiz nach London fahrenden Minister *P. Rüeegger* Instruktionen über die Aufnahme von Kontakten mit der Sowjetbotschaft.
- 11.-13.7. An verschiedenen Orten der Schweiz landen insgesamt 23 amerikanische Bomber.
11. 7. Die Polizeiabteilung erlässt neue Weisungen für die Aufnahme von Flüchtlingen. Erstmals werden Juden als allgemein gefährdet eingestuft und daher generell als Flüchtlinge anerkannt.
Die in *Bretton Woods* (USA) vom 1.-22.7. versammelten Vertreter der Alliierten beschliessen eine Resolution, wonach sie Schritte unternehmen werden, um die neutralen Regierungen zur Blockierung und Erfassung, später auch zur Übergabe aller dem deutschen Staat oder deutschen Privateigentümern gehörenden Vermögenswerte zu veranlassen.
12. 7. Das Justiz- und Polizeidepartement gibt bekannt, dass bisher 14 im Ausland lebenden Schweizern das Bürgerrecht wegen landesverräterischer Umtriebe entzogen worden ist.
15. 7. Die USA lehnen es ab, der Schweiz weitere Kontingente von Rohstoffen wie Wolle, Baumwolle und Kautschuk zuzuteilen, da sie ihre Kriegsmateriallieferungen an die Achsenmächte nicht weitgehend genug reduziert habe.
18. 7. Die Bestände der teilkriegsmobilisierten Truppen werden wieder herabgesetzt, da mit einer plötzlich auftretenden Gefährdung der Grenzen vorerst nicht gerechnet werden muss.
20. 7. Missglücktes Attentat auf *Hitler* durch Graf v. *Staufenberg*.

30. 7. Der italienische Faschist Graf *Volpi* wird als Flüchtling aufgenommen.
Im Juli kommt es zu zahlreichen Abstürzen von fremden Flugzeugen über schweizerischem Gebiet. Bei einem dieser Vorfälle gerät am 17.7. das Schloss Wyden im Thurgau in Brand.
1. 8. Unter den insgesamt 13'014 Militärinternierten befinden sich 1'100 amerikanische Flieger.
Das Eidg. Kommissariat für Internierung und Hospitalisierung wird dem Militärdepartement unterstellt.
13. 8. Abschluss der Wirtschaftsverhandlungen mit den Alliierten. Neue Vereinbarungen kommen nicht zustande. Das Abkommen vom 19.12.43 wird für das zweite Semester 1944 verlängert. Dieses Ergebnis ist für die Schweiz enttäuschend, da sie dringend grössere Lieferungen benötigt.
14. 8. Alliierte Landung in Südfrankreich.
16. 8. Dritte Einigungskonferenz der Frontenführer in Berlin. Sie verläuft wiederum resultatlos, da Burri und Keller sich nicht einigen können. Burri wird darauf vom SS-Hauptamt kaltgestellt.
- 19./20. 8. Marschall *Pétain* wird auf Befehl Hitlers nach Belfort verbracht.
Die Mission Minister *Stuckis* in Vichy erlischt am 23.8. Er kehrt am 7.9. in die Schweiz zurück.
23. 8. Alliierte Truppen nähern sich der Schweizer Grenze. Als erste Massnahme werden sämtliche Urlauber der im Dienst stehenden Truppen zurückgerufen.
24. 8. Paris wird von den alliierten Truppen befreit.

1944

26. 8. Die ersten amerikanischen Truppen erreichen das Vorgelände der schweizerischen Westgrenze bei St. Julien-Perly (GE).
29. 8. Zum Schutz der Nordwestgrenze werden durch Teilkriegsmobilmachung drei Heeresseinheiten und drei Leichte Brigaden aufgeboten.
2. 9. Aufgebot einer vierten Heereseinheit zum Schutz der Westgrenze.
- 5./8. 9. Erlass weiterer Aufgebote für eine fünfte Heereseinheit und den gesamten Grenzschutz der Westgrenze. Die Spitzen der 1. französischen Armee erreichen Pontarlier. Die Einschliessung des Landes seit dem Juni 1940 geht dem Ende entgegen.
Anlässlich einer Internierungsaktion für amerikanische Bomber wird Oberleutnant P. Treu von einem amerikanischen Jäger abgeschossen.
7. 9. In London findet ein erstes Gespräch zwischen Minister *Rüegger* und Sowjetbotschafter *Gusew* über die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den beiden Staaten statt.
- 8.9. Amerikanische Jagdflugzeuge greifen die Ortschaft Delsberg und einen dort verkehrenden Personenzug an. Personen werden verletzt und Sachschaden verursacht.
- 9.9. Amerikanische Flugzeuge greifen einen Güterzug bei Rafz und einen Personenzug bei Weiach (ZH) an. Vier Personen erleiden schwere und zwei leichte Verletzungen.
10. 9. Über Les Rangiers kommt es zu einem Luftkampf zwischen schweizerischen und amerikanischen Flugzeugen.

- 11.9. Die von Westen heranrückende 3. US-Armee trifft 25 km westlich von Dijon mit der 1. französischen Armee zusammen. Die Einschliessung der Schweiz ist zu Ende.
Angriff amerikanischer Jagdflugzeuge auf den Schnellzug Zürich-Basel. Mehrere Passagiere werden verletzt.
- 12.9. Im Einvernehmen mit dem Bundesrat ordnet der General die Aufhebung der Verdunkelung an.
- 14.9. Beginn der Kämpfe um die Burgundische Pforte. Der Durchbruch der Alliierten zum Rhein erfolgt am 20. 11. im Raum nördlich Basel.
- 15.9. Zwischen September und November werden 14'700 Kinder und 2'000 Mütter aus Frankreich und 1'300 Kinder mit ihren Müttern aus dem italienischen Val d'Ossola in der Schweiz aufgenommen. Auch 1'400 deutsche Kinder befinden sich in der Schweiz.
- 25.9. Kreisschreiben und vertraulicher Bundesratsbeschluss über die Durchführung kriegswirtschaftlicher Massnahmen der Kantone im Kriegsfall.
28. 9. Erlass eines Bundesgesetzes über rechtliche Schutzmassnahmen für die Hotel- und die Stickereiindustrie.
- 29.9. Der Bundesrat erlässt ein Ausfuhrverbot für Kriegsmaterial.
Abschluss neuer Wirtschaftsvereinbarungen mit Deutschland. Die Schweiz liefert Deutschland kein Kriegsmaterial mehr.
Anfangs Oktober werden die Grenztruppen im Westen auf die Hälfte ihrer Bestände herabgesetzt. Der weitere Vormarsch der alliierten Truppen erlaubt

1944

auch die Reduktion der Bestände der Heereseinheiten.

2. 10. Die Alliierten teilen den neutralen Staaten die Beschlüsse von Bretton Woods offiziell mit (vgl. 12.7.44) und ersuchen sie um Mithilfe bei der Erfassung deutschen Fluchtkapitals.
9. 10. In *Dumbarton Oaks* (USA) werden die Vorschläge für die Errichtung einer allgemeinen internationalen Organisation, der späteren UNO, veröffentlicht. Sie werden den im Krieg neutral gebliebenen Staaten und damit auch der Schweiz nicht offiziell zugestellt.
10. 10. Der Bundesrat beschliesst die Schaffung einer Schweizer-spense zugunsten der Kriegsgeschädigten in den Nachbarländern. Der Beitrag des Bundes soll ca. 100 Mio. Fr. betragen.
Bundesratsbeschluss über die Einbeziehung der Rekruten in die Verdienstersatzordnung.
Der schweizerische Gesandte in London, *P. Rüegger*, überreicht dem Sowjetbotschafter in London ein Aide-memoire zuhanden seiner Regierung über die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Staaten. Der Bundesrat hat den Text des Schriftstückes wenige Stunden zuvor genehmigt.
14. 10. Stalin schlägt den Alliierten anlässlich vorbereitender Gespräche für die Konferenz von Jalta vor, durch die Schweiz zu marschieren, um die deutsche Siegfriedlinie vom Rücken her angreifen zu können.
- 14./15. 10. Erster Parteitag der «PdA der Schweiz» in Zürich. Gründung der «Gesellschaft Schweiz-Sowjetunion», die als Verbindung zur Sozialdemokratie und zu

- linksbürgerlichen Kreisen dienen soll (vgl. 21.5. 44).
29. 10. In der eidg. Volksabstimmung wird das Bundesgesetz über den unlauteren Wettbewerb mit 343'648 gegen 305'770 Stimmen angenommen.
Amerikanische Flugzeuge greifen Le Noirmont mit Bordwaffen an.
30. 10. Die Regierung in Moskau erklärt, die Sowjetunion könne an der am 1.11. in Chicago beginnenden Weltluftfahrtskonferenz nicht teilnehmen, da auch Staaten wie die Schweiz, Portugal und Spanien eingeladen worden seien. Die Konferenz dauert vom 1.11. bis 7.12. und führt zum Abschluss mehrerer Luftfahrtabkommen.
31. 10. Der Bundesrat erhöht die Ansätze der Verrechnungs- und Couponsteuer, der Stempelabgaben und der Wehrsteuer. Er verbindet diese Massnahmen mit einer allgemeinen Steueramnestie.
- 1.11. Überreichung der sowjetischen Antwortnote auf das schweizerische Aide-memoire in London. Die UdSSR lehnt die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit der Begründung ab, die Schweiz habe eine «feindliche und profaschistische Politik» verfolgt. Bundesrat Pilet gelangt am 3.11. in den Besitz der Note.
Wiedereinführung der obligatorischen Beimischung von Kartoffelmehl zum Brot für die Zeit vom November 1944 bis Ende März 1945.
2. 11. Das IKRK organisiert den Austausch von schwererwundeten deutschen und französischen Kriegsgefangenen.

1944

3. 11. Der schweizerische Gesandte in Berlin wird beauftragt, im Namen der Schweiz gegen Deportationen von Flüchtlingen zu protestieren und die Bereitschaft zur Aufnahme weiterer Flüchtlinge zu erklären.
4. 11. Die bisher in der Schweiz nicht veröffentlichte Sowjetnote vom 1.11. wird durch eine Erklärung Aussenminister Molotows im Moskauer Radio sowie durch eine Meldung von Radio London bekannt.
9. 11. Angriffe amerikanischer Flugzeuge auf Diessenhofen und Zweidien fordern 3 Todesopfer.
10. 11. Bundesrat *Pilet* erklärt in der Bundesratssitzung mit Schreiben vom 7.11. seinen Rücktritt aus dem Bundesrat.

Der Bundesrat ernennt einen Geschäftsträger in Paris, da die Regierung de Gaulle das Agreement für den vorgesehenen schweizerischen Gesandten nicht erteilt. Vgl. 21.2.45.
23. 11. Aufruhr in *Bulle*. Beamte des Kriegswirtschaftsamtes werden mit Gewalt daran gehindert, Abklärungen über festgestellte Schwarzschlachtungen vorzunehmen. 14 Beteiligte werden am 17.10.45 zu bedingten Gefängnisstrafen von 14 Tagen bis 3 Monaten verurteilt.
26. 11. Heinrich *Himmler*, Reichsführer-SS, wird «Oberbefehlshaber Oberrhein». Er übernimmt am 2.12. das Kommando über den Abschnitt von der Schweizer Grenze bis südlich Karlsruhe.
7. 12. Aus Deutschland treffen nach langen Verhandlungen 1'552 jüdische Flüchtlinge in der Schweiz ein. Vgl. 3.11.44.

11. 12. Im Nationalrat findet eine Debatte über die Aussenpolitik statt. Bundesrat *Pilet* weist die sowjetischen Vorwürfe zurück. Die drei bürgerlichen Bundesratsfraktionen und die Liberalen billigen und unterstützen die bisher verfolgte Aussenpolitik.
14. 12. Die Bundesversammlung wählt im ersten Wahlgang als Nachfolger für Bundesrat *Pilet* den Neuenburger Ständerat *Max Petitpierre* (Rad.) mit 122 von 227 gültigen Stimmen zum Mitglied des Bundesrates. Weitere Stimmen erhalten H. Perret (SP) 67, A. Vodoz 26 und Prof. W. Rappard 6. Bundesrat *Petitpierre* übernimmt am 4.1.45 das Eidg. Politische Departement.
15. 12. Der Bundesrat befördert die Oberstdivisionäre *R. Dollfus* und *H. Frick* zu Oberstkorpskommandanten.
18. 12. Das Bundesstrafgericht verurteilt im Zusammenhang mit dem Krawall von Steinen (SZ) 18 Beteiligte zu Gefängnisstrafen von 6 Monaten bis 6 Wochen. Vgl. 14.6.45.
25. 12. Thayngen wird von amerikanischen Flugzeugen bombardiert. Mehrere Personen werden verletzt und beträchtlicher Sachschaden verursacht.
28. 12. Der General nimmt in Les Rangiers die feierliche Kommandoübertragung an die neuernannten Divisionäre *Jahn* (3. Division), *R. Frey* (7. Division) und *Gonard* (9. Division) vor.
31. 12. Ende 1944 weisen die Schwarzen Listen der Alliierten über 10'000 Firmennamen auf. Die Schweiz ist darauf mit 1'100 Firmen vertreten. In den ersten Monaten des Jahres 1945 steigt die schweizerische «Be-

1944

teilung» auf über 1'330 Firmen. Ende 1945 sind es noch ca. 600.

Am Jahresende weilen 98'100 Flüchtlinge in der Schweiz. 1944 sind insgesamt 3'986 Personen zurückgewiesen worden.

Im Dezember wird die «Schweizerspende für die Kriegsgeschädigten» errichtet, der insgesamt 197 Mio. Fr. zur Verfügung stehen: 152 Mio. Fr. aus Mitteln des Bundes, 9 Mio. Fr. aus denen der Kantone und 36 Mio. Fr. aus privaten Mitteln. Die Gründung erfolgt, da die Schweiz aus neutralitätspolitischen Gründen der UNRRA nicht beizutreten wünscht.

Die Pflichtanbaufläche 1943/44 (6. Etappe) beträgt 362'464 ha. Effektiv angebaut werden 1944 365'856 ha, was einer Verdoppelung der Vorkriegs-Anbaufläche gleichkommt.

Wegen Landesverrats sind 1944 13 Personen zum Tod mverurteilt worden, 8 Urteile wurden vollstreckt.

Der Lebenskostenindex (1939 = 100) ist auf 151 Punkte gestiegen.

Die schweizerische Handelsbilanz zeigt folgende Werte (1'000 t): Einfuhr 2'680, Ausfuhr 310.

Als Bundespräsident für das Jahr 1945 amtet Bundesrat *Eduard v. Steiger*, Vorsteher des Justiz- und Polizeidepartements.

Der amerikanische Staatssekretär *Ed. Stettinius* erklärt, die wirtschaftlichen Beziehungen zur Schweiz überprüfen zu wollen. Er verlangt von der Schweiz die Einstellung oder Einschränkung des Transit- und Exportverkehrs mit Deutschland.

Bundesrat *Petitpierre* übernimmt die Leitung des Politischen Departements.

9. 1. Minister *W. Stuchi* wird zum Chef der Abteilung für Auswärtiges des Politischen Departements gewählt.
11. 1. Amerikanische Flugzeuge beschliessen den Bahnhof von Chiasso. Der Zwischenfall fordert ein Todesopfer, einen Verletzten und verursacht grösseren Sachschaden.
- 15.1. Mehrfacher Beschuss der Basler Rheinhafenanlagen durch alliierte Artillerie.
- 21.1. Das Sanierungsgesetz für die SBB wird in der Volksabstimmung mit 388'831 gegen 296'809 Stimmen und bei einer Stimmbeteiligung von 50,5% angenommen.
26. 1. Washington gibt bekannt, dass *Laughlin Currie* als Leiter einer amerikanischen Delegation zur Führung von Wirtschaftsverhandlungen in die Schweiz gesandt werde.
- 2.2. Das Politische Departement gibt bekannt, dass die schweizerische Gesandtschaft in Deutschland samt den Konsulaten ihre Arbeit weiterführen werden. Die dort lebenden Schweizer werden trotz Näherrücken der Front nicht zur Rückkehr in die Heimat aufgefordert.

1945

6. 2. Der Bundesrat interveniert bei der deutschen Regierung gegen die Massen Vernichtung von Juden.
7. 2. In der Schweiz halten sich 104'500 Flüchtlinge, Emigranten und Internierte auf.
7'200 britische, amerikanische und deutsche verwundete und kranke Kriegsgefangene werden mit schweizerischer Hilfe ausgetauscht.
Die Kohlenknappheit zwingt zu rigorosen Einschränkungen im Gasverbrauch.
Einreise von 1'200 jüdischen Insassen des deutschen Konzentrationslagers Theresienstadt.
12. 2. Der Bundesrat empfängt die Mitglieder der alliierten Wirtschaftsdelegation *Currie* (USA), *Foot* (Grossbritannien) und *Charguéraud* (Frankreich) in Bern zu Wirtschaftsverhandlungen zwischen der Schweiz und den Alliierten. Currie überreicht dem Bundespräsidenten ein persönliches Schreiben von Präsident Roosevelt.
Die Verhandlungen dauern vom 13.2.-8.3. und werden auf Seiten der Schweiz von Minister *W. Stucki* und Prof. *W. Rappard* geführt.
- 13.2. Bei Verhandlungsbeginn stellen die Vertreter der Alliierten folgende Begehren: sofortige und vollständige Einstellung der Ausfuhr nach Deutschland für Waren und elektrische Energie; Unterbindung des Transitverkehrs zwischen Italien und Deutschland; Erlass von Massnahmen, die eine Verschiebung von Fluchtkapitalien und Beutegut aus Deutschland nach der Schweiz verhindern und Hilfeleistung der Schweiz beim Wiederaufbau der befreiten Gebiete.

16. 2. Der Bundesrat sperrt die deutschen Guthaben in der Schweiz.
20. 2. Der amerikanische Delegationschef *L. Currie* wird von General *Guisan* im Armeehauptquartier empfangen und über die Bedeutung der bewaffneten Neutralität der Schweiz in der gegenwärtigen Kriegslage orientiert.
- 21.2. Beginn der Heimschaffung internierter deutscher, amerikanischer und britischer Armeeangehöriger nach Übereinkunft mit den betreffenden Regierungen.
Der Bundesrat ernennt Prof. *C.J. Burckhardt*, den Präsidenten des IKRK, zum schweizerischen Gesandten in Paris. Vgl. 10.11.44.
22. 2. In Zürich treffen sich der italienische Industrielle *L. Parilli*, Dr. *M. Husmann* und Major *Waibel* zu ersten Gesprächen über die Herbeiführung der Kapitulation der deutschen Truppen in Oberitalien.
Bombenabwürfe alliierter Flugzeuge in der Nord- und Ostschweiz über Stein am Rhein, Beringen, Neuhausen, Rafz, Igis und Zizers fordern insgesamt 18 Todesopfer und über vierzig Verletzte.
- 25.2.-1.3. 3. Tagung der schweizerischen Flüchtlingsorganisationen in Montreux. Es nehmen auch Vertreter der eidg. Polizeiabteilung und der Flüchtlinge selbst daran teil.
Erste Begegnung zwischen *L. Parilli* und dem amerikanischen Geheimdienstchef *A. Dulles* betreffend die deutsche Kapitulation in Oberitalien. Kontakte zwischen den Amerikanern und der SS in Oberitalien sollen hergestellt werden.
26. 2.

1945

27. 2. Der Bundesrat hebt das Parteienverbot auf den 1.3. auf und erlässt gleichzeitig strafrechtliche Bestimmungen über den Staatsschutz.
28. 2. Unterzeichnung eines «Schlussprotokolls» über den reduzierten Waren- und Transitverkehr zwischen der Schweiz und Deutschland.
1. 3. Wegen Rohstoffmangels muss der Papierverbrauch im grafischen Gewerbe auf 80% des bisherigen Kontingents gesenkt werden.
2. 3. Bundesratsbeschluss über das Verbot der Ein- und Ausfuhr und des Handels mit ausländischen Banknoten.
3. 3. *Parilli* bringt Standartenführer Dollmann und Obersturmführer Zimmer als Vertreter von SS-General K. Wolff in die Schweiz zu Verhandlungen über die Kapitulation der deutschen Truppen in Oberitalien.
4. 3. Alliierte Bombenabwürfe über Zürich und Basel fordern 5 Tote und 9 Verletzte.
7. 3. Zum Abschluss der Berner Wirtschaftsverhandlungen (vgl. 8.3.) richtet Bundespräsident v. *Steiger* ein persönliches Schreiben an den Präsidenten der Vereinigten Staaten, *F.D. Roosevelt*.
8. 3. Die Berner Wirtschaftsverhandlungen führen zum Abschluss von Vereinbarungen in Form von Briefen. Die Schweiz erklärt sich bereit, den Export von Elektrizität nach Deutschland einzustellen und den Transit von Kohle und Eisen zwischen Italien und Deutschland zu unterbinden. Die Alliierten lockern die Blockade und sichern Lieferungen im Umfang von 2'200 t pro Tag zu. Das schwer zerstörte Toulon wird als Hafen zur Verfügung gestellt. In der Frage der

Schwarzen Listen gelingt es nicht, zu einer annehmbaren Lösung zu kommen. Ihre Aufhebung erfolgt erst am 8.7.46. Bundesrat Stampfli bezeichnet die Ergebnisse für die Schweiz als materiell bescheiden (Nationalrat 27.3.45).

General C. Spaatz, Kommandant der amerikanischen strategischen Luftstreitkräfte, begibt sich nach Bern und sichert dem Bundesrat die Verhinderung weiterer Bombenabwürfe über schweizerischem Gebiet zu.

In Zürich erfolgen die ersten Kontakte zwischen Geheimdienstchef *Dulles* und SS-General *Wolff* über die Herbeiführung einer deutschen Kapitulation in Oberitalien.

13. 3. Der Präsident des IKRK, Prof. *C.J. Burckhardt*, trifft am Arlberg zu einer Besprechung mit *E. Kaltenbrunner*, dem Chef der Sicherheitspolizei der SS, zusammen. Kaltenbrunner «erlaubt» dem IKRK, in jedes Konzentrationslager einen Delegierten mit Lebensmitteln und Medikamenten zu entsenden, unter der Bedingung, dass er das Lager bis Kriegsende nicht mehr verlässt. Das IKRK akzeptiert die Bedingung und entsendet Freiwillige in die Lager.
16. 3. Der Bundesrat veröffentlicht den Bericht der Expertenkommission über die Schaffung eines AHV-Gesetzes und setzt am 28.3. das Vermehrungsverfahrensverfahren in Gang.
19. 3. Die Gespräche zwischen *JEolff* und *Dulles* werden in Ascona weitergeführt. An ihnen nehmen auch die alliierten Generäle *L.L. Lemnitzer* und *T.S. Airy* teil.

1945

22. 3. Die Bundesversammlung begnadigt den zum Tode verurteilten Franzosen Carnet zu lebenslänglichem Zuchthaus.
26. 3. Bundespräsident v. *Steiger* gibt zuhanden der Öffentlichkeit Erklärungen über ein kürzlich in Bern erschienenenes nationalsozialistisches Pamphlet ab, dessen Urheber noch unbekannt sind. Der Schweiz wird darin vorgeworfen, sie sei anlässlich der Berner Verhandlungen unter alliierterem Druck bereit gewesen, die politische und militärische Neutralität preiszugeben. Die Soldaten werden zur Meuterei aufgefordert.
29. 3. Der Bundesrat erlässt aufgrund einer am 19.3. eingereichten Motion von Nationalrat *P. Gysler* einen Vollmachtenbeschluss über die Ausrichtung von Studienausfallentschädigungen an Militärdienst leistende Studenten. Sie werden damit in die Erwerbsersatzordnung einbezogen.
- Kreisschreiben der Polizeiabteilung über die Behandlung von Zivilflüchtlingen aus Deutschland: Wer ohne Einreisevisum kommt, muss zurückgewiesen oder wieder ausgeschafft werden.
- 1.-8.4. Fremde Flugzeuge verletzen den schweizerischen Luftraum täglich. Derartige Verletzungen reissen bis Kriegsende nicht mehr ab.
1. 4. Aufhebung des Beimischungszwangs von Kartoffelmehl zum Brot. Am 11.5. wird dessen Verwendung verboten. Die Brotration wird vom 1.4.-30.9. von 250 g auf 200 g herabgesetzt.
12. 4. Tod des amerikanischen Präsidenten *F.D. Roosevelt*. Seine Nachfolge übernimmt der bisherige Vizepräsident *H.S. Truman*.

- 19.4. Schliessung der Nord- und Ostgrenze von Kleinhüningen bis Altenrhein, um den Flüchtlingsstrom aus Deutschland unter Kontrolle zu halten.
- 20./21. 4. General *de Lattre de Tassigny*, Kommandant der 1. französischen Armee, ändert als freundschaftliche Geste gegenüber der Schweiz seine Dispositionen und besetzt sofort das rechte Rheinufer zwischen Basel und Schaffhausen. Damit wird ein Ausbruch des im Schwarzwald stehenden 18. SS-Armeeekorps zur Schweizer Grenze verunmöglicht.
22. 4. In der Zeit vom 18.-22.4. gelangen 13'040 Flüchtlinge in die Schweiz. Es handelt sich hauptsächlich um Fremdarbeiter und Kriegsgefangene aus Deutschland, worunter 5446 Russen. Sie werden in Lager verbracht und teilweise wenig angemessen behandelt.
- 23.4. SS-General *Wolff* trifft mit zwei Bevollmächtigten zur Unterzeichnung der deutschen Kapitulation in Oberitalien in Luzern ein. Die beiden Bevollmächtigten werden am 28.4. nach Annecy verbracht und von dort nach Caserta (alliiertes Hauptquartier Italien) geflogen.
- 24.4. Der Bundesrat gestattet Marschall *Pétain*, der sich den französischen Behörden stellen will, die Durchreise von Süddeutschland, wo ihm ein Zwangsaufenthalt angewiesen worden ist, über schweizerisches Gebiet nach Frankreich.
- Bei Thorgau an der Elbe treffen amerikanische und sowjetische Truppen zusammen. Damit ist der von den deutschen Truppen noch gehaltene Raum in zwei Teile zerschnitten.
- Bei einer Luftschutzübung in Zürich verunglücken sieben Frauen tödlich.

1945

- 28.4. *Mussolini* wird bei Dongo in Oberitalien von kommunistischen Partisanen erschossen.
Bei einem alliierten Luftangriff auf Hamburg wird der dortige schweizerische Generalkonsul A. Zehnder getötet.
29. 4. In Caserta erfolgt die Unterzeichnung der Kapitulation der deutschen Truppen in Oberitalien. Sie wird vorerst geheimgehalten und tritt erst am 2.5. in Kraft.
Im April ereignen sich 650 Grenzverletzungen durch Flugzeuge. 15 Apparate landen in der Schweiz oder werden zur Landung gezwungen, 2 stürzen ab.
30. 4. Selbstmord *Hitlers*.
1. 5. In der Schweiz halten sich 106'470 Zivil- und Militärflüchtlinge auf.
Das Land verfügt am Kriegsende nur noch über minimale Warenvorräte: Baumwolle für 5 Tage, Wolle für einen Monat, Kohle für fünfzig Tage.
Das dem graphischen Gewerbe zustehende Papierkontingent muss von 80 auf 60% herabgesetzt werden. Vgl. 1.3.45.
- 7.5. Gesamtkapitulation der deutschen Wehrmacht in Reims, dem Hauptquartier des alliierten Oberkommandierenden, General Eisenhower. Sie tritt am 9.5. 45 00.01 Uhr in Kraft.
8. 5. **Tag der Waffenruhe** in der Schweiz.
Der Bestand der Feldarmee beträgt noch 73'000 Mann.
Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Deutschland. Die Schweiz anerkennt die deutsche Regierung

unter Admiral Dönitz nicht. Die deutsche Gesandtschaft in Bern und die deutschen Konsularvertretungen in der Schweiz werden geschlossen und die deutschen Beamten zur Ausreise innert 3 Tagen aufgefordert. Nach Ablauf dieser Frist verlieren sie ihre diplomatischen und konsularischen Vorrechte. Sie haben das Land bis zum 31.7. zu verlassen. Da die Übernahmeverhandlungen mit den Alliierten nur langsam vorankommen, befinden sich am Jahresende noch 151 Personen in den ihnen angewiesenen Zwangsaufenthalten.

Der Bundesrat protestiert bei der japanischen Regierung gegen die rechtswidrige Behandlung von Schweizer Bürgern in Japan und den von Japan besetzten Gebieten.

Der Bundesrat stimmt der Vorlage des Justiz- und Polizeidepartementes über die Beschränkung der ausserordentlichen Vollmachten zu. Die Vorlage wird am 17. und 25.5. den Vollmachtenkommissionen und am 7.6. den eidg. Räten unterbreitet.

Der Bundesrat setzt die am 1.5. beschlossene Auflösung der NSDAP, Landesgruppe Schweiz, in Kraft und weist den letzten Landesgruppenführer aus.

Beginn der «Säuberung» in der Schweiz. Deutsche Nationalsozialisten und italienische Faschisten, die sich im Sinne ihrer Organisation besonders aktiv betätigt haben, werden von Bund und Kantonen ausgewiesen. Vgl, 16.7.45.

15. 5. Im Tessin kommt es im ZuWn menhang mit der Säuberung zu Ausschreitungen.

Der Bundesratsbeschluss über die Teilrevision der Militärversicherung tritt in Kraft. Er bringt die

1945

Gleichstellung der Hilfsdienstpflichtigen, der Angehörigen des Luftschutzes und der Ortswehr mit den Wehrmännern und eine Erhöhung der Versicherungsleistungen.

18. 5. General *Guisan* empfängt in Stein am Rhein den Kommandanten der 1. französischen Armee, General *de Lattre de Tassigny*. Er wird begleitet von den Generälen Béthouart, Valluy und Salan sowie von dem Schriftsteller François Mauriac.
25. 5. Die in Berlin verbliebenen Mitglieder der schweizerischen Gesandtschaft werden von den Sowjetbehörden über Moskau zwecks Heimschaffung an die türkische Grenze verbracht.
29. 5. Der Bundesrat verfügt einen ersten Abbau der Presseüberwachung. Die politische Pressekontrolle fällt dahin, die militärische bleibt vorerst noch bestehen, wird zum grossen Teil aber am 6.6.45 ausser Kraft gesetzt. Vgl. 18.6.45.
Bundesratsbeschluss über die Meldepflicht von deutschen Vermögenswerten in der Schweiz.
1. 6. Der Bundesrat genehmigt einen neuen Ablösungsplan für die Truppe, der sich darauf beschränkt, die noch notwendigen Bewachungsaufgaben und die unerlässlichen rückwärtigen Dienste sicherzustellen. Am Ende des Aktivdienstes (20.8.) stehen noch 11'000 Mann im Dienst, am Jahresende noch 2'500 Mann.
Im Juni wird ein Korruptionsskandal im Interniertenwesen aufgedeckt. Die Vergehen erstrecken sich im Wesentlichen über die Jahre 1942 und 1943. In den Skandal sind ein Hilfsdienstpflichtiger als Hauptangeklagter und 170 Offiziere, darunter 5 Obersten, verwickelt.

- 4.6. *Frankfurter*, der Mörder Gustloffs (vgl. 14.12.36), wird begnadigt.
- 5.6. Berliner Deklaration: Deutschland wird in den Grenzen von 1937 in vier Besetzungszonen aufgeteilt.
- 7.6. Der Bundesrat unterbreitet den eidg. Räten die Botschaft über den Abbau der Vollmachten.
Seit dem 8.5. ist über 300 Ausländern die Ausweisungsverfügung zugestellt worden. Bisher haben jedoch nur 14 Personen die Schweiz verlassen, da Einsprache- und Rekursfristen abgewartet werden müssen.
8. 6. In Schaffhausen kommt es zu Ausschreitungen gegen Frontisten und Nationalsozialisten.
- 11.6. Veröffentlichung eines Abkommens über den Zahlungsverkehr mit Frankreich.
14. 6. Die Bundesversammlung stimmt den Begnadigungsgesuchen zu, die von den Verurteilten des Krawalls von Steinen eingereicht worden sind. Vgl. 22.9.42.
- 16.6. Radio Moskau greift die Schweiz wegen der Behandlung der sowjetischen Internierten an.
18. 6. Der Bundesrat beschliesst die vollständige Aufhebung der Vollmachtenbeschlüsse über Pressekontrolle und Filmzensur.
Der Bundesrat nimmt öffentlich Stellung zu den Angriffen der sowjetischen Presse und des Radios wegen schlechter Behandlung der russischen Internierten.
20. 6. Die Bundesversammlung genehmigt die von General *Guisan* am 4.6. beantragte Entlassung aus dem Kommando auf den 20.8.45. Der General erscheint zu

1945

seiner Verabschiedung persönlich vor der Versammlung. Nationalratspräsident P. Aeby verdankt dem General mit bewegten Worten die dem Land geleisteten hervorragenden Dienste.

21. 6. Die Kantone haben bis jetzt 1'500 Ausweisungen von Ausländern beantragt. Bis Mitte 1946 werden ca. 400 Personen ausgewiesen.
26. 6. In San Francisco findet die Gründungsversammlung der UNO statt.
Die sowjetische Regierung stimmt dem schweizerischen Vorschlag zur Entsendung einer Untersuchungskommission für die Abklärung der Vorfälle in den Interniertenlagern zu.
- 29./30. 6. In Bern findet eine Konferenz mit alliierten Sachverständigen über die Heimschaffung von Internierten und den Transit demobilisierter Truppen statt.
3. 7. 7 in Bern wohnhafte Rechtsextremisten, Angehörige der «Jungbauern», der «Eidgenössischen Sammlung» und der «Nationalen Bewegung», werden als Urheber des im März veröffentlichten Nazi-Pamphlets verhaftet und zu Gefängnisstrafen von 12-15 Monaten verurteilt. Vgl. 26.3.45.
4. 7. Der Bundesrat trifft Vereinbarungen mit einer amerikanischen Militärdelegation, die es in Europa stationierten amerikanischen Soldaten ermöglichen, Urlaub in der Schweiz zu verbringen.
In Bern finden schweizerisch-italienische Wirtschaftsverhandlungen statt. Vgl. 10.8.45.
6. 7. Die japanische Regierung erklärt sich zu Schadenersatz für die Schweizern in Manila zugefügten Schäden bereit. Vgl. 8.5.45.

7. 7. Abschluss eines neuen schweizerisch-spanischen Handels- und Zahlungsabkommens, das eine Vergrößerung der gegenseitigen Exporte vorsieht.
10. 7. Der Bundesrat bewilligt den Transport britischer Soldaten, die keine Waffen mit sich führen, aus Oberitalien durch die Schweiz nach Grossbritannien. Die britische Regierung verpflichtet sich, diese Truppen nicht auf dem fernöstlichen Kriegsschauplatz einzusetzen. Der Schweiz wird die Benützung der Häfen von Genua und Savona zugesichert.
15. 7. Erstes erfolgreiches Atombombenexperiment in Los Alamos, New Mexico/USA.
16. 7. Der Bundesrat erlässt Richtlinien für die Ausweisung von Nationalsozialisten und Faschisten durch die kantonalen Behörden. Vgl. 31.12.45.
25. 7. Die ersten amerikanischen Urlauber treffen in der Schweiz ein. Die Soldaten werden im Rahmen ihres Urlaubsprogramms in siebentägigen Touren durch die Schweiz geführt.
- Das Justiz- und Polizeidepartement weist den Rekurs des ehemaligen deutschen Gesandten *Köcher* gegen seine Ausweisung ab. Köcher verlässt am 31.7. das Land.
- Abschluss eines Waren- und Zahlungsabkommens mit den Benelux-Staaten.
26. 7. Eine Sowjetdelegation trifft zur Untersuchung der Verhältnisse in den russischen Interniertenlagern ein (vgl. 26.6.). Die Verhandlungen dauern bis zum 10.9. Die Untersuchung ist durch das Bekanntwerden verschiedener schwerer Zwischenfälle in den Lagern ausgelöst worden. Bei diesen Vorfällen sind 2 Russen

1945

und 2 Schweizer getötet worden. Die Tätigkeit der sowjetischen Kommission wird mit der Veröffentlichung eines Communiqués abgeschlossen.

31. 7. Alt Oberstkorpskommandant *R. Miescher* stirbt in Basel im Alter von 65 Jahren.
Das Verbot der Neugründung von Zeitungen, Zeitschriften und Nachrichtenagenturen wird teilweise aufgehoben.
3. 8. Der Bundesrat setzt das Gesetz über die Abänderung der Militärorganisation betreffend die Organisation des Militärdepartements und der Armeeführung vom 22.6.39 auf den 20.8.45 in Kraft, mit Ausnahme der Bestimmungen über den Armeeeinspektor.
Der Bundesrat nimmt auf den gleichen Zeitpunkt die Neubestellung der Armeeführung vor. Oberstdivisionär *L. de Montmollin* wird zum Chef des Generalstabs ernannt.
6. 8. Erster Atombombenabwurf auf Hiroshima.
7. 8. Durch Bundesratsbeschluss werden verschiedene Notrechtserlasse im Gebiet des Staatsschutzes aufgehoben.
9. 8. Über Nagasaki wird die zweite Atombombe abgeworfen.
10. 8. Beginn der Repatriierung der Russen. Bis zum 30.8. verlassen 7097 Russen die Schweiz. Den Schweizern in den sowjetisch besetzten Gebieten Osteuropas wird die Ausreise ab 6. 10. nach der Schweiz gestattet.
Der Bundesrat übermittelt den Alliierten das Kapitulationsangebot Japans. Die Antwort der Alliierten erfolgt am 11.8. Japan nimmt die Kapitulationsbedingungen am 14.8. an.

Abschluss eines schweizerisch-italienischen Wirtschaftsabkommens. Es kann jedoch wegen Einspruchs von Grossbritannien und der USA nicht in Kraft gesetzt werden.

14. 8. Der Bundesrat erlässt eine Sperre für japanische Vermögenswerte in der Schweiz.
- 15.8. Siegestag der Alliierten nach der Kapitulation Japans.
 Ende des Zweiten Weltkrieges.
 Die Kriegsverluste werden auf 52 Millionen Tote, davon nahezu die Hälfte Zivilpersonen, 30 Millionen Verwundete und materielle Kriegsschäden von 6'000 Milliarden Franken geschätzt.
19. 8. Der Tag der Fahnenhebung beschliesst die Periode des Aktivdienstes. General *Guisan* nimmt Abschied von der Armee. Schlussrapport des Generals auf Schloss Jegenstorf.
20. 8. Letzter Tagesbefehl des Generals.
 Die Ausgaben für die militärische Landesverteidigung 1939-1945 erreichen eine Gesamtsumme von 7'038 Mio Fr.
21. 8. Lockerung der Arbeitsdienstpflicht. Sie ist nur noch anwendbar auf Arbeiten, die der Lebensmittel- und Brennstoffproduktion dienen.
 In Villars-Chesieres kommt es zu Zwischenfällen, in deren Verlauf zwei russische Internierte erschossen werden.
1. 9. Die Papierkontingentierung wird auf 65 Prozent erhöht.

1945

3. 9. Der Bundesrat setzt eine Expertenkommission ein, die die Möglichkeit eines Beitritts der Schweiz zur UNO abklären soll.
- 12.-14. 9. Tagung der Interparlamentarischen Union in Genf. Einem Wunsch der Schweiz entsprechend, setzt diese internationale Körperschaft eine Kommission zur Abklärung der Vereinbarkeit der schweizerischen Neutralität mit der Charta der UNO ein.
17. 9. Der Bundesrat beauftragt das Volkswirtschaftsdepartement mit der Ausarbeitung des Gesetzesentwurfs für eine AHV.
20. 9. Der Ständerat beschliesst die Schaffung einer ständigen Kommission für auswärtige Angelegenheiten. Der Nationalrat besitzt eine entsprechende Kommission seit 1936. Vgl. 23.4.36.
21. 9. «Fall Masson» – Oberstbrigadier *Masson* gewährt dem Korrespondenten des Londoner Daily Telegraph ein Interview über die militärische Bedrohung der Schweiz im Zweiten Weltkrieg. Er greift damit der Berichterstattung des Bundesrates an das Parlament vor. Im Auftrag des Bundesrates eröffnet Bundesrichter Couchepin am 23.10.45 eine administrative Untersuchung über Massons Tätigkeit als Leiter des militärischen Nachrichtendienstes, die jedoch nichts Belastendes zutage fördert.
24. 9. Der Bundesrat unterbreitet den eidg. Räten den Entwurf zu einem Bundesgesetz über die Ausnutzung der schweizerischen Wasserkräfte.
- Der Bundesrat hebt seinen Beschluss über die Bewilligungspflicht von Sammlungen zu wohltätigen und gemeinnützigen Zwecken auf.

- 1.10. Der Bundesrat veröffentlicht den Text des schweizerisch-sowjetischen Schlussprotokolls vom 10. 9. Die Zwischenfälle in den Interniertenlagern sind «im Geist des Einvernehmens und des gegenseitigen Verständnisses» untersucht worden. Zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen kommt es erst am 18.3.46.
- Die Versorgungslage erlaubt die Erhöhung der Brotrationen auf 250 g pro Tag und Person. Der Rückgang der Getreidevorräte zwingt ab 1.6. 46 dazu, die Rationen wieder auf 225 g zu senken.
4. 10. Bundesrat *Kobelt* gibt im Nationalrat, im Zusammenhang mit dem «Fall Masson», erste Aufschlüsse über das schweizerische Bild der militärischen Bedrohung des Landes im Zweiten Weltkrieg.
- 220'000 Schweizer Bürger unterzeichnen die an den Bundesrat gerichtete «Petition für die Rechte der Rückwanderer und Auslandgläubiger».
8. 10. Das Sonntagsfahrverbot für Motorfahrzeuge wird aufgehoben.
9. 10. Der Bundesrat beschliesst die Schaffung einer Übergangsordnung zur AHV, die bis Ende 1947 in Kraft bleibt.
- 13.10. Das Verbot, frisches Brot zu verkaufen, wird nach fünfjähriger Dauer aufgehoben.
15. 10. Aufhebung der Rationierung von Kaffee, Tee, Kakao und Textilien.
19. 10. Aufhebung der Vorschriften über den baulichen Luftschutz.
- 23.10. Beschluss des Bundesrates, im Jahre 1946 auf die Durchführung militärischer Wiederholungskurse zu verzichten.

1945

Der Bundesrat hebt das Obligatorium zur Vorführung der schweizerischen Filmwochenschau in den Kinos auf.

24. 10. Die UNO-Charta tritt in Kraft, nachdem sie von allen Gründernationen unterzeichnet worden ist.
- 25.10. Das Volkswirtschaftsdepartement stellt 100 Mio. Fr. aus der Kriegsrisikoversicherung zu einer Verbilligungsaktion für Lebensmittel zur Verfügung.
- 31.10. Das Politische Departement setzt zwei Kommissionen, eine Experten- und eine Konsultativkommission, zur Abklärung der gegenüber der UNO zu verfolgenden Politik ein.
2. 11. Der Bundesrat beschliesst die Anerkennung der österreichischen Regierung.
Erlass von Vorschriften zur Einschränkung des Elektrizitätsverbrauchs bei der Warmwasserbereitung, Raumheizung und öffentlichen Beleuchtung.
Die Meldepflicht für japanische Vermögen in der Schweiz wird verfügt.
- 9.11.45 - Pariser Reparationenkonferenz. Die Regierungen der
16.1.46 USA, Grossbritanniens und Frankreichs werden beauftragt, die Verhandlungen über die Erfassung der deutschen Vermögenswerte in den neutralen Staaten zu führen.
- 13.11. Aufhebung der Rationierung von Hülsenfrüchten.
- 14./15.11. Tagung einer grossen Konsultativkommission in Bern unter dem Vorsitz von Bundesrat *M. Petitpierre* zur Behandlung der Frage eines Beitritts der Schweiz zur UNO. Der Kommission gehören ca. 40 Persönlichkeiten an, die Mitglieder der Expertenkommission (vgl. 3.9.45), die Fraktionspräsidenten der

eidg. Räte und Vertreter aus Wirtschaft und Diplomatie. Die Tagung kommt zum Schluss, ein UNO-Beitritt der Schweiz sei wünschbar, sofern die UNO gewillt sei, der besonderen Lage Rechnung zu tragen, die sich aus der dauernden Neutralität der Schweiz ergebe.

16. 11. Abschluss eines Handelsvertrags und eines Finanzabkommens mit Frankreich. Dieses soll Kohlen, Eisen, Sämereien und Düngemittel liefern, die Schweiz ausser ihren traditionellen Exportgütern ein grosses Kontingent Maschinen.
19. 11. Aufhebung der Schuhrationierung.
- 25.11. Der Verfassungsartikel über den Familienschutz wird in der Volksabstimmung mit 548'601 gegen 170'278 Stimmen und allen Ständestimmen gegen diejenige von Appenzell-Ausserrhoden angenommen. Die Stimmbeteiligung beträgt 55,5%.
- 26.11. Vorläufige Erhebungen der Schweiz. Verrechnungsstelle ergeben, dass sich in der Schweiz deutsche Vermögenswerte im Betrag von ca. 1 Mia. Fr. befinden.
- 30.11. Der Bundesrat ermächtigt die Schweiz. Verrechnungsstelle, zur Bestandesaufnahme ausländischer Vermögenswerte in der Schweiz die Öffnung von Schrankfächern und geschlossenen Depots bei den Banken zu verlangen.
- 6.12. Die Bundesversammlung beschliesst, den Abbau des Voll machten rechts in die Wege zu leiten (sog. Abbaubeschluss).
10. 12. Der Bundesrat unterbreitet der Bundesversammlung einen Bericht über Bestand und Aufhebung von Vollmachtenbeschlüssen und erlässt einen Vollmachten-

1945

beschluss über die Rückgabe von Raubgut aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges.

12. 12. Im Nationalrat findet eine eingehende Debatte über die Verhältnisse und Vorgänge beim Interniertenwesen statt.
19. 12. Bundespräsident v. Steiger gibt im Nationalrat Aufschluss über das Vorgehen der Behörden bei der «Säuberung» der Schweiz von Nationalsozialisten und Faschisten (vgl. 31.12.45). Zahlreiche Volksvertreter fordern ein energischeres Vorgehen der Bundesbehörden.
21. 12. Durch dringlichen Bundesbeschluss verlängern die eidg. Räte die Geltungsdauer der Finanzordnung bis Ende 1949.
22. 12. Der Regierungsrat des Kantons Zürich unterbreitet dem Kantonsrat ein Kreditbegehren von 34,9 Mio. Fr. für den Bau des interkontinentalen Flughafens in Kloten.
23. 12. Aufgrund einer schweizerisch-amerikanischen Vereinbarung reisen täglich ca. 200 amerikanische Armee-Urlauber aus Deutschland durch die Schweiz nach Italien. Sie verbringen auf dieser Reise 3 Urlaubstage in Lugano. Bis Jahresende reisen im Rahmen der zwei Urlaubsprogramme (vgl. 25.7.45) insgesamt 157'180 Urlauber ein.
- 27.12. Die Stadt Lausanne verleiht General *Guisan* und dem Waadtländer Dichter *C.F. Ramuz* das Ehrenbürgerrecht.
- Abkommen von Bretton-Woods: die 44 beteiligten Staaten gründen die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung. Die Schweiz ist nicht beteiligt.

31. 12. Das Schweiz. Rote Kreuz, Kinderhilfe, ermöglicht im Lauf des Jahres gegen 40'000 Kindern aus Frankreich, Belgien, Holland, Luxemburg, Italien und Österreich einen dreimonatigen Erholungsaufenthalt in der Schweiz.

Aufgrund der bundesrätlichen Richtlinien vom 16.7. 45 werden durch kantonale Behörden 999 deutsche und 168 italienische Staatsangehörige ausgewiesen. Unter Einbezug der Familienangehörigen handelt es sich um 2'468 ausgewiesene Personen. Bis Jahresende gehen 881 Rekurse gegen diese Verfügungen bei den Bundesbehörden ein. Die Ausweisung von 271 Personen wird aufgehoben und für 156 suspendiert. 644 Personen verlassen bis Jahresende die Schweiz.

Gestützt auf Art. 70 BV werden 404 deutsche und 37 italienische Staatsangehörige ausgewiesen. Bis Jahresende sind 338 Fälle durch Ausreise erledigt.

Am Jahresende befinden sich noch 20'144 Zivil- und Militärflüchtlinge in der Schweiz.

Der Index der Konsumentenpreise (1939 = 100) steht auf 152 Punkte.

Die Pflichtanbaufläche 1944/45 (7. Etappe) beträgt 367'048 ha. Effektiv angebaut werden 1945 330'941 ha.

Die Aussenhandelsbilanz zeigt folgende Werte (in 1'000 t): Einfuhr 1'541, Ausfuhr 181. Damit ist der Tiefpunkt im Aussenhandel erreicht. Gegenüber 1938, dem letzten Normaljahr, betragen die Importe noch 20,5% und die Exporte 30%.

Abkürzungen

AHV	Alters- und Hinterlassenenversicherung
BGB	Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei
FHD	Frauenhilfsdienst
HD	Hilfsdienst
IKRK	Internationales Komitee vom Roten Kreuz
KK	Katholisch-Konservative Volkspartei
LdU	Landesring der Unabhängigen
NSDAP	Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei
OKW	Oberkommando der Wehrmacht
PdA	Partei der Arbeit
Rad.	Radikal-Demokratische Partei
SS	Schutzstaffel
SP	Sozialdemokratische Partei der Schweiz

1. Sachregister

- Abwertung 17 f., 19, 21, 23
Abessinien 7, 12, 17 f., 23, 25
Actualis 100
AHV 122, 133, 136, 142, 145, 163, 174 f.
Alliierte 161 f., 172 f.
 Truppen 126, 134, 151, 153, 159, 165 f., 170
 Wirtschaftsbeziehungen 119, 127, 134, 136, 143, 151, 154, 157 f., 160, 162
Anbauwerk 39, 41 f., 94, 98, 101, 116, 128, 141, 158, 179
Anpassung 80, 82, 86, 106, 119
Arbeitsbeschaffung 25, 43, 120, 123
Arbeitsdienstpflicht 44, 51, 71, 103, 143, 173
Arbeitslosigkeit 13, 15, 23, 42, 122
Armee, Akten v. La Charité 76, 84, 94 f.
 -befehle 53, 56 f., 70, 74, 85, 103, 108, 121, 173
 -kommando 53, 55, 73, 105
Aufmarschbefehle 55, 62, 65, 67, 69, 83, 102, 107, 117, 123 f., 134, 142
Demobilmachungen 82, 109, 150, 153 f.
Division Gempen 70, 75, 77
Kontakte mit Frankreich 45, 54, 59, 65 f., 71 f., 75
 mit Deutschland 68
Militärorganisation 8, 172
Mobilmachungen 44, 46 f., 51, 67, 69 f., 136, 149, 152
Truppenbestände 51, 62, 69, 82, 126, 166, 168
Ärztemissionen 61, 112, 118, 121, 123, 127, 130
Asylrecht 134 f., 138, 142
Atomexplosionen 171, 172
Audienz-Angelegenheit 88 f., 90 f., 92 f.
Aussenhandel 43, 46, 52 f., 54, 56 f., 61, 63, 67, 75, 101, 116, 128, 141, 158, 179
Autotransit 105, 107, 111
Bergbau 113
Bombardierungen 69, 99 f., 112, 132 f., 134, 137, 146, 161 f.
Bundesfinanzen 31, 33, 34 f., 37 f., 66, 68, 178, s. Steuern
Bundespolizei 10, 111, 138 f.
Bundespräsident 7, 15, 24, 29, 39, 62, 102, 117, 129, 142, 159
Bundesrat
 Erweiterung 45, 118
 Rücktritte 8, 38, 79, 97, 139, 156 u. Sozialdemokratie 26, 67, 71, 139 f.
 Wahlen 9, 13, 38, 60, 84, 99, 140, 157
Bundesverfassung 11, 27, 31, 42, 177
Bundesversammlung 9 f., 15, 17, 28, 33, 35, 41 f., 47 f., 66, 136 f., 145 f., 149, 169 f., 174, 176 f.
 Nationalrat 16 f., 25, 31, 44, 46, 56 f., 64, 93, 108, 112, 119, 120 f., 146, 148 f., 157, 174 f., 178
 Wahlen 12, 56, 138 f.
 Ständerat 54, 174
Bürgerrecht 100, 113 f., 132, 144, 150
Deutschland 8, 9 f., 15 f., 20, 22, 35, 37 t, 42 f., 51, 69 f., 72, 76 f., 82, 92, 102, 106, 111, 115, 130, 134, 145, 156, 160, 165 f., 169
 Luftzwischenfälle 73 f., 75, 81
 Neutralität der Schweiz 24 f., 33, 39, 45 f., 47, 86 f., 147

- Pläne gegen die Schweiz 73, 80 f.,
88, 94, 141
Wirtschaftsbeziehungen 19,34,44,
52 f., 56, 66, 72, 75, 77 f., 81, 87,
100, 103 f., 106, 109 f., 112, 118,
124, 128 f., 131, 133 f., 137, 141,
144, 147, 149, 153, 160, 162, 177
- Erwerbsersatz 60 f., 76, 112, 146, 154,
164
Evakuierung 44, 57, 59, 63, 73 f., 78,
120
- Familienschutz 177
Fernschreiberverbindung 113
FHD 41, 64 f., 66, 118
Filmwochenschau 66, 176
Filmzensur 54, 169
Finnland 59 f., 61, 65
Flüchtlinge 19 f., 31, 33, 34, 55, 76,
78, 124, 126, 128 f., 136, 145, 150, 156,
160
Flüchtlingspolitik 123 f., 127, 156,164 f.
Flüchtlingswesen
Bestände 52, 137, 147, 158, 160,
165 f., 179
Beschäftigung 130
eidg. Kommission 140, 144
Lager 65, 127, 130
Organisationen 65, 161
Flugzeugwerke 121
Frankreich 20 f., 22, 30, 40 f., 45, 52,
69, 73, 77, 126, 129, 148, 161, 165
Armee 78, 152, 165, 168
Internierte 78, 102
Vichy 95, 113, 151
Waffenstillstand 79
Wirtschaftsbeziehungen 21, 34, 54,
67, 160, 169,176 f.
Zonen 79, 126
- Freimaurer 27
Friedensabkommen 26
Fronten
Bund treuer Eidgenossen 44, 95
Eidg. Arbeiter- und Bauernpartei
133
Eidg. Sammlung 96, 109, 120, 122,
133, 138, 170
Einigungskonferenzen 95,111,151
Frontenpresse 103, 121, 133 f.
-Offiziere 69
-Organisationen 38, 108, 133, 138
Nationale Bewegung 81, 90, 92, 95,
97 f., 170
Nationale Front 29, 37 f., 65
Nationale Opposition 127
Volksbund 37, 97
- Geheimsender 138 f.
Geistige Landesverteidigung 26, 29,
33, 37, 41,123
General 48, 53, 55 f., 59, 62, 64, 66 f.,
68 f., 70, 74, 78, 81 f., 83 f., 85 f., 87,
90, 92 f., 94, 96 f., 103, 105, 107, 110,
114, 117, 120 f., 129 f., 134, 139, 141,
149, 153, 157, 161, 168, 169 f., 173,
178
Generalstabschef 48, 58, 62, 65, 146 f.,
172
Gold 127,143
Grossbritannien 20, 22, 30, 41, 43, 46,
52, 58, 67, 92, 102, 160, 171
Wirtschaftsbeziehungen 57,67,76,
86, 98, 100, 102, 109 f., 111 f., 119,
127, 132 f., 134, 143 f., 173, 176
Gruppe der 200 83, 86, 89, 93, 96,
97 f., 99,103 f., 106 f.
- Handelszeitung 65
Heer und Haus 56 f., 106, 108
Hochsee-Schiffahrt 43, 55, 102, 106,
118, 135

- Initiativen, eidg. 9 f., 11, 20, 25, 30,
 93, 118, 120, 122, 125, 132 f., 135 f.
 Internierte 78, 80, 100, 102, 136, 151,
 161, 169 f., 171 f., 173
 Kommissariat 78, 113, 117, 151,
 168, 178
 Invasionen 126, 134 f., 148, 151
 Irredentismus 10 f.
 Italien 11 f., 18 f., 27, 33, 42 f., 44,
 71, 75, 89, 115, 117, 127, 135, 161
 deutsche Truppen 161 f., 163,
 165 f.
 Sanktionen 12 f., 18 f.
 Wirtschaftsbeziehungen 18,34,53,
 57, 67, 79, 107 f., 119, 121, 125,
 127, 135,137, 170, 173

 Japan 22, 26, 115, 167, 170, 172 f.,
 176

 Kriegsmaterialausfuhr 12, 20, 30, 33,
 42, 64, 149, 153
 Kriegswirtschaft 24 f., 31, 52, 59, 98,
 115, 120, 122, 126, 134, 153, 156
 Krise 8, 38
 Kriseninitiative 9 f.

 Landesausstellung 9, 15 f., 43, 45 f.,
 56 f.
 Landesverrat 44, 97, 118, 120, 128,
 134, 141,150,158
 Landesversorgung 27 f., 32, 35, 42,
 55, 80, 119,149, 166
 Landesverteidigung 39, 42 f., 47, 173
 Lebenshaltungskosten 21, 23, 51, 61,
 101, 116 f., 128, 130, 141, 158, 176,
 179
 Luftschutzunglück, Zürich 165
 Märzalarm 130
 Militärdepartement 18, 44, 99, 142,
 172

 Minenexplosion, Hemishofen 149
 Münchner-Konferenz 35 f.
 -Attentat 58 f.

 Nationalsozialistische Umtriebe 9,
 11 f., 13, 15 f., 86, 94, 164, 167, 170
 Navicerts 86, 98
 Neue Schweiz 129, 135
 Neutralität 26 f., 31, 40, 42, 47, 53,
 80, 114, 161, 164
 Anerkennung 25, 32 f., 39, 45 f., 92
 Erklärung 48
 integrale 28 f., 31 f., 33
 Verletzung, Luftraum:
 deutsche 71, 73, 74, 98, 147
 alliierte 75, 87 f., 89, 99 f., 112,
 125, 132, 134, 137, 143 f., 146 f.,
 150 f., 152 f., 155 f., 157, 159,
 164, 166
 Novemberalarm 58

 Operation Tannenbaum 88, 94
 Operative Übungen 103 f., 107, 146
 Ortswehr 68, 70, 92, 102, 104, 168
 Österreich 7, 31, 34, 176

 Panik 70
 Parteien
 BGB 24
 Demokraten 113
 Fédération Socialiste 59, 107 f.,
 Illf.
 Freisinn 26, 85, 113
 JungBauern 170
 Katholisch-konservative 85
 Kommunisten 22, 25, 29 f., 99, 111
 Landesring 23, 93, 120, 125, 129,
 132, 137
 Partei der Arbeit 146, 148 f., 154 f.
 Sozialdemokraten 8, 17, 24, 25 f.,
 28, 45, 53, 71 f., 129, 135, 139 f.,
 149

- Parteienverbot 147 f., 162
- Politische Arbeitsgemeinschaft 85
- Politisches Departement 63 f., 81, 96, 113,150,159
- Politische Versammlungen 82, 96, 124, 148
- Portugal 96,100 f., 148 f.
- Prado-Ausstellung 43
- Preiskontrolle 21, 52, 130
- Presse
 - freiheit 11
 - kampagnen 15 f., 63, 106
 - konferenzen 96, 137
 - konflikte 10 f., 15, 30, 72, 82 f., 125
 - kontakte (Deutschland) 25, 58, 93, 96,103,105,109,121
 - kontrolle 53, 60, 64, 73, 80, 83, 114 f., 116 f., 145 f., 147 f., 168 f., 172
 - verböte 10, 36 f., 43, 61, 103, 121, 133
 - u. Funkspruch 29, 47, 58, 61 f., 88, 114, 116
- Pro Helvetia 41, 56
- Radio 63,79, 92, 169
- Rationierung
 - Bewirtschaftung 66, 109, 114, 118, 129, 140, 142, 162, 166, 173, 176
 - Bezugssperren 47, 88,126
 - Brotversorgung 53, 81, 95, 104, 118, 125, 132, 143 f., 147, 155, 164, 175
 - Fleischlose Tage 107, 115, 122 f., 135, 147
 - Gebrauchsgüter 55, 96, 98, 103, 118, 133, 175, 177
 - Karten 122, 134
 - Lebensmittel 55, 57, 59, 95, 102, 107, 111, 115, 117 f., 120 f., 122, 126,133, 175 f.
 - Mahlzeitencoupons 105
 - Vorratshaltung 41
 - Rätoromanisch 11, 22, 24, 30
 - Rede, Pilet 79 f.
 - Réduit 83 f., 84, 91, 107, 123 f., 126, 134, 144
 - Richtlinienbewegung 21, 24, 27
 - Rotes Kreuz 59, 155, 161, 163, 179
 - Rütli-rapport 84 f., 87
 - Saboteure 72, 76, 98
 - Sanktionenpolitik 12 f., 15, 18 f., 20
 - Säuberung 167, 169 f., 171, 178 f.
 - SBB 149, 159
 - Schwarze Listen 139, 144, 157 f., 163
 - Schwarzhandel 120, 124, 156 f.
 - Schweizerspende 154, 158
 - Sowjetunion 60, 65, 85, 93, 99, 109, 154 f., 168 f., 170
 - Diplomat. Beziehungen 17, 44, 46, 126, 129, 136, 140, 142, 145, 150, 152,154,155 f., 157
 - Internierte 169 f., 171 f., 173, 175
 - Wirtschaft 17, 94 f., 104, 109, 143
 - Spanien, Anerkennung 26, 39
 - Bürgerkrieg 19, 41
 - Gütertransit 60, 100 f., 107, 148 f.
 - Spanienkämpfer 19, 27, 31, 34, 41
 - Wirtschaft 105, 171
 - Sperre von Guthaben 108 f., 110, 137,161,168,173,176 f.
 - Staatschutz 10, 37, 54, 60, 86, 110, 123, 162,172
 - Steuern, Biersteuer 105
 - Kriegsgewinn- 62, 98,114
 - Luxus- 125 f.
 - Verrechnungs- 135, 155
 - Warenumsatz- 62, 68, 110, 126
 - Wehropfer 62, 68,126, 143
 - Wehr- 62, 68, 102,126, 155
 - Strafgesetzbuch 28, 33,117

Studenten 84, 140

 Tschechoslowakei 21, 34 f., 36, 40
 Todesstrafe 72 f., 125, 128, 141, 144,
 158, 164
 Torfabbau 132
 Transitverkehr 44, 53, 57, 60, 79, 96,
 100, 105, 107, 111, 136, 148, 159
 Truppenordnung 29, 62, 92, 103 f.

 Überfall 66 f., 72, 132
 Überwachungsgeschwader 107
 UNO 154, 170, 174, 176 f.
 USA 20 f., 42, 115, 126, 134, 148,
 150, 152 f., 155, 161, 163 f.
 Wirtschaft 15, 108, 110, 132 f., 143,
 150, 159, 160, 173, 176
 Urlauber 170 f., 178

 Vaterländischer Verband 18 f., 126
 Verdunkelung 93 f., 96, 126, 153

 Völkerbund 8 f., 12, 18 f., 20, 26, 32,
 60, 86, 89
 Sanktionenartikel 25, 29, 32
 Volksabstimmungen 9 f., 11, 25, 27,
 29 f., 33, 37, 39, 43, 59, 68, 105, 118,
 120, 155, 159
 Volksbund 86, 89
 Volkszählung 115
 Vollmachten 17, 47 f., 167, 169, 177 f.
 Beschlüsse 53, 66, 177 f.
 Kommissionen 48, 54, 80, 92 f.,
 119, 137, 145
 Vorunterricht, militärischer 61, 74,
 90, 99, 115

 Wehranleihe 16 f., 22, 32
 Widerstandsgruppen,
 Aktion nationaler Widerstand 90
 Forum Helveticum 19, 36
 Gotthardbund 81
 Offiziersbund 84, 86, 89
 Res publica 39
 Wohnungsnot 113

2. Personenregister

- Abt, Roman 119
Aeby, Pierre 170
Ackermann, Walter 45
Alfieri, Dino 138
Allgöwer, Walter 90
Ammann, Hektor 98
Antonescu, Ion 90
Ashton, Georg 95
- Badoglio, Pietro 134
Bandi, Hans 139
Barbey, Bernard 54, 59, 65, 75
Barth, Karl 7, 90
Baumann, Johannes 12 f., 29, 60, 63, 97
Berli, Joh. 68
Béthouart, Marie-Emile 168
Bibra, Hans v. 20, 94, 132
Bircher, Eugen 73, 106, 112, 119
Bohle, Ernst Wilhelm 124
Bonjour, Edgar 17, 114
Borel, Jules 48
Bovet, George 140
Bringolf, Walter 90
Bucher, Rudolf 123
Burckhardt, Carl J. 24, 45, 51, 87, 97, 161, 163
Burri, Franz 97, 111, 120, 144, 151
- Carol II. v. Rumänien 71, 90
Celio, Enrico 64, 129, 140
Chamberlain, Neville 25, 30, 34 ff.
Charguéraud, Paul-Henri 160
Churchill, Winston S. 111
Ciano, Edda 142
Currie, Laughlin 159 ff.
- Daille, Gen. 78
Daladier, Edouard 35
Däniker, Gustav 89, 106, 119
Dietl, Eduard 130
Dinichert, Paul 33
- Dönitz, Karl 167
Dollfus, Ruggero 157
Dulles, Allen W. 126, 161, 163
Duttweiler, Gottlieb 92, 137
- Eden, Anthony 30
Eisenhower, Dwight D. 126, 166
Elser, Georg 58 f.
Emst, Alfred 84
Etter, Philipp 13, 29, 39 f., 47, 60, 64, 71, 79, 85, 87, 90 f., 96, 117, 140
- Feisst, Emst 119
Fonjallaz, Arthur 104
Foot, Dingle 160
Franco, Francisco 26, 39
Frankfurter, David 15, 23, 169
Frick, Hans 157
Frick, Heinrich 98
Frölicher, Hans 33, 72, 89, 105
- Gamelin, Maurice-Gustave 43, 45, 59, 65
Garteiser, Andre 54
Gaulle, Charles de 156
Göring, Hermann 22
Gonard, Samuel 83, 157
Gorgé, Camille 30
Grimm, Robert 10, 71, 136
Guggenbühl, Adolf 39
Guisan, Henri s. General
Gustloff, Wilhelm 9, 12, 15 f., 23, 169
Gut, Theodor 28, 79 f., 90
Gysler, Paul 164
- Hacha, Emil 40
Haile Selassie I. 18
Haider, Franz 73, 84, 88 f., 94
Halifax, Edward F. 47
Hasler, Eugen 29, 58, 121

- Hausamann, Hans 16, 84, 90
 Hemmen, Johannes 53
 Henne, Rolf 29
 Himmler, Heinrich 58, 111, 156
 Hitler, Adolf 8 f., 16, 20, 24 f., 27,
 30 f., 34 ff., 40, 42, 45 ff., 58, 71,
 73, 76 f., 84 ff., 93, 99, 108, 150 f.,
 166
 Hofmann, Emst 89 f., 95
 Hotz, Jean 53, 137
 Huber, Jakob 62, 65, 146
 Huber, Johannes 13, 34, 119
 Huber, Max 29
 Hügél, Klaus 58, 86, 93, 95, 103,
 109, 111, 121
 Husmann, Max 161
- Jacob, Berthold 8 f., 11, 17
 Jenny, Caspar 98
- Kaltenbrunner, Ernst 163
 Käppeli, Josef 119
 Keller, Max Leo 81, 90, 92, 95, 98,
 108, 118, 151
 Keller, Paul 25
 Klöti, Emil 38, 71, 119
 Kobelt, Karl 99, 140, 175
 Köcher, Otto 53, 77 f., 85, 94 f., 171
- Labhart, Jakob 7, 48, 58, 62, 99
 Lardelli, Renzo 139
 Lattre de Tassigny, Jean J. M. de
 165, 168
 Laval, Pierre 7
 Leeb, Wilhelm Ritter v. 88
 Leimgruber, Oskar 141
 Lemnitzer, Lyman L. 163
 Leonhardt, Ernst 37 f., 97, 111, 120,
 144
 Leopold III. v. Belgien 22
 Lindt, August 84, 90
- Masson, Roger 124, 138, 174 f.
 Mauriac, Francois 168
 Meili, Armin 16
 Meyer, Albert 13, 15, 38
 Meyer, Franz 89
 Meyer, Karl 39
 Miescher, Rud. 106, 172
 Minger, Rudolf 7, 13, 40, 60, 79, 83,
 87 f., 97
 Molotow, W. 156
 Montmollin, Louis de 172
 Motta, Giuseppe 7 f., 12 f., 15, 17 f.,
 20, 24 ff., 28 ff., 32, 36, 60, 62, 64
 Muralt, Johannes v. 65, 112
 Mussolini, Benito 7, 35 f., 42, 47, 71,
 73, 75, 77, 108, 117, 134, 142, 166
- Näf, Werner 96
 Neumann, Heinz 9
 Nicole, Leon 53, 59 f., 107 f., Illf.
 Nietlisbach, Emil 119
 Nobs, Emst 119, 140, 142
- Obrecht, Hermann 9, 13, 15, 25, 40,
 53, 60, 79, 88
 Oprecht, Hans 90
- Parilli, Luigi 161 f.
 Paulus, Friedrich 99, 129
 Perret, Henri 13, 140, 157
 Pétain, Philippe 76, 80, 151, 165
 Petitpierre, Eduard 45
 Petitpierre, Max 120, 157, 159, 176
 Pfändler, Otto 93, 120
 Pilet-Golaz, Marcel 7, 13, 60, 62 ff.,
 67, 71, 73, 79, 81, 85 ff., 96 f., 129,
 140, 145, 155 ff.
 Porzig, Walter 11
 Prisi, Fritz 13, 139
- Ramuz, Charles Ferdinand 22, 178
 Rappard, William E. 29, 157, 160

Rauschnig, Hermann 64
 Reichling, Rudolf 119
 Reinhard, Emst 136, 145
 Reynold, Gonzague de 71
 Rezzonico, Clemente 145
 Ribbentrop, Joachim v. 92, 95
 Rieter, Fritz 98
 Rössler, Rudolf 139,148
 Roosevelt, Franklin D. 27, 42, 111,
 160, 162, 164
 Rüeegger, Paul 13, 117, 127, 148,
 150, 152,154
 Salan, Raoul 168
 Salis, Jean Rodolphe v. 63
 Sarasin, P. 65
 Schaffner, Jakob 86, 88 ff.
 Schellenberg, Walter 124, 129 f., 138
 Schenk, Ernst v. 90
 Schmid-Ammann, Paul 96
 Schmid, Jacques 140
 Schmidt, P. K. 125
 Schoch, Gustav 146
 Schürch, Gerhart 26
 Schulthess, Edmund 8 f., 24, 147
 Sonderegger, Hans Konrad 82
 Spaatz, Carl 163
 Sprecher, Andreas v. 98,107
 Stalin, Josef 154
 Stampfli, Walter 84, 112, 119, 140,
 142 f., 163
 Stauffenberg, Claus Graf v. 150
 Steiger, Eduard v. 99, 107, 114 f.,
 123 f., 140,146 f., 159,162, 164,
 178
 Stettinius, Edward R. 159
 Strasser, Otto 58
 Stucki, Walter 26, 29, 31, 151, 159 f.
 Tamaro, Attilio 11, 77
 Tobler, Robert 29, 96
 Truman, Harry S. 164
 Trump, Georg 72, 82
 Vaterlaus, Emst 118
 Vieli, Peter 127
 Vodoz, Antoine 157
 Volpi, Graf 151
 Wagnière, Georges 13
 Wahlen, Friedrich Traugott 98, 121
 Waibel, Max 84, 161
 Walder, Hermann 129
 Walther, Heinrich 89
 Wechlin, Heinrich 118
 Weilenmann, Hermann 39
 Wenk, Gustav 84
 Wesemann, Hans 17
 Wetter, Emst 38, 60, 89, 102, 139
 Weygand, Maxime 75
 Wille, Ulrich 13, 89, 94
 Wirz, Wolf 134
 Wolff, Karl 162 f., 165
 Woog, Edgar 31
 Zehnder, Alfred 166
 Zipfel, O. 120